



Warum die Journalisten Trump brauchen
Der Gegenwind der Medien macht die Wiederwahl des US-Präsidenten sogar wahrscheinlicher

SEITE 3

Wird Gabriel für Iran, was Schröder für Russland ist?
Seine anti-israelischen Einstellungen werden ihm auch nach seiner Amtszeit in Teheran die Türen öffnen

SEITE 10



Easyjet leistet mehr gegen Antisemitismus als deutsche Schulen
Reisen nach Israel bauen anti-jüdische Ressentiments ab

SEITE 18



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



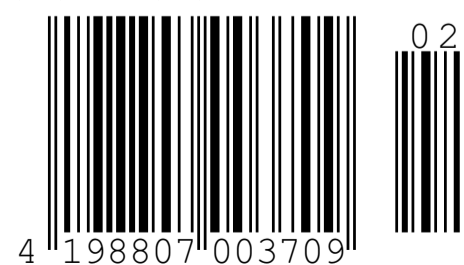
Liebe Leserinnen und liebe Leser, die Redaktion, unsere Autoren und ich hoffen, dass Sie gesund und erfolgreich in das neue Jahr 2018 gestartet sind, der Trubel des Jahreswechsels gut überstanden ist und Ihnen der im bereits schon wieder hinter uns liegenden Monat Januar eingetretene Alltag doch noch einige Stunden der Muße und vor allem der Lektüre unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU ermöglicht hat.

Dass Sie das in der Ihnen zwischenzeitlich vertraut gewordenen Zeitung überhaupt tun können, verdanken wir trotz der vom Internet längst an den Rand gedrängten Printmedien vor allem der Erfindung des modernen Buchdrucks durch den deutschen Patriziersohn Johannes Gutenberg, der damit – wie wir im heutigen Neusprech sagen würden – mit seinem überaus erfolgreichen Startup eine erste, an Bedeutung für den zivilisatorischen, politischen, geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Menschheit gar nicht zu überschätzende Medienrevolution ausgelöst hat. Sein Todestag im Jahre 1468, hat sich am 3. Februar zum 550. Male gejährt und soll deshalb gleich zu Anfang meiner Kolumne nicht unerwähnt gelassen werden.

Wie bewegt das Jahr 2017 auch gewesen sein mag und wie viele erwartete und unerwartete Ereignisse uns in diesem Jahr auch bevorstehen mögen – für das gesamte jüdische Volk und alle seine Freunde bietet bereits seit Jahresbeginn ein rundes Jubiläum des Jahres 2018 einen wirklichen Anlass zu größter Vorfreude: Der jüdische Staat Israel feiert im Mai den 70. Jahrestag seiner Neugründung.

Am 14. Mai 1948 wurde der unabhängige Staat Israel ausgerufen. Damit ging für das von der Schoah und der Ermordung von 6 Millionen europäischen Juden gezeichnete jüdische Volk der Traum in Erfüllung, den Theodor Herzl, der jüdische Schriftsteller und Politiker aus Österreich, 1897 als zionistische Vision formuliert hatte: Die historische Heimstätte für das jüdische Volk, wenn auch nur auf einem Teil seines alten, ihm von diversen Eroberern geraubten Staatsgebiets des von den Römern in „Palästina“ umbenannten Königreichs der Juden, wurde wieder Wirklichkeit.

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Die GroKo und ihre Beziehung zu Israel



Von Gerd Buurmann

Im Zuge der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD hat die „Arbeitsgemeinschaft Außenpolitik“ folgende Formulierung bezüglich Israel gewählt:

„Das Existenzrecht Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik. Unser Ziel ist ein Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.“

Deutschland wird sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einsetzen. Der Status von Jerusalem wird genauso wie andere and Status Themen erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um dauerhaft akzeptiert und haltbar zu sein. Die aktuelle Siedlungspolitik Israels widerspricht geltendem Völkerrecht und findet nicht unsere Unterstützung.

Wir werden in der EU eine Initiative zur ausreichenden und nachhaltigen Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ergreifen und ihre Reformbemühungen unterstützen.“

Es ist nicht wirklich beruhigend, wenn sich Deutschland ständig für das Existenzrecht Israels ausspricht, denn jemand, der erklärt, sich für die Existenz eines Landes auszusprechen, stellt mit dieser Formulierung ebenfalls die Möglichkeit in Aussicht, dass sich seine Meinung auch ändern kann. Es ist beunruhigend, wenn Selbstverständlichkeiten ausgesprochen werden. Es ist so, als würde eine Frau mit einem Mann ausgehen, der bei jedem Date betont, er spreche sich für die körperliche Unversehrtheit der Frau aus und dagegen, dass sie ermordet wird. Auf wie viele Dates würde eine vernünftige Frau mit so einem Mann gehen? Ich würde mit einem solchen Mann nicht einmal eine

„besondere Freundschaft“ pflegen.

Das Papier aber spricht sich gleich im ersten Satz dafür aus, dass Israel ein Recht hat, nicht vernichtet zu werden – nochmal Glück gehabt. Leider wird in dem Papier nicht erwähnt, warum das Existenzrecht Israels gefährdet ist. Das Papier verurteilt nicht die Gründungscharta der Hamas, wo die Zerstörung Israels (Artikel 13) und die Vernichtung des ganzen jüdischen Volkes weltweit (Artikel 7) gefordert wird. Es wird auch nicht die Fatah verurteilt, die Renten an Terroristen und Judenmörder ausschüttet und Predigten feiert, in denen erklärt wird, ein Friede könne erst kommen wenn „jeder Jude“ vernichtet sei.

Der arabische Terror gegen Israel wird nicht genannt

Nun kann man als deutscher Politiker natürlich durchaus darüber schweigen, dass politische Parteien und Führer im Nahen Osten einen Völkermord an Juden erklären, finanzieren, planen und Raketen auf Israel abwerfen, wenn man aber dieses Schweigen unterbricht, um zu erklären, Juden seien ein Problem, weil sie Häuser bauen und an einem Ort siedeln, den die Judenhasser lieber „judenrein“ haben wollen, dann wird es grotesk. Da hilft auch kein Verweis auf das sogenannte Völkerrecht mehr.

Für mich stellt die Erklärung eines Völkermords und die Durchführung einer ethnischen Säuberung an Juden ein größeres Problem dar als Juden, die Siedlungen bauen. In jeder israelischen Siedlung gilt das israelische Gesetz. Jede israelische Siedlung im Nahen Osten ist ein Ort, wo Menschen nicht verfolgt werden, egal welcher Religion sie angehören, welches Geschlecht sie haben oder lieben darf und welche meine Meinung sie sagen. Ich bin

für Israel, nicht weil ich glaube, irgendwer habe irgendwo zuerst seinen Fuß in den Sand gesetzt, oder irgendein Gott habe irgendeinen bärtigen Mann zum Kaffeeklatsch eingeladen, um dabei die Welt aufzuteilen, sondern weil Israel das einzige Land im Nahen Osten ist, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt sind, Homosexualität staatlich anerkannt ist, die Meinung, Kunst und Wissenschaft frei sind, keine Religion diskriminiert wird und Juden weder besser noch schlechter sein müssen als alle andere Menschen. Jeder Quadratmeter im Nahen Osten, der sich ein Beispiel an Israel nimmt, ist ein gewonnener Quadratmeter.

Ich habe mich langsam daran gewöhnt, dass jene Siedlungen, die mich nicht verfolgen und mich so leben lassen, wie ich möchte, gegen das sogenannte Völkerrecht verstoßen.

Ein großer Teil der Menschen, die für die Zwei-Staaten-Lösung sind, leben selber lieber in Israel als in einem möglichen „Palästina“. Sie kämpfen für die Schaffung einer Nation, in der sie selber nicht leben möchten. Sie würden sogar in diesem neuen Staat verfolgt werden, aber irren ist menschlich. Kann sich die ganze Welt irren, fragen Sie jetzt? Ja, sie kann! Wenn es um Juden geht, hat sich die ganze Welt schon einmal geirrt!

Wer fest davon überzeugt ist, dass die jüdischen Siedler das Hauptproblem für einen Frieden im Nahen Osten sind, während er über die Verbrechen der Gegenseite schweigt, sollte einfach mal das Wort „jüdisch“ streichen und durch „muslimisch“, „christlich“ oder „arabisch“ ersetzen, um sich dann zu fragen, warum unter all den Siedlern in Judäa und Samaria nur die jüdischen Siedler das Problem sein sollen.

Fortsetzung Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Die GroKo und ihre Beziehung zu Israel

Sind Siedlungen ein größeres Friedenshindernis als ermordete Juden?

In den Gebieten Judäa und Samaria siedelten Juden bereits, bevor es Christen und Muslime überhaupt gab. Der Name Judäa ist eindeutig. Daher sprechen jene, die Juden dort für illegal halten, lieber von der „Westbank“. Wie immer das Gebiet jedoch bezeichnet wird, zur Zeit gehört es zu keinem Nationalstaat. Einst gehörte das Gebiet zu Jordanien, dem Land, das sich zu über 80 Prozent auf „palästinensischem“ Boden (Britisches Mandatsgebiet „Palästina“) befindet und wo im Gegensatz zu Israel „Palästinenser“ nicht die volle Staatsbürgerschaft besitzen. Davor wurde das Gebiet vom Völkerbund verwaltet. Davor gehörte das Gebiet zum Osmanischen Reich, davor zum Römischen Reich und davor, wie das Wort „Judäa“ zeigt, zu einem jüdischen Reich. Das jüdische Volk ist das älteste noch heute existierende Volk im Nahen Osten.

Friede von Juden statt Frieden mit Juden

Obwohl die Gebiete Judäa und Samaria heute zu keinem Staat gehören, siedeln dort Menschen. Manche siedeln in Häusern, andere in Zelten. Es gibt dort arabische, jüdische, staatenlose und viele andere Siedler. Sie siedeln alle in einem Gebiet, das bis heute umstritten ist, weil kein Staatsgebilde dort regiert. Als „illegal“ werden nur die Siedler bezeichnet, die Juden sind! Das Problem, das diese Menschen mit diesen Siedlern haben, ist somit ihr Jüdischsein! Wer fordert, dass Juden verschwinden müssen, kann niemals Frieden mit Juden schließen. Wer brüllt „Juden raus aus meinem Land, meiner Stadt, meiner Nachbarschaft“, will keinen Frieden mit Juden, sondern einen Frieden von Juden. Es gibt nämlich zwei Formen des Friedens im Nahen Osten: Der eine Friede ist ein Friede mit Juden. Der andere Friede ist ein Frieden von Juden.

Für jene, die einen Frieden mit Juden schließen wollen, ist eine jüdische Sied-

lung kein Problem, sondern die Lösung des Problems. Nur in der Akzeptanz von jüdischen Siedlungen wohnt die Möglichkeit der schlichten Erkenntnis, dass Juden einfach nur Nachbarn und Mitbürger sein können. Leider, so höre ich es überall, soll diese Erkenntnis gegen das Völkerrecht verstoßen.

Juden, die siedeln und Häuser bauen, sind kein Problem! Sie sind es nicht in Israel, nicht in Amerika und nicht in Europa. Sie sollten es auch nicht in den Ländern des Nahen Ostens sein. Überall auf der Welt gibt es in diversen Ländern jüdische Siedlungen und Viertel. In Deutschland gibt es jüdisch, muslimisch und christlich geprägte Viertel. Nur wenige sehen in ihnen ein Friedenshindernis. Sie werden vielmehr als eine kulturelle Bereicherung verstanden und gelten als Unterstützung für ein friedliches Miteinander, da sie Vielfalt, Toleranz und Akzeptanz zu fördern vermögen. In Köln gibt es die überwiegend muslimisch geprägten Keupstraße und in Paris den Marais im dritten und vierten Arrondissement, eine überwiegend jüdisch geprägte Siedlung der Stadt. In Israel gibt es eine Menge muslimische Viertel und Siedlungen. Fast zwanzig Prozent aller Israelis sind Muslime. Für Israel sind muslimische Siedlungen innerhalb und außerhalb Israels kein Friedenshindernis, sondern gelebte Demokratie.

Unter jüdischen Siedlern gibt es ebenso viele gute und schlechte Menschen wie unter allen anderen Siedlungsgruppen auch. Jüdische Siedler nicht besser oder schlechter als muslimische oder arabische Siedler. Die arabischen Regierungen im Nahen Osten sollten daher Juden als Bürger des Landes mit allen Rechten und Pflichten achten, die Häuser und Siedlungen bauen dürfen, wie jeder andere Bürger auch, oder sie werden niemals Frieden mit Juden schließen können. Es kann von der arabischen Seite erwartet werden, seine jüdischen Bür-

gerinnen und Bürger zu behandeln, wie Israel seine muslimischen Bürgerinnen und Bürger behandelt.

1,6 Millionen von 8 Millionen Israelis sind Moslems

Es leben über 8 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Israel. 1,6 Millionen von ihnen sind muslimische Araber und laut einer aktuellen Studie wollen 77 Prozent dieser Araber nirgendwo lieber leben als in Israel! Israel ist für sie das beste Land, sogar besser als Deutschland. Wer Israel kritisiert, sollte sich mal anschauen, wie Muslime in Deutschland leben. Wenn irgendwo eine Moschee gebaut wird, gehen tausende Deutsche auf die Straße und demonstrieren dagegen. In Deutschland leben viele Muslime in Vierteln, die alles andere als lebenswert bezeichnet werden können. Muslime sind in Deutschland ständiger Diskriminierung ausgesetzt. Regelmäßig finden in deutschen Städten wie Dresden und Leipzig Demonstrationen gegen Muslime statt, bei denen mehrere zehntausend Deutsche gegen Muslime hetzen. Im deutschen Parlament sind Muslime gnadenlos unterrepräsentiert.

In Israel jedoch machen Muslime 20 Prozent der Bevölkerung aus. Die Muezzine singen wie selbstverständlich von den Minaretten. Moscheen stehen an jeder Ecke. Es gibt reiche, belebte, lebenswerte muslimische Viertel. Muslime sind wie selbstverständlich im israelischen Parlament vertreten. Sogar im höchsten Gericht Israels finden sich Muslime. Ich halte jede Wette, nach einem Jahr Deutschland und einem Jahr Israel würde sich die deutliche Mehrheit aller Muslime für Israel entscheiden. Ich behaupte sogar, die Mehrheit der jüdischen Siedler hegen bessere Gedanken für Muslime als die Mehrheit der Deutschen!

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es viele jüdische Siedlungen in Europa. Sie wurden Shtetl genannt.

Für die Nazis waren diese Shtetl jedoch illegale jüdische Siedlungen. Als die Nazis ein eigenes, ein sogenanntes Drittes Reich ausrufen konnten, setzten sie ihre Vernichtungsphantasie in die Tat um. Sie erklärten, Juden wären auf deutschem Boden illegal, so wie heute viele Menschen erklären, Juden wären auf „palästinensischen“ Boden illegal, obwohl sie auf diesem Boden länger siedeln als alle anderen Völker der Erde.

Das Koalitionspapier der „Arbeitsgruppe Außenpolitik“ jedenfalls atmet den Geist der Doppelmoral und Ausgrenzung. Dieser Umgang mit Juden und Israel ist jedoch schon wieder so alltäglich geworden, dass die Grausamkeit dieser Haltung kaum noch jemandem auffällt. Das ist das eigentlich Traurige, wenn nicht gar Gefährliche an der ganzen Angelegenheit.

Stellen Sie sich eine Geiselnahme vor, bei der einige Geiseln bereits erschossen wurden, weil sie Juden waren. Stellen Sie sich weiterhin vor, unter den vielen Geiseln wären auch ein Mann, der einen Strafzettel nicht bezahlt hat, eine Frau, die Steuern hinterzogen hat und noch ein anderer Mensch, der eine Straftat begangen hat. Was würden Sie denken, wenn die gerufene Polizei erklären würde, auf beiden Seiten der Geiselnahme seien Verbrecher? Was würden Sie sagen, wenn deutsche Politiker beide Seiten dazu aufrufen würden, besonnen zu handeln und alles dafür zu tun, dass die Situation nicht eskaliert? Was würden Sie davon halten, wenn ein Versuch der Geiseln, sich zu befreien, von Teilen der Medien als ein „Öl ins Feuer“ gießen und ein „Drehen an der Gewaltspirale“ kritisiert werden würde? Was würden Sie denken, wenn eine Arbeitsgruppe zu den Geiselnemern schweigen, aber lautstark erklären würde, die Existenz von Juden sei das Problem?

Sie wären empört? Nun, genau das hat die Arbeitsgruppe Außenpolitik in ihrem Koalitionspapier getan!

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Zwar begannen noch in der Gründungszeit Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien einen brutalen Vernichtungskrieg gegen den jungen Staat Israel und die geschwächten, soeben noch den mit den Arabern verbündeten Nazi-Mördern entkommenen Juden, konnten jedoch trotz ihrer Übermacht dank der heldenhaften Gegenwehr der wenigen jüdischen Kämpfer die rechtmäßige, von der UNO per Vollversammlungsbeschluss legitimierte und überfällige Wiederherstellung des jüdischen Staates nicht verhindern.

Im Gegenteil, im letzten Jahr konnte Israel und das gesamte jüdische Volk den 50. Jahrestag der nur 19 Jahre später im Juni 1967 erfolgten Befreiung des den Juden geraubten Ostteils Jerusalems und des Tempelbergs aus jordanischer Fremdherrschaft feiern.

Sehr zum Verdross der westeuropäischen, vielen voran der sich trotz vernichtender Wahlergebnisse mit unhaltbarer Koalitionsakrobatik immer noch charakter- und prinzipienlos an die Macht klammernder deutscher Islamisierungsbereiter, Terror-gegen-Israel-Versteher und unsere Gesellschaft

zerstörender links-ideologischer Einlasser muslimischen Judenhasses ist der von dem hiesigen und westeuropäischen politischen Linkskartell dauer-gescholtene US-Präsident Donald Trump konsequent und rechtmäßig dem bereits 1995 beschlossenen Jerusalem-Act gefolgt und hat Ende letzten Jahres Jerusalem, die jahrtausendealte Stadt der jüdischen Könige David und Salomon, Hauptstadt des uralten Königreichs Judäa und seit jeher und lange vor der Existenz des Christentums und des Islam heilige und ewige Stadt der Juden als ungeteilte Hauptstadt des wiedergegründeten Staates Israel anerkannt.

Allen seinen weltweiten und hiesigen Feinden zum Trotz, gegen alle kriegerischen Angriffe, allen von linken Antisemiten initiierten „Kauf-nicht-bei-Juden“-Boycott, gegen allen islamischen Terror und gegen alle Diffamierung und Delegitimierung durch unsere linken Unterstützer islamischen Hegemonialstrebens, Judenfeinde jeder Couleur und Israelhasser-Freunde vom Schlage des deutschen Noch-Außenministers Gabriel sowie des in sein viel zu großes Amt aus Opportunitäts-

erwägungen hineinproporzten gegenwärtigen Bundespräsidenten Steinmeier tritt das moderne Israel, die einzige Demokratie in einem Meer islamischer Unrechts- und Terrorregime gestärkter, souveräner und erfolgreicher in das neue Jahr 2018 als je zuvor.

Soeben veröffentlichte der US News und World Report ein Ranking, wonach das kleine Israel auf Platz 8 der mächtigsten Staaten gesetzt wurde, bemessen nach Stabilität, Verteidigungsstärke, Ernährungssicherheit für seine Bevölkerung und wirtschaftlichem Wohlergehen.

Bloomberg-TV setzte Israel zudem auf Rang 10 der meist-innovativen Länder, gemessen an der Zahl und dem Erfolg der Startup-Unternehmen in der neuen digitalen Revolution.

Israel ist der einzige freiheitliche, religions-tolerante und demokratische Staat im gesamten Mittleren Osten, mit der größten Rechtssicherheit für alle ethnischen und religiösen Minderheiten, auch und besonders für seine muslimischen Bürger, und hat darüber hinaus den größten Zuwachs an arabischen Studierenden und Universitäts-Absolventen.

Wie wenig dies besonders die deutschen und westeuropäischen durchwegs links-ideologisierten Israelfeinde und beflissenen Importeure des mörderischen islamischen Judenhasses, Trump-Basher und Atom-für-den-Iran-Bereiter eingestehen und wahrhaben möchten, belegen nicht zuletzt auch ihre gerade in diesen Tagen routinemäßig und ohne jede Empathie für Israel und das jüdische Volk absolvierten Holocaust-Gedenktags-Heucheleien für tote Juden bei gleichzeitiger Ausblendung der täglich durch unsere Politik des islamischen Antisemitismus-Einlasses unerträglich werdenden Verunmöglichung eines normalen und unbeeinträchtigten jüdischen Lebens, frei von jedem durch das Islam-affine, nahezu sanktionslose Dulden und Kleinreden muslimischer Gewaltexzesse und Verbalinjurien gegen Juden durch unsere linke Politik und ihre Medien in dem Alltag unserer öffentlichen Räume zum Selbstschutz der jüdischen Menschen und ihrer Kinder erforderlich gewordenen entwürdigendem Identitäts-Verleugnungs-Mimikry.

Fortsetzung auf Seite 17 ▶▶

Warum die Journalisten Trump brauchen

Der Gegenwind der Medien nach einem Jahr Amtszeit macht die Wiederwahl des US-Präsidenten sogar wahrscheinlicher

Von Daniel Greenfield

Präsident Donald Trumps Kommentare in der „New York Times“ Ende 2017 fassen bisssig seine Beziehung zu den Medien zusammen: „Ich werde weitere vier Jahre im Amt gewinnen...weil Zeitungen, das Fernsehen und alle Medienformen eingehen würden, wenn ich nicht da wäre.“

Die Wut und Abneigung der Medien brodelten also noch heißer, weil seine Aussage nicht nur bewusst provokant war, sondern auch noch stimmte. Trump einfach in Ruhe zu lassen, dazu waren die Medien niemals fähig. Ihre Überzeugung, ihn durch ihre Berichterstattung zerstören zu können, erwies sich wiederholt als falsch. Dennoch lassen sie nicht davon ab, ihn mit immer mehr Berichterstattung zu bombardieren. Und das Motiv für die unablässige Berichterstattung war immer das selbstsüchtige Streben nach Zuschauern und Lesern, Klicks und Verkaufszahlen.

Die „New York Times“, die „Washington Post“ und CNN haben alle Hände voll zu tun, Trump-Schlächter zu spielen, während sie in Wirklichkeit weitere vier Jahre steigende Leserschaft, Werbeerlöse und Profite buchen wollen. Wenige Politiker verstehen diesen Interessenkonflikt besser als Trump, der den Großteil seines Lebens damit verbracht hat, mit den Medien zu spielen.

Heutzutage brauchen die Medien Trump mehr denn je. Ihr früherer Zweck Nachrichten zu berichten, ist so tot wie der Telegraf. Berichterstattung ist teuer. Sie benötigt Infrastruktur und Personal. Gewinn bleibt dabei auf der Strecke. Im Internetzeitalter wollen nur wenige Personen herumsitzen und sinnlose Reporte eines Geschehens ansehen, was vielleicht in der Vergangenheit das Grundnahrungsmittel von Nachrichten und Kabelfernsehen war.

Und virale Nachrichten und Videos wiederzuverwenden kann das Loch nicht vollständig füllen. Eigentliche Mitteilungen berichten die Nachrichten sowieso nicht mehr. Meistens werden sie dazu benutzt, Geschichten zu erfinden, die für Tage oder Wochen ausgeschlachtet werden können. Ob ein verschollenes Flugzeug, #MeToo oder Absprachen mit der Russen – die besten Storys sind teils Geheimnis, Skandal und Thriller. Die Nachricht ist nicht nur fake, sie ist Metafiktion. Sie verwandelt reales Leben in Futter für Fiktion.

Die Medien haben die Spiegelkante überschritten, wo Reality-Fernsehen, Nachstellung von Straftaten und Filmen auf wahren Begebenheiten ruhen. Sie leben und sterben davon, Nachrichten in eine fiktive Story zu verwandeln. Und Storys sind billig. Jedes Nachrichtennetzwerk kann Videos von Mueller (ehemaliger FBI-Chef) zeigen, der langsam einen Hausflur hinabgeht, während ein Panel von Experten diskutiert, was das jüngste „Leak“ für Präsident Trump wirklich bedeutet. Für die Kosten eines Green Screens, einer Limousine und einer kleinen Beförderung kann CNN sein eigenes Drama im Stil von „House of Cards“ kaufen.

Trump ist der Medienstar. Ohne ihn würde CNN wieder verschollenen Flugzeugen nachspüren müssen. Und er hat ein tiefgehendes Verständnis vom Medienbusiness aus der Zeit, in der er die New York City Boulevardpresse gegeneinander ausgespielt hat. Die Boulevardisierung der nationalen Medien ist eine Entwicklung, die die alte Schule der Republikaner verwirrt und verstört zurückgelassen hat. Aber Trump hat die Medien immer als



Trump redet vor der versammelten Presse.

eine Boulevardpresse verstanden, die sich genau wie professionelle Ringkämpfe auf Helden und Schurken spezialisiert hat. Und er weiß auch, dass er die Medien nicht schlagen muss. Er muss sie nur sich selbst schlagen lassen.

Die Kombination von politischer Rage und persönlicher Gier treiben die Medien dazu, ihre eigene Glaubwürdigkeit aufzugeben. Die Medien waren am effektivsten, als sie den objektiven Berichterstatteer und neutralen Schiedsrichter spielten. Trumps größter Trick war es, sie zu ihm in den Ring zu locken. Das ist die altbewährte Methode, seine Gegner zu schlagen. Und die Medien haben begierig alle Beherrschung aufgegeben, um ihren schlimmsten Instinkten freien Lauf zu lassen.

Man kann Trump nicht schlagen, wenn man mit ihm in den Ring geht. Aber es macht viel mehr Spaß; und es ist profitabel.

Trump's Bemerkungen für die „New York Times“ verhöhnt sie mit der Wahrheit ihrer Besessenheit von ihm. Hinter der Ideologie steckt Gier. Und die Gier ist stärker als die Ideologie. Die Medien hasen ihn und brauchen ihn. Sie sind von beidem abhängig geworden. Die Not macht den Hass stärker. Und der Hass macht die Not stärker.

Unter Obama haben die Medien acht Jahre gebraucht, um in die Irrelevanz hinabzusinken. Schon vor Trump hat Obama die Medien mit den sozialen Medien umgangen. Die großen Stories lieferten der Presse „Obama Inc.“-Kumpels wie Ben Rhodes oder versteckte politische Schmieranstalten wie Fusion GPS. Selbst die Kernaufgabe, die Linke anzufeuern, wurde bedeutungslos, weil junge „Linke“ die Mainstream-Medien nicht mehr lesen, schauen oder klicken. Die Medien verloren Abnehmer, Geld und Relevanz.

Trump hat die Medien wiederbelebt. Die jungen Linken helfen die Medien zu finanzieren, die ihn angreifen. Und jedes Mal, wenn er die Medien angreift, macht er sie relevanter. Das rituell heuchlerische öffentliche Jammern über die einzigartige Gefahr, die von abfälligen Tweets aus dem Weißen Haus ausgeht, maskiert das geheime Feiern in jedem Newsroom, dass Trump sie wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit befördert hat.

Die Medien drucken nicht mehr umge-

hend Obamas jüngsten Medienstunt aus seinem Haus oder rennen ihren Storys bei den Hillary-Leuten hinterher, um zu sehen, wieviel schmeichelnder diese sein können; heute geht es darum, hinaus zu gehen und die #Resistance anzuführen, während man durch Reklame einkassiert.

Und das alles verdankt man Trump.

Präsident Trump ist zuversichtlich, dass er die Medien nach seiner Pfeife tanzen lassen kann, denn er versteht, dass sie nur vorgeben von progressiver Tugend getrieben zu werden, wobei ihre eigentliche Motivation die klassischen Laster sind. Die Kernheuchelei der Linken ist der Glaube, dass sie Tugend in der öffentlichen Sphäre und Laster in der privaten haben können.

Medienstars können die ihnen untergebenen Frauen im Privaten begrebschen, so lange sie Planned Parenthood und Linda Sarsour in der Öffentlichkeit applaudieren. Es ist ok, Privatflugzeuge zu fliegen, solange man sich darum bemüht, Plastiktüten abzuschaffen. Reich zu werden ist großartig, wenn man seine Karriere damit verbringt, der Idee entgegenzutreten, dass andere Leute reich werden können. Wenn man #BlackLivesMatter tweetet, dann darf man auch rassistische Witze mit seinen Freunden machen. Es ist eine heuchlerische Linke.

Und die Medien tun so, als ob sie Präsident Trump stürzen könnten, und werden dabei durch die Berichterstattung über ihn reich. Trump nutzte diese Heuchelei, um ins Weiße Haus einzuziehen. Jetzt erzählt er den Medien, dass er es auch ein zweites Mal tun wird. Und die Medien würden es eher bevorzugen, ihn im Weißen Haus zu sehen, als damit aufzuhören, ihm in die Hände zu spielen.

Trump hat die Medien geschlagen, indem er die privaten Motivationen ausgenutzt hat, anstelle sich um die öffentlichen zu kümmern. Und nun verhöhnt er diese Heuchelei auf den Seiten der großen Zeitungen, während sie genauso antworten, wie er es will.

Präsident Trump braucht den Hass der Medien. Und die Medien brauchen ihn, um zu hassen. Trump profitiert politisch von dieser Beziehung, und die Medien profitieren finanziell davon. Die Medienrage gegen Trump beendete Hillarys Karriere, setzte einen Republikaner ins

Weißes Haus, entzog Amerika dem Pariser Klimaabkommen, bewerkstelligte das Einreiseverbot für Muslime, anerkannte Jerusalem und hat uns all die anderen Dinge beschert, die die Medien jeden zweiten Tag beweinen. Und die Medien selbst haben dazu beigetragen, dass es geschieht.

Die Medien hätten auch fair, objektiv und sachlich über Trump Bericht erstatten können. Aber dann wären sie bei weitem nicht so berühmt geworden. Es war lukrativer, sich der Rund-um-die-Uhr-Hysterie anzuschließen, um die eigene Leserschaft vom bevorstehenden Weltende zu überzeugen und den jüngsten Schachzug Trumps abzuwarten. Mit jedem Schritt in diese Richtung haben sie das Image des revolutionären Anti-Establishment-Politikers gefördert, der wirklichen Wandel bringt.

Viele Medienikonen haben sich über Trumps Kommentare öffentlich die Mäuler zerrissen, aber sie wissen insgeheim, dass er Recht hat.

Präsident Trump ermöglicht ihnen ihre Arbeit, ihre Gehaltserhöhung und ihr Weihnachtsgeld. Er ist der Grund, warum die Forschungsabteilungen der Medien erweitert werden, anstatt einzugehen. Zeitungen und Netzwerke, die früher abgesunken waren, erzielen wieder Gewinne. CNN kann ca. drei Stunden Berichterstattung aus einem Trump-Tweet rauschlagen. Alles, was sie tun müssen ist, vier „Experten“ die Empörung breittreten zu lassen und dazwischen Werbung einzuspielen.

Das ist kein Journalismus. Aber es erzielt Gewinne.

Die Medien könnten jederzeit aufhören. Alles, was sie tun müssten, ist, ihre Prinzipien über den Profit zu stellen. Selbst wenn es sich um die totalitären politischen Prinzipien der Linken handelt. Aber sie sind zu raffgierig, um aufzuhören. Trump hat die Medien von sich abhängig gemacht.

Präsident Trump hat die Medien geschlagen, indem er ihre schlechtesten Impulse gegen sie benutzt. Und er verhöhnt die Medien, indem er ihnen den Spiegel ihrer Motivationen vorhält, und die Lügen aufdeckt, die sie sich selbst erzählen. Medieneliten erinnert er daran, dass sie hinter ihrem Gehabe die linken Ideale verraten und ihm eine Neuwahl bescheren werden.

Was Ihnen der ORF und andere Medien nicht erzählen

Von einer Rede des „Palästinenser“-Chefs Abbas wird den Lesern der verfänglichere Teil vorenthalten

Von Alexander Gruber

Stellen Sie sich vor, der Vorsitzende der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ Machmud Abbas hält eine antisemitische Brandrede, in der er auch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump attackiert. Welchen Teil davon hält die Website des ORF wohl für allein eines Berichtes wert? In der Meldung über den Auftakt des PLO-Treffens in Ramallah schreibt orf.at, dass Abbas sich gegen Trumps Anerkennung von Jerusalem als Israels Hauptstadt gewandt habe, durch welche sich die USA als Vermittler im Friedensprozess desavouiert habe:

„Der palästinensische Mahmud Abbas hat die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump um einen Frieden in Nahost als ‚Ohrfeige des Jahrhunderts‘ bezeichnet.“

Kein Wort erfahren die Leser des ORF jedoch über die antisemitischen Verschwörungstheorien, die Abbas in seiner Rede so zum Besten gab. Nicht nur wärmte er in ihr jene modernisierte Blutschuldthese in anderem Gewand wieder auf, für die er schon 2016 Standing Ovations vom Europäischen Parlament erhalten hatte.

„Abbas sprach für zweieinhalb Stunden darüber, wie die Juden nach Israel gebracht wurden. Er meinte, England und die Vereinigten Staaten hätten sich daran beteiligt, Juden nach dem Holocaust nach Palästina zu bringen, weil sie die Judenfrage lösen wollten, ohne die Konsequenzen zu tragen. (...) ‚Israel hat unvorstellbare Mengen Drogen importiert, um unsere junge Generation zu zerstören. Wir müssen vorsichtig sein und haben zu diesem Zweck eine Behörde zur Drogenbekämpfung geschaffen und wir investieren viel in den Sport‘.“



Sondern er leugnete darüber hinaus einmal mehr jede Verbindung des Judentums zu Israel, wettete erneut gegen die Balfour-Deklaration, bezeichnete den Israel als europäisches „Kolonialprojekt“, das bis auf Oliver Cromwell im Jahre 1653 zurückzuverfolgen sei – und erging sich schließlich in abstrusen Theorien darüber, wie die Juden als „Schachfiguren“ der Kolonialmächte nach Palästina verbracht worden wären.

„Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas erklärte Sonntagabend auf einer Konferenz des Zentralrats der PLO, dass ‚die Europäer die Juden hierher bringen wollten, um ihre Interessen in der Region zu wahren. Sie baten Holland, das die größte Flotte der Welt hatte, die Juden zu transferieren.‘ Er zitierte dann die Worte eines ägyptischen Philosophen über die Bal-

four-Deklaration, in der es um die Bereitstellung einer nationale Heimstätte für das jüdische Volk geht, und fügte hinzu, dass ‚Israel ein Kolonialprojekt ist, das mit Juden nichts zu tun hat‘.

Abbas wandte sich auch gegen Präsident Donald Trump, der angegeben hatte, er wolle amerikanische Zahlungen an die Palästinenser wegen deren Weigerung, an Friedensverhandlungen teilzunehmen, einstellen. ‚Ich sehe auf Twitter einen Tweet‘, sagte Abbas, und zitierte Trump. ‚Wir werden den Palästinensern kein Geld geben, weil sie sich Verhandlungen verweigern‘. Er bedachte den Präsidenten dann mit Kraftausdrücken und fuhr fort: ‚Dein Haus möge zerstört werden. [Ein arabischer Fluch; Anm. YNetNews.] Wann hast Du mir dieses Angebot gemacht? Am Telefon? Im Fernsehen?‘ Abbas sprach

im Rahmen der zweitägigen Konferenz des Zentralrats in Ramallah. Der Rat ist das zweitwichtigste Gremium der PLO und wurde einberufen, nachdem Präsident Donald Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt hatte.“

Der angebliche Friedenspartner Abbas ist über Trumps Forderung nach ernsthaften Friedensverhandlungen so empört, dass er sich in einer Hetzrede gegen den US-Präsidenten sowie den Verhandlungspartner Israel ergeht. Angesichts seiner Ausführungen stellt sich geradezu zwangsläufig die Frage, wie mit einer Organisation Frieden geschlossen werden soll, deren Vorsitzender ein glühender Antisemit ist. Eine Frage, mit der der ORF sich und seine Leser jedoch allein schon deswegen nicht zu behelligen braucht, weil er Abbas' Tiraden einfach verschweigt.

#WeRemember – Israel-Feindschaft und Gedenktagsheuchelei

Ein Plädoyer gegen erlogene Solidarität

Von Alexandra Margalith

#WeRemember. Dieser Hashtag taucht gerade in den sozialen Medien und der Presse auf, und ich erwarte, dass wir ihn noch öfter sehen werden, da sich kürzlich die Befreiung von Auschwitz jährt.

Also erinnert Ihr euch?

Zu 85 % von euch sage ich: Blödsinn! Ihr erinnert Euch nicht wirklich! Ihr erinnert Euch nur an das, woran Ihr Euch erinnern wollt. Euer Gedächtnis ist, im besten Fall, ausgesprochen selektiv!

Denn wenn Ihr Euch erinnert, wie könnt Ihr die muslimische Bevölkerung in Europa von heute mit dem jüdischen Volk von damals vergleichen? Habt Ihr vergessen, dass Juden jahrhundertlang in Europa gelebt, niemanden belästigt und nichts verlangt hatten, und trotzdem mit allen Arten von Not und Diskriminierung, Unterdrückung und Pogromen fertig werden mussten?

Wisst Ihr überhaupt, wie lange es gedauert hat, bis Juden in Europa an Universitäten zugelassen wurden? Wie lange es gedauert hat, bis ihnen Beruf erlaubt wurden, die nicht darauf beschränkt waren Geld zu leihen? Wie lange es gedauert hat, bis ihnen erlaubt wurde Land zu kaufen?

Und wenn Ihr Euch erinnert, wie könnt Ihr dann die Menschen dazu auffordern, gleichzeitig gegen Antisemitismus und gegen Hass gegen Muslime zu kämpfen? Habt Ihr vergessen, dass fast alle muslimischen Länder seit Jahrhunderten bis ins Mark antisemitisch sind? Dass Kultur und Mentalität ihrer Einwohner von Antisemitismus durchdrungen sind?

Und wenn Ihr Euch erinnert, wie könnt Ihr die Bedrohung des jüdischen Volkes in Europa nicht nur seitens der Rechten, sondern auch seitens der Linken und der ständig wachsenden muslimischen Bevölkerung ignorieren?

Und wenn Ihr Euch erinnert, wie könnt Ihr die BDS-Bewegung unterstützen, die Euch nichts anderes sagt als „Kauf nicht bei Juden“?

Und wenn Ihr Euch erinnert, habt Ihr vergessen, dass der Staat Israel gegründet wurde, um sicherzustellen, dass die Juden einen sicheren Zufluchtsort haben, an dem sie niemals wieder (!) Angst um ihr Leben haben müssen, weil sie Juden sind?

Habt Ihr vergessen, dass ich keinen anderen Ort als Israel habe, an den ich fliehen könnte und an dem ich mich verstecken könnte, wenn sie kommen, mich zu holen? Oder warum kritisiert Ihr Israel dafür, dass es sich selbst einen



jüdischen Staat nennt? Warum deutet Ihr den Wunsch nach Selbsterhaltung meines Volkes im eigenen Land um in „Apartheid“, „ethnische Säuberung“ und „Genozid“? Habt Ihr vergessen, was „Genozid“ bedeutet?

Woran erinnert Ihr euch genau?

An nichts!

Denn wenn Ihr euch erinnern würdet, würdet Ihr Euch nicht hinter „der Erinnerung an die Toten“ verstecken, während Ihr die Lebenden im Stich lasst! Erspart mir Euer #WeRemember. Es

ist exakt genau so viel wert wie eure Erinnerung reicht. Nämlich nichts. Es bedeutet nichts.

Und deshalb werden wir kämpfen. Wir werden für unser Land kämpfen. Wir werden für unsere Sicherheit kämpfen. Wir werden auch Euch bekämpfen, wenn es sein muss.

Warum?

Weil wir Juden uns erinnern. We Remember!

„Zuerst erschienen auf schlaglichter.at“

Europas verbaler Kreuzzug gegen Israel

Schon Olof Palme hetzte gegen den jüdischen Staat

Von Daniel Krygier
(Redaktion Audiatur)

Europa verarbeitet die Holocaust-Schuld und den früheren Kolonialismus, indem es die Dritt-Welt Muslime idealisiert und den jüdischen Staat der Ersten Welt mit einem linguistischen Kreuzzug dämonisiert.

Israels Feinde behaupten oft, sie könnten Israel nicht kritisieren, ohne des Antisemitismus beschuldigt zu werden. Diese Behauptung ist nicht nur offenkundig falsch, sondern auch absurd. Kein anderes Land der Welt wird mit mehr Besessenheit kritisiert und international verurteilt als Israel. Egal, dass der jüdische Staat eine lebhafteste Demokratie mit eingebauter Selbstkritik ist, welche mit anderen führenden Demokratien der Welt konkurrieren kann.

Das wirkliche Problem besteht darin, dass anders als Kritik an anderen Demokratien, ein Großteil der „Kritik“ an Israel gewollt mit rassistischer Dämonisierung und Delegitimation des jüdischen Staates verbunden wird.

Die schwedische Agitation gegen Israel hat eine lange Geschichte

Während des ersten Libanonkriegs 1982 verglich der ermordete schwedische Premierminister Olof Palme Israels Umgang mit arabischen Kindern auf unverschämte Art mit Nazideutschlands Umgang mit jüdischen Kindern. Mehr als eine Million jüdischer Kinder wurden im Holocaust ermordet. Im Gegensatz dazu ermordet Israel keine Kinder, und zahllose arabische Kinder aus dem gesamten Nahen Osten erhalten medizinische Behandlung in israelischen Krankenhäusern. Dazu gehören auch arabische Kinder aus Feindstaaten, die sich Israels Vernichtung verschrieben haben, wie Syrien, dem Irak und dem von der Hamas beherrschten Gazastreifen.

Im Oktober verglich der niederländische Premierminister Dries van Agt Israels Festnahme von Terroristen mit Nazi-Razzien gegen Juden während des Zweiten Weltkriegs. Herr van Agt bestreitet auch jegliche historische Verbindung zwischen dem jüdischen Volk und dem Land seiner Väter und hat argumentiert, dass Juden als Entschädigung für den Holocaust „ein Stück Land in Deutschland“ hätten bekommen sollen. Der ehemalige niederländische Premierminister hat es ebenfalls abgelehnt, die Hamas als Terrororganisation zu definieren. Schwedens jetzige Außenministerin Margot Wallström hat Israels Selbstverteidigung ebenfalls mit „außergerichtlichen Tötungen“



Der schwedische Regierungschef Palme verglich Israel mit dem Nazi-Regime.

gleichgesetzt und den jüdischen Staat für islamistischen Terrorismus in Europa verantwortlich gemacht.

Das Nach-1945-Europa kämpft noch immer mit der Schuld des Holocausts und seiner Kolonialvergangenheit. Europas politische Führung hat allerdings zwei ausgeprägt unterschiedliche Strategien angewandt, um mit diesen Flecken auf Europas historischem Gewissen umzugehen. Der postkolonialen Schuld Europas ist mit der Romantisierung und Idealisierung von Ländern der Dritten Welt im Allgemeinen

und der muslimischen Welt im Besonderen begegnet worden.

Im Gegensatz dazu wird der Holocaust-Schuld mit dem Vergießen von nicht überzeugenden Krokodilstränen um die toten Juden begegnet, während lebende Juden und besonders der kollektive Jude unter den Staaten – Israel – dämonisiert wird. Das hat einen scheinbar schizophrenen europäischen mentalen Diskurs geschaffen, der Holocaust-Gedenkstätten für sechs Millionen ermordeter Juden begrüßt, aber systematisch ein pulsierendes

Israel mit mehr als sechs Millionen lebenden Juden dämonisiert.

Aus europäischer Sicht besteht daher der arabisch-israelische Konflikt aus Dritt-Welt Muslimen, die nichts falsch machen und zionistischen Juden der Ersten Welt, die nichts richtig machen können.

Wir leben in einer Ära, in der Rassismus das Schlimmste ist, was einem vorgeworfen werden kann. Es sollte daher niemanden überraschen, dass diejenigen, die Israel dämonisieren wollen, versucht sein werden, den jüdischen Staat mit Nazideutschland und dem Apartheids-Südafrika gleichzusetzen. Selbsternannte westliche „Linke“ und ihre islamistischen Verbündete wenden dieselbe Taktik gegen ihre Gegner an, um jeglicher sinnvollen Diskussion über den Islam in westlichen Gesellschaften einen Riegel zu vorzuschieben.

Da Geschichte und Fakten aus der Mode gekommen sind, werden in Europa „Fake News“ über Israel als „Wahrheiten“ begrüßt. Durch die Darstellung Israels als „böse“ und „rassistisch“ können europäische Judenhasser ihren Hass gegen den jüdischen Staat unter dem Banner des „Antirassismus“ „legitimieren“.

Ein alltäglicher Besuch in einem israelischen Krankenhaus lässt die Lüge platzen, die den jüdischen Staat mit „Nationalsozialismus“ und „Apartheid“ gleichsetzt. Arabische und jüdische Pfleger und Ärzte behandeln nebeneinander liegende arabische und jüdische Patienten.

Araber sind in Israel um ein Vielfaches sicherer als Juden in Europa, und müssen nicht durch schwerbewaffnete Polizisten und Soldaten geschützt werden.

Israel der „Apartheid“ in Judäa und Samaria zu beschuldigen ist genauso absurd. Die arabischen Einwohner dieser Gebiete sind keine israelischen Staatsbürger und leben unter der despotischen Herrschaft der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA). Während Araber die Straßen Israels risikofrei entlanggehen können, riskieren es Juden gelyncht zu werden, wenn sie die von der PA beherrschten Gebiete betreten. Während es in Israel eine große arabische Minderheit gibt, besteht der „moderate“ PLO-Chef Machmud Abbas darauf, dass die PA „judenfrei“ sein muss, genauso wie der von der Hamas beherrschte Gazastreifen und der größte Teil der arabischen Welt.

Der wahre Nationalsozialismus und die wahre Apartheid wird von Israels Feinden im Nahen Osten und ihren weltweiten Anhängern verwirklicht, indem sie es sich zum Ziel machen, den einzigen jüdischen Staat der Welt im Namen der „Menschenrechte“ und des „Antirassismus“ zu vernichten.

Wenn Führungspolitiker und angeblich aufgeklärte europäische Demokratien dieselben antisemitischen Lügen übernehmen wie nahöstliche Despoten und Terroristen, dann sollte das allen anständigen Europäern Sorge bereiten, die echte Menschenrechte und Frieden befürworten.

Europas linguistischer Kreuzzug und Perversion der Wahrheit gegen den jüdischen Staat untergräbt nicht nur die Friedensaussichten zwischen Arabern und Juden. Er verletzt damit schamlos die wahren Opfer von Nationalsozialismus, Völkermord und Apartheid.

Auf Englisch zuerst
erschienen bei MiDA.
Übersetzung Heplev.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Mehr Theokratie wagen?

Nach dem „Arabischen Frühling“ wollte der Westen eigentlich nicht mehr mit nahöstlichen Diktatoren zusammenarbeiten – er tut es natürlich trotzdem

Von Stefan Frank

Viele Leser sind vielleicht wie der Verfasser schon so alt, dass sie sich noch an das Jahr 2011 erinnern können. Damals gab es in Europa eine Geißlerbewegung, wie man sie seit dem Mittelalter nicht erlebt hatte. Journalisten und Politiker kasteiten sich, weil „wir“ jahrelang Diktatoren unterstützt hätten. Es gab keine konkreten Schuldgeständnisse; welche moralischen Verfehlungen begangen worden waren und wer dafür verantwortlich war, blieb unklar. Die Geißler schlugen sich die Rücken im Namen des „Westens“, es war eine Kollektivschuldthese, bei der alle schuld waren und keiner. Die Rolle „des Westens“ wurde im Rausch des „arabischen Frühlings“ überhöht; es wurde übersehen, dass sich die meisten Diktatoren Nordafrikas und des Nahen Ostens entweder auch ohne ausländische Unterstützung hätten an der Macht halten können (Mubarak, Ben Ali) oder Diktatoren waren, die den Westen hassten und bekämpften (Gaddafi, al-Baschir, die Assad-Dynastie, das Ayatollah-Regime).

Beispielhaft für Hunderte ähnliche Artikel steht dieses Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 11. März 2011:

„Über Jahrzehnte hat der Westen mit Diktatoren aus Arabien, Afrika, Lateinamerika und Asien zusammen gearbeitet. Viele haben sich zu Lasten ihrer Bevölkerungen bereichert und Teile ihrer Vermögen ins Ausland gebracht. Mittlerweile hat der Westen den Potentaten die Freundschaft gekündigt.“

Solche moralischen Ankündigungen gab es damals häufig: Nie wieder werden wir Diktatoren unterstützen! Ein solches Versprechen wäre durchaus lobenswert gewesen – von nun an also tatkräftige, effektive Unterstützung der Demokraten in aller Welt, richtig so. Doch schon damals konnte man die Heuchelei mit Hände greifen: der ägyptische Präsident Mubarak etwa wurde in den Zeitungen erst dann als „Diktator“ bezeichnet, als er seine Macht verloren hatte. Nun, da er gestolpert war, traute man sich, ihn zu treten. Der Abscheu, so zeigte sich, galt in Wirklichkeit gar nicht Diktatoren, sondern Ex-Diktatoren, den Gefallenen, Gestürzten. Niemand möchte sich an der Seite von Verlierern zeigen. Nicht ihren Machtmissbrauch oder die illegitime Art ihres Machterwerbs warf man den Potentaten eigentlich vor, sondern ihren Machtverlust.

Das zeigte sich auch daran, dass sich im Verhältnis zu jenen Despoten, die ihre Macht erhalten konnten, nichts änderte. Das iranische Regime wurde ebenso weiter hofiert wie die Golf-Monarchien oder die „Palästinensische Autonomiebehörde“, und was Baschar al-Assad betraf, der schon 2011 das meiste Blut an den Händen hatte, so gab es immer mehr, die seine Entfernung als nicht dringlich betrachteten oder ihm sogar gute Seiten abgewinnen konnten. Innert kurzer Frist wandelte sich die Lehre, die man aus dem „arabischen Frühling“ zog: Von „Nie wieder Diktatur“ hin zu „Mehr Stabilität durch Autokratie“. Tyrannen, so das neue alte Credo, soll man nicht stürzen,



Der saudi-arabische Außenminister Adel al-Jubeir und sein deutscher Kollege Steinmeier

sondern stützen. Ohne sie droht, wenn nicht gleich alles den Bach runter geht, zumindest gefährliche Instabilität. In den Kommentaren zu den Protesten im Iran gibt es einige immer wiederkehrende Versatzstücke, die diese Haltung widerspiegeln.

„Ein Sturz der Diktatur ist schlecht, weil das Instabilität bringt“

Ein Kommentator der britischen „linksgerichteten“ Tageszeitung „The Guardian“, drückt dem iranischen Regime die Daumen, denn: „Jegliche

ständige Angst vor der Polizei und den Milizen leben müssen, dass ihnen Amputationen, Blendungen oder systematische Vergewaltigungen in Irans Foltergefängnissen drohen; dass im Iran selbst neunjährige Mädchen zum Tode verurteilt werden können – das alles ist keine Eskalation.

Eine „gefährliche Eskalation der regionalen Spannungen“ liegt erst dann vor, wenn Ayatollah Khamenei schlecht schläft, weil er sich ärgert, dass seine Untertanen gegen ihn protestie-

und die ganze heikle Region wird noch instabiler. Das sind gute Gründe für Europa, weiter auf Erfolge des Präsidenten zu setzen.“

Wie lange setzen die Europäer bereits auf den Reformen ohne Reformen, und welche „Erfolge“ hat er vorzuweisen? Auch Dorschel scheint zu meinen, dass Iraner keinen Anspruch auf Menschenrechte oder Demokratie hätten, denn weder das eine noch das andere hat Rohani überhaupt je versprochen, geschweige denn gefördert.

Good cop, bad cop

Viele Journalisten spielen mit vorgetäuschter oder echter Naivität das „Good cop, bad cop“-Spiel mit, bei dem so getan wird, als gäbe es im Iran einen Machtkampf zwischen den Guten und den Bösen, und als wäre Rohani nicht ein Mann des Regimes, sondern einer der Guten. Doch zum einen ist Rohani keiner der Guten, zum anderen kann es einen Machtkampf zwischen ihm und Ayatollah Khamenei gar nicht geben: Nur Khamenei hat echte Macht, und würde sich Rohani gegen ihn stellen – was er nicht tut –, wäre das Hochverrat und würde mit dem Tode bestraft. Die Folgerung, die einige Kommentatoren aus dieser Situation ableiten, lautet: Die iranischen Demonstranten sollten nur klitzekleine Forderungen stellen, solche, die das Regime erfüllen kann. Volker Perthes von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mahnte die Iraner im Ö1-Mittagsjournal:

„Hamburger Morgenpost“-Redakteur Ralf Dorschel: „Ohne Rohani bekommen die Iraner keinen Fortschritt.“

wirkliche oder eingebildete Schwächung der Macht des iranischen Regimes könnte der Vorbote einer gefährlichen Eskalation der regionalen Spannungen sein.“ Der Autor hat sich den Standpunkt von Ayatollah Khamenei völlig zu eigen gemacht.

Dass das iranische Regime im Irak, im Libanon, in Syrien und im Jemen auf brutale Weise seine imperialen Ziele verwirklicht, die Hisbollah, die Hamas und Dutzende andere Terrorgruppen bewaffnet und einen Krieg mit Saudi-Arabien anzuzetteln versucht – das verursacht demnach keine Spannungen.

Dass Iraner in Rechtlosigkeit und

ren. Implizit lehnt der Autor somit die Gültigkeit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ ab; denn um sie im Iran durchzusetzen, müsste das Regime gestürzt werden. Wer Menschenrechte für die Iraner einfordert, gilt ihm somit als „Falke“: „Die kreisenden amerikanischen, saudischen und israelischen Falken sollten sich vorsehen, was sie sich wünschen“, schreibt er.

„Wer Verbesserungen will, muss das Regime unterstützen“

Ralf Dorschel, Redakteur der Hamburger „MoPo“, wirbt für das Regime:

„Ohne Rohani bekommen die Iraner keine Öffnung und keinen Fortschritt

„Alles, was nach Anarchie und Chaos und Gewalt aussieht, nützt einer Regierung nicht und nützt auch dieser Regierung von Rohani nicht. Er hat ja relativ deutlich gesagt, dass es ein Recht auf friedliche Demonstration gibt, das würde ihm helfen, wenn Demonstrationen friedlich bleiben, wenn sie mit klaren Slogans etwa nach wirtschaftlicher oder politischer Reform auf die Straße getragen würden, das wären Proteste, die er vielleicht in seine Agenda würde einbauen können, aber wenn die Proteste aussehen, was in Neujahrsnächten in Deutschland oder vielleicht auch in Österreich – das weiß ich jetzt nicht – geschehen ist, dann ist das so, dass eher Hardliner ihm vorwerfen werden, die Lage außer Kontrolle geraten zu lassen.“

Wenn also die Iraner nur gegen die hohen Eierpreise protestieren, ist das aus Perthes Sicht gut; wenn sie hingegen Demokratie, Meinungs- und Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie die Abschaffung der Schariapolizei und der frauendiskriminierenden Gesetze fordern, dann wären das die falschen Slogans, weil Rohani diese eben nicht „in seine Agenda einbauen kann“. Also: Proteste ja, aber nur innerhalb des Rahmens der theokratischen Diktatur. Und es darf nicht aussehen wie „Neujahrsnächte in Deutschland“; die Demonstranten im Iran mögen sich bitte gesitteter benehmen, als Deutsche im Silvestertaumel das zu tun pflegen, und keinen Lärm veranstalten.

Auch Gudrun Harrer weiß im „Standard“ zu unterscheiden zwischen „berechtigten Unzufriedenheitsäußerungen“ und offenbar unberechtigten „Hassparolen gegen das geistliche Oberhaupt Ali Khamenei“:

„Präsident Hassan Rohani hat in seiner ersten Rede noch versucht, das Dilemma zwischen – seinen Worten nach – berechtigten Unzufriedenheitsäußerungen und prinzipiellen Forderungen nach einem Systemwechsel aufzulösen. Bei den Demonstrationen kommt beides vor: soziale Slogans genauso wie Hassparolen gegen das geistliche Oberhaupt Ali Khamenei.“

„Hass“ wirft Harrer nicht denen vor, die morden und foltern – sondern denen, die die das Morden und Foltern beenden wollen.

„Die Iraner wollen keine radikale Änderung“

Zum Ende der o.g. Sendung gab Ö1 unkommentiert die Propaganda des iranischen Regimes wieder: „Der iranische Sicherheitsrat spricht von einem Stellvertreterkrieg, der vom Ausland gesteuert wird, und hinter dem US-Präsident Donald Trump und Saudi-Arabien stecken sollen.“ Die „Zeit im Bild“ machte etwas mehr in Differenzierung und stellte Khameneis Verschwörungstheorien immerhin noch gleichberechtigt neben jene Analysen, die die „allgemeine Unzufriedenheit“ vieler Iraner als Grund für den Ausbruch der Proteste nennen. Und Gudrun Harrer glaubt, dass diejenigen, die sie „Regimegegner“ nennt, keine Iraner seien, sondern „Lobbyisten“, die „im Ausland“ sitzen. Sie würde sich freuen, wenn die „Regimegegner“ in die Röhre gucken, das Regime intakt bleibt und es den Iranern in der theokratischen Diktatur „halbwegs gut geht“. Aus ihrer Sicht müssen die Iraner Ruhani sogar dankbar sein:

„Dass die Proteste in absehbarer Zeit zu einem Umsturz führen, daran glaubt kaum ein Experte. Der wahrscheinliche mittelfristige Ausgang einer Gewalt-

teskalation wäre wohl ein autoritärer Backlash im Iran – und das endgültige Ende von Rohanis Bestrebungen, den Menschen etwas mehr Luft zum Atmen zu verschaffen. Die krude Wahrheit ist natürlich, dass sich das Bedauern der meisten (nicht-iranischen) Regimegegner im Ausland darüber in Grenzen halten würde: Denn wenn es den Iranern und Iranerinnen halbwegs gutgeht, wird die nächste Revolution noch länger auf sich warten lassen.“

Nur „falsche Freunde“ – also böswillige Menschen – des Iran können also einen Sturz des grausamen Regimes wollen, will Harrer glauben machen. Diese ausländischen „Lobbyisten“ diskreditierten die Demonstranten und machten die Behauptung des Regimes glaubhaft, „es stünden ausländische Agenten dahinter. Dann fällt der Schießbefehl umso leichter“. Damit gibt Harrer denen, die Sympathien für die antitotalitären Proteste im Iran bekunden, eine Mitschuld daran, dass das Regime Demonstranten erschießen lässt.

Das iranische Regime verbreitete am Mittwoch, US-Präsident Trump habe mit seinen „absurden Tweets“ zum „Aufbruch“ im Iran „angestachelt“. Ähnliches behauptet der Deutschlandfunk: „Trump heizt regierungskritische Proteste im Iran weiter an.“ Es klingt, als würde er den Iranern gefährliche Flusen in den Kopf setzen. In dieselbe Kerbe schlägt ein Tweet des ZDF-„heute journals“: „US-Präsident #Trump stachelt die Lage mit einem Tweet weiter an.“ Wer so etwas schreibt, drückt zweierlei aus: Dass die Iraner keinen wirklichen Grund zum Zorn auf das Regime hätten, sondern aufgehetzt seien; und dass es das Beste wäre, sie würden wieder nach Hause gehen und Ruhe halten – womit sich der Argumentationskreis schließt.

Was in den meisten Berichten über den Iran ausgeblendet wird, ist, dass die Folter- und Hinrichtungsmaschinerie der Ajatollahs im Inland und ihr Terrorapparat im Ausland eben nicht ruhen. Je mehr Ruhe man den Despoten gönnt, desto unruhiger die Lage ihrer Opfer.

Die Lobhudelei für Rohani erinnert an die Propaganda westlicher Kommentatoren und Politiker in der Frühphase der iranischen Diktatur. Der Juraprofessor Richard Falk (von 2008 bis 2014 UN-Sonderberichterstatter für die „Palästinenser“) etwa rief 1979 in der „New York Times“ dazu auf, Ayatollah Khomeini „Vertrauen zu schenken“. Über ihn gebe es in Amerika viel „Verwirrung“. „Mehr als jeder andere Führer der Dritten Welt wird er auf eine Art dargestellt, die darauf aus ist, Angst zu machen. Präsident Carter und [sein außenpolitischer Berater] Zbigniew Brzezinski haben ihn bis vor kurzem in die Nähe von religiösem Fanatismus gerückt. Die Nachrichtenmedien haben ihn auf vielerlei Art diffamiert und mit Bestrebungen in Verbindung gebracht, die Uhr um 1.300 Jahre zurückzudrehen, mit böartigem Antisemitismus konnotiert und mit einer neuen politischen Störung, dem ‚theokratischen Faschismus‘, der im Begriff sei, auf die Welt losgelassen zu werden.“

Doch das Bild von Ayatollah Khomeini „als fanatischem, reaktionären Träger von kruden Vorurteilen ist zum Glück ganz sicher falsch“, so Falk damals. „Es ist zudem ermutigend, dass der Kreis seiner engen Berater ausschließlich aus moderaten fortschrittlichen Personen besteht.“ Mit seinen „gewaltfreien Methoden“, so Falk, „könnte der Iran zum dringend benötigten Modell eines human regierten Landes der Dritten Welt“ werden.



beefbar[®]
Born in Monte-Carlo
HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20679301

Armenischer Staatsbesuch in Israel

Interview mit Ashot Smbatyan, Botschafter der Republik Armenien



S. E. Ashot Smbatyan und Urs Unkauf

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Exzellenz, bereits im Jahr 2015 hatte die JÜDISCHE RUNDSCHAU die Ehre, ein Interview mit Ihnen führen zu können. Ich freue mich daher sehr, mit Ihnen diesmal vertieft über die Außenpolitik Ihrer Nation sowie insbesondere die Beziehungen zwischen Armenien und Israel zu sprechen. Jüngst im November 2017 besuchte der Außenminister von Armenien, Edward Nalbandian, den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu. Welche Themen standen im Fokus dieses Besuchs?*

Seine Exzellenz Ashot Smbatyan: Außenminister Nalbandian traf neben Premierminister Netanjahu auch den Sprecher der Knesset, Juli Edelstein, sowie den Minister für regionale Zusammenarbeit, Tzachi Hanegbi, den Minister für Jerusalem-Angelegenheiten, Ze'ev Elkin, und Tali Ploskov, die Vorsitzende der israelisch-armenischen Parlamentariergruppe. Die Atmosphäre des Besuches war freundschaftlich, zugleich fand ein intensiver Arbeitsaustausch statt. Im Fokus des gemeinsamen Interesses stand die Vertiefung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Ergebnisse des Treffens werden derzeit noch ausgewertet, sie werden im kommenden Jahr zu konkreten Projekten führen.

JR: *Welche Perspektiven für gemeinsame Initiativen und Projekte beider Staaten wurden dabei bekräftigt bzw. auf den Weg gebracht – oder anders*

gefragt: In welchen gesellschaftlichen Bereichen gibt es bereits eine hohe Aktivität in den armenisch-israelischen Beziehungen und wo können diese noch ausgebaut werden?

S. E. AS: Der Bereich der digitalen Zusammenarbeit ist hier ganz wichtig. Israel ist auf diesem Gebiet weltweit führend und auch Armenien hat bei der Schaffung einer digitalen Infrastruktur eine gute Position. Vielleicht haben kleine Länder ohne natürliche Ressourcen den Vorteil, ihre finanziellen und Humankapazitäten auf den digitalen Sektor fokussieren zu können. Gerade bei der Förderung von Startups sind enge Kooperation und kontinuierlicher Erfahrungsaustausch im beiderseitigen Interesse. Insgesamt gesehen ist Armenien im IT-Bereich sehr aktiv. Die jungen Fachkräfte aus Armenien und Israel führen gemeinsame Projekte durch. Daneben wollen wir vor allem in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur stärker mit Israel zusammenarbeiten.

Die praktische Relevanz von Erinnerungskultur ist vor dem historischen Hintergrund von Genozid- und Diasporaerfahrungen für beide Staaten von besonderer Bedeutung. Hier ist eine intensive, vertrauensvolle und von beiderseitigem Respekt geprägte Zusammenarbeit sehr wichtig. Der Genozid und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit können nur gemeinsam bekämpft werden. Und die moralische

Pflicht des armenischen und des jüdischen Volkes, die durch den schrecklichen Weg des Genozids bzw. der Schoah gegangen sind, ist es, in der ersten Reihe zu stehen, dafür zu wirken, dass sich das Geschehene nicht wiederholen kann.

Durch die Aktivitäten des Israelisch-Armenischen Forums in den letzten beiden Jahren wird zudem der Dialog zwischen den staatlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft weiter ausgebaut.

Im Juli 2017 sind zwischen Armenien und Israel unter anderem zwei wichtige Abkommen unterzeichnet worden: visumfreie Einreise für Diplomaten und die Vermeidung von Doppelbesteuerung.

JR: *Vonseiten Israels wird der Iran als ein besonderes Sicherheitsrisiko für die Region eingestuft. Wie bewertet Armenien die Rolle der Islamischen Republik in Bezug auf Sicherheit und Stabilität in der Region? Zu welcher Einschätzung des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) – des sog. Atomabkommens – mit dem Iran gelangen Sie?*

S. E. AS: Zwischen Armenien und dem Iran bestehen gute Beziehungen auf breiter Basis, so beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft, Kultur, Bildung und Naturschutz. Diese Zusammenarbeit möchten wir schrittweise vertiefen und ausbauen. Die armenische Gemeinde im Iran genießt einen gesicherten gesellschaftlichen Status. Zu erwähnen ist auch, dass die arme-

nischen Kirchen und Klöster im Iran durch ein staatlich finanziertes Wiederaufbauprogramm instandgesetzt werden konnten. Auch bemüht sich die iranische Regierung um eine Aufnahme dieser heiligen Stätten in das Weltkulturerbe der UNESCO.

Was die Sicherheitsthematik betrifft, so sehen wir in Verhandlungen den zentralen Mechanismus zur Herstellung von Frieden und regionaler Stabilität. Armenien mit seiner globalen Diaspora ist stets bestrebt, gute Beziehungen mit verschiedenen Ländern zu pflegen – sowohl mit der Islamischen Republik Iran als auch mit dem jüdischen Staat Israel.

Wie Sie wissen, war Armenien eines der ersten Länder, das den „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) – das sog. Atomabkommen – begrüßt hat, dessen Realisierung die durch die Sanktionen entstandenen Hindernisse in den Beziehungen beseitigen und uns somit die Möglichkeit gewähren wird, Projekte in den bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erfolgreich zu planen. Noch mehr – es werden Projekte von regionaler Bedeutung entworfen und verwirklicht.

JR: *Ein wichtiger Partner der Republik Armenien ist die Russische Föderation – sowohl auf multilateraler Ebene wie beispielsweise seit 2013 im Kontext der Eurasischen Wirtschaftsunion, als auch im Bereich der bilateralen Beziehungen. Zugleich verfolgt Präsident*

Wladimir Putin den Ansatz einer multivektoralen Außenpolitik im Nahen Osten. Welche Rolle spielt Russland aus Ihrer Sicht für die Stabilisierung der Region?

S. E. AS: Stimmt, mit Russland sind wir Teil einer engen Wirtschaftsunion. Russland ist unser Haupthandelspartner und einer der größten Investoren. In Armenien sind ca. 1.400 gemeinsame Unternehmen tätig. Aber unsere bilaterale Agenda umfasst als Bündnispartner eine Vielzahl von Bereichen der Zusammenarbeit. Darüber hinaus pflegen wir eine sich dynamisch entwickelnde, dezentrale Kooperation auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Bildung. Beim Ausbau der armenisch-russischen Beziehungen hat auch die armenische Gemeinschaft in Russland eine signifikante Rolle gespielt. Sie fungiert dabei als eine Brücke und bindet die beiden Länder noch enger aneinander. Darüber hinaus schätzt Armenien die Vermittlungsbemühungen Russlands als Ko-Vorsitzender der Minsk-Gruppe der OSZE zur Etablierung von Stabilität und Frieden in der Region hoch.

Was die Nahostpolitik von Präsident Putin anbetrifft, war, wie Sie wissen, auch das armenische Volk jahrhundertlang Teil des multikulturellen und multireligiösen Mosaiks des Nahen Ostens. Von den Entwicklungen in jener Region waren auch unsere Landsleute betroffen: Kirchen, Schulen und kulturelle Einrichtungen wurden zerstört. Viele unserer Landsleute sind Opfer von Terrorangriffen geworden. Als Folge der syrischen Krise ist die einst blühende armenische Gemeinschaft zahlenmäßig zusammengeschmolzen. Armenien war immer an der Seite der internationalen Gemeinschaft, wenn es darum ging, sich vereint den Gefahren, die der religiösen und ethnischen Vielfalt des Nahen Ostens drohen, entgegenzustemmen, und hat sich entschlossen den internationalen Bemühungen angeschlossen, die die vollständige Vernichtung dieses Übels zum Ziel haben. In diesem Kontext ist die Etablierung

von fortdauernder Stabilität und Frieden in der Region unser finales Ziel.

JR: Der Syrienkonflikt ist aufgrund seiner destabilisierenden Effekte für die Region, als auch aufgrund der massiven internationalen Auswirkungen durch unkontrollierte Migrationsströme und zusätzliche Sicherheitsrisiken in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt, die dem Nahen Osten zuteilwird. Israel leistet humanitäre Unterstützung durch die Versorgung syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Wie schätzen Sie die Entwicklung der Lage in Syrien mittelfristig ein? Welche Auswirkungen hat die anhaltende Syrienkrise auf Armenien?

S. E. AS: Armenien hat 22.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Dabei wurden sie nicht selektiert, anzumerken ist jedoch, dass viele von ihnen der armenischen Diaspora in Syrien angehörten.

Die Aufnahme, die Sicherung des Lebensunterhaltes und die Integration der Flüchtlinge aus Syrien gehören zu den Prioritäten der armenischen Regierung: vereinfachte Aufenthaltsangelegenheiten, kostenlose medizinische Versorgung und Studium. Auch vor Ort leistet Armenien große humanitäre Hilfe in verschiedenen Regionen Syriens. Und wie Sie vielleicht wissen, ist die armenische diplomatische Vertretung selbst während der heißen Phase der Kämpfe in Aleppo und Damaskus aufrechterhalten worden. Dies war mit großen Anstrengungen verbunden, aber nur wenn wir die Kommunikationskanäle zur Bevölkerung aufrechterhalten, können wir etwas zur Verbesserung ihrer Lebensumstände beitragen.

Die Einstellung Armeniens zur Lösung des Syrienkonflikts ist so, dass er nur durch Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte von Syrien im Dialog erzielt werden kann. Und die internationale Gemeinschaft muss ihre Anstrengungen zur Vernichtung des Extremismus in der Region besser koordinieren.

Für uns ist nicht der Flüchtlingsstrom gefährlich, sondern die zunehmende Zahl der IS-Anhänger in unserer Re-

gion. Die jetzige Herausforderung ist eher die Widerspiegelung der Terroraktivitäten im Nahen Osten in unserer Region, wie z. B. zentral gesteuerte Verbrechen mit religiösem und nationalistischem Hintergrund an der friedlichen Bevölkerung und öffentliche Enthauptungen. Zahlreiche Bürger unseres östlichen Nachbarn sympathisieren mit dem IS oder sind dieser Terrororganisation sogar beigetreten. Diese stellen nach ihrer Rückkehr eine große Gefahr für die Region dar.

JR: Ein wichtiger Faktor der Außenpolitik stellen, insbesondere für kleinere Staaten, die energiewirtschaftlichen Beziehungen dar. In Israel wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien rapide vorangetrieben, während zugleich ein verstärktes Engagement in der Erdgasproduktion und -vermarktung zu beobachten ist – wie aktuell durch Israels Unterstützung des mit Zypern, Italien und Griechenland geplanten Pipelineprojektes „East Med“. Vor welchen Herausforderungen im Bereich der Energiesicherheit steht Armenien aktuell? Gibt es Ansätze zu einer Kooperation mit Israel im Energiesektor?

S. E. AS: In der Energiepolitik hat Armenien wesentliche Fortschritte gemacht. Wir haben Leitlinien formuliert, die bis zum Jahr 2036 realisiert werden sollen. Dazu gehört die Sicherstellung unserer Versorgung in Verbindung mit Maßnahmen zur Energieeinsparung. Von 2014 bis 2036 möchten wir den Anteil von Wasserkraft und Kernenergie an der Stromerzeugung erhöhen, dafür weniger auf Gaskraftwerke setzen. Den Anteil der erneuerbaren Energien von aktuell 6% möchten wir innerhalb dieses Zeitraums auf 40% erhöhen. Der Ausbau grüner Energien auf der Basis internationaler Kooperationen beginnt stufenweise Früchte zu tragen, inzwischen sind einige ans Netz gegangen. Zugleich möchten wir unsere Versorgung mit konventionellen Energieträgern wie Erdgas weiterhin sicherstellen. Der Iran ist hier ein wichtiger Handelspartner für uns, mit dem wir

gemeinsam unter Einbeziehung Russlands und Georgiens an einer vertieften Zusammenarbeit im Bereich der Netzinfrastruktur arbeiten.

Und was die Zusammenarbeit mit Israel in diesem Bereich betrifft, so besteht durchaus Potenzial. Dabei kommt besonders dem Erfahrungsaustausch mit Israel im Bereich der grünen Energie große Bedeutung zu.

JR: Am Rande des EU-Gipfels am 24. November in Brüssel unterzeichneten die EU und Armenien ein Umfassendes und erweitertes Partnerschaftsabkommen. Zugleich steht das Engagement in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) einer Mitgliedschaft in der EU entgegen. Die Republik Belarus beispielsweise betont in den letzten Jahren verstärkt ihre Funktion als Brücke zwischen Ost und West. Welche strategische Orientierung verfolgt Armenien in Bezug auf die multilaterale Ost-West-Kooperation?

S. E. AS: Im Rahmen des Umfassenden und erweiterten Partnerschaftsabkommens möchten wir vor allem die politische Zusammenarbeit in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Good Governance (gute Regierungsführung) ausbauen. Für Armenien gibt es kein „entweder – oder“, sondern vielmehr ein „sowohl als auch“. Die Einbindung in ein Bündnis wie die „Eurasische Wirtschaftsunion“ schließt die bilaterale Zusammenarbeit mit weiteren Strukturen nicht aus. Wir möchten eine Brücke zwischen der EU und dem 180 Millionen Einwohner starken Wirtschaftsraum der EAWU im beiderseitigen Interesse bilden. Wirtschaftliche Initiativen dürfen nicht zum Opfer der Politik gemacht werden. Für uns wird es daher von zentraler Bedeutung sein, einen Beitrag dazu zu leisten, damit Ost und West zum Wohle der Menschen wieder eine gemeinsame Sprache finden.

JR: Herr Botschafter Smbatyan, ich danke Ihnen sehr herzlich für das Gespräch!

Das Interview führte Urs Unkauf

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Wird Gabriel für Iran, was Schröder für Russland ist?

Mit seinen anti-israelischen und pro-iranischen Einstellungen stehen dem jetzigen deutschen Außenminister auch nach seiner Amtszeit in Teheran die Türen offen

Von Laila Mirzo

Man sagt, dass jeder seinen Preis hätte. Ab einem bestimmten Geldbetrag, für Macht oder einen persönlichen Vorteil sollen wir alle käuflich sein. Würden wir, gleich Goethes Faust, unsere Seele an Mephisto verkaufen?

Es gibt Politiker, meist in der zweiten Reihe, von denen man glaubt, sie würden die Welt retten, wären sie nur an den richtigen Schlüsselpositionen. Sie haben den Mut, die Regierung zu kritisieren und Missstände offen anzusprechen. Werden sie dann in einflussreiche Positionen gewählt, vergessen viele, was sie einst versprochen.

Das ist eine alte Geschichte. Sie rechtfertigen ihre neue Haltung damit, dass man Kompromisse schließen müsse und dass die Realpolitik bisweilen auch unpopuläre Entscheidungen verlange.

Wenn aber das Ende der Amtszeit naht und keine Perspektive besteht weiterhin in der ersten Reihe mitzumischen, dann kann man dem einen oder anderen Politiker dabei zusehen, wie er versucht seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist der Altkanzler Gerhard Schröder.

Groß war die Empörung über seinen Wechsel von der Politik in die Wirtschaft – ausgerechnet zur Nord Stream AG (langjähriger Geschäftsführer von Nord Stream war der ehemalige Stasi-Mann Matthias Warnig), der Konzerntochter des russischen Energieriesen Gazprom. „Unanständig“ hatte man damals Schröders Verhalten genannt, da er schon während seiner Amtszeit zukünftige Gasprojekte angebahnt hatte. Keiner vor ihm hatte noch während seiner Amtszeit als Spitzenpolitiker derart offen Lobbyarbeit geleistet.

Doch nun scheint ihm sein Parteigenosse Sigmar Gabriel Konkurrenz machen zu wollen. Als Lobbypartner hat sich der geschäftsführende Außenminister ausgerechnet das israelfeindliche Mullah-Regime ausgesucht.

Netanjahu vs. Gabriel

Ich denke einmal laut nach und zähle eins und eins zusammen:

Während Israels Ministerpräsident, Benjamin Netanjahu, den protestierenden Menschen im Iran die volle Solidarität bekundete, mahnte Sigmar Gabriel selbige, es nicht zu übertreiben. Er sagte, es sei „umso wichtiger, allseits von gewaltsamen Handlungen Abstand zu nehmen“. Pflichtschuldig „verteidigt“ er mit Worten ein bisschen die Demokratie, greift butterweich das Folter-Regime an und mit der Ermahnung, dass bitteschön alle Seiten auf Gewalt verzichten sollten, erweckt Sigmar Gabriel den Eindruck, dass die freiheitsbegehrenden Bürger den bewaffneten Kräften der Diktatur ernsthaft etwas entgegenzusetzen hätten.

Auch nimmt Gabriel das zweifelhafte Atomabkommen mit den Mullahs von Teheran gegen fast jede Kritik in Schutz. Bedenken angesichts der Tatsache, dass heimlich weiterhin waffenfähiges Plutonium angereichert werden könnte, und die Vernichtung Israels zur Staatsdoktrin des Iran gehört, scheinen ihn nicht zu quälen. Dabei sind die nuklearen Bestrebungen Teherans eine existenzielle Gefahr für Israel.



In Deutschland gibt er sich als Demokratie-Mahner – im Ausland nähert er sich Anti-Demokraten an: Sigmar Gabriel

Bei Beratungen über die Zukunft des Atomabkommens, Mitte Januar in Brüssel, setzte sich Sigmar Gabriel entschlossen für die Beibehaltung des Abkommens ein und kritisierte offen Trumps Vorhaben, das Atomabkommen zu beenden. Donald Trump hatte es als „schlechtesten Vertrag aller Zeiten“ bezeichnet und strebt an, die Ölexporte aus dem Iran wieder zu blockieren.

Wohin das Geld der Öleinnahmen fließt, ist offenkundig. Die schiitische Hisbollah im Libanon, die Huthi-Milizen im Jemen und das Assad-Regime in Syrien hängen am Tropf des iranischen Geldhahns. Teheran hat mit seinem militärischen Engagement in Syrien nun eine breite Landbrücke, um Waffen und Kämpfer an Israels Grenze zu bringen.

Gabriel scheint all dies nicht zu stören, wenn er nach dem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammed Dschawad Sarif beteuert, dass man das Atomabkommen gegen eventuelle Versuche es zu untergraben, beschützen werde.

Ich frage mich, was sich Gabriel von der Verbrüderung mit der iranischen Diktatur verspricht. Ist es etwa eine Stellen bei den vielen Projekten im Energiesektor? Nach den Jahren der Sanktionen hat der Iran in zahlreichen Gebieten einen hohen Nachholbedarf, die Investoren stehen schon in den Startlöchern. Doch dafür muss man auch etwas leisten.

Ist es ein Zufall, dass der Ex-Justizchef Mahmoud Shahrudi, der für eine Vielzahl umstrittener Todesurteile ver-

antwortlich ist, zur Behandlung seiner Krebserkrankung nach Deutschland gekommen ist? Ist es ein Zufall, dass der Todesrichter ausgerechnet in der Privatklinik in Hannover behandelt wurde, deren Klinikchef 2015 den damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei einer Delegationsreise in den Iran begleitet hatte?

Die Anbiederung an das verbrecherische Mullah-Regime hat mit Diplomatie schon lange nichts mehr zu tun. Der Außenminister übertritt regelmäßig die rote Linie des Anstands.

Wenn Israels Sicherheit heute deutsche Staatsräson sein soll, dann geht es darum die Zukunft Israels und seines Volkes zu sichern. Hinter Israel zu stehen, bedeutet mehr als nur Gast von Gedenkfeiern zu sein. Heute kann man zeigen, ob all die Entschuldigungen, Mahnwachen und Kranzniederlegungen reine Lippenbekenntnisse waren oder ob man tatsächlich zu der „Staatsräson“ steht.

Hätte man nur ein Wort der letzten 70 Jahre ernst gemeint, so hätte man als erste Nation Jerusalem als legitime Hauptstadt Israels anerkannt. Es ist beschämend und unfassbar traurig wie sich die deutsche Regierung windet.

Gerade erst wurde der Holocaust-Gedenktag begangen. Sämtliche Politiker, darunter auch der deutsche Chefdiplomat, folgten dem Aufruf des Jüdischen Weltkongresses „Gesicht zu zeigen“ gegen den alten und dem neuen Antisemitismus und posteten Selfies mit dem Hashtag #Weremember.

Auf seiner offiziellen Facebook-Seite veröffentlicht Sigmar Gabriel am

27. Januar sein #Weremember-Selfie und schreibt dazu: „Wir haben in Deutschland eine Erinnerungskultur entwickelt, die weit mehr umfasst, als ritualisierte Trauer über begangene Verbrechen: Wir versuchen in Politik und Gesellschaft das ‚Nie wieder‘ zur Richtschnur unseres Handelns zu machen.“

Ich denke mir, dass es leichter ist, symbolisch die Verantwortung für etwas zu übernehmen, das man nicht selbst verantwortet hat, als eigene Fehler einzugestehen. Es liegt in unserer Verantwortung Sorge zu tragen, dass dies nie, nie wieder geschieht. Sich nur hinter einer Erinnerungskultur zu verstecken ist zu wenig. Sich gleichzeitig mit dem anti-israelischen Regime in Teheran zu verbünden, ist ein Affront und lässt die #Weremember-Kampagne zur gönnerhaften Geste verkommen. Wer es ernst meint mit dem „Nie wieder!“ sollte sein Augenmerk auf die Gegenwart und auf die Zukunft Israels richten und nicht mit dem selbsterklärten Feind Israels Geschäfte machen.

Mit diplomatischem Fingerspitzengefühl hat der scheidende Außenminister schon öfter Schwierigkeiten. 2012 hatte sich Gabriel nach einer Israel Reise klar positioniert, als er auf seiner Facebook-Seite schrieb: „Ich war gerade in Hebron. Das ist für die Palästinenser ein rechtsfreier Raum. Das ist ein Apartheid-Regime, für das es keinerlei Rechtfertigung gibt.“

Das einzige demokratische Land im Nahen Osten einen „Apartheidstaat“ zu nennen, ist nicht nur eines Chefdiplomaten unwürdig, es ist eine Schande!

Trump redet – der etablierte Journalismus schnaubt vor Wut

„Spiegel“-Schreiber Nelles & Pitzke und der Versuch die Rede des US-Präsidenten zu diskreditieren

Von Claudio Casula

Unter der Überschrift „Spalten statt Versöhnen“ analysiert „Spiegel Online“ Donald Trumps neue Rede zur Lage der Nation. Lesen wir mal kurz in dieses Paradebeispiel für deutschen Qualitätsjournalismus hinein. Oder jedenfalls in die Highlights. (Wer die Rede von Trump nachlesen will, sei die von Dushan Wegner ins Deutsche übersetzte Fassung der Trump-Rede empfohlen).

SpOn: „Mit seiner ersten Rede zur Lage der Nation wollte Trump die Amerikaner eigentlich einen. Doch er erreichte das Gegenteil.“

Nur Stunden nach Trumps Ansprache zur Lage der Nation haben die Spiegel-Autoren bereits feststellen können, dass die 323 Millionen Amerikaner gespaltener sind als vorher.

„Mit großem Gefolge und noch größerem Pomp...“

Stimmen wir uns schon mal auf diesen schmierigen Typen ein!

„Die meisten Demokraten klatschten demonstrativ nicht.“

Ein bedenkliches Zeichen. Normalerweise sind Oppositionspolitiker ja vom Präsidenten begeistert.

„Seine Beliebtheit ist auf einem historischen Tiefpunkt.“

Jedenfalls in den Redaktionen unserer Quantitätspresse.

„Trump beschwor seine nationalistischen Standardparolen ‚America First‘ und ‚Make America Great Again‘, und zählte seine vermeintlichen Erfolge auf.“

Dass dieser Nationalist das Wohl seines Landes in den Vordergrund stellt, macht Nelles und Pitzke fassungslos. So etwas sind sie aus Deutschland ja auch nicht gewohnt. Und Erfolge, die dieser unsägliche Mensch aufzählt, können selbstredend nur vermeintliche sein. Mal ehrlich: Schon diese Frisur...

„Das sorgte für Reflex-Applaus bei den Republikanern und der populistischen Basis, die Demokraten begeisterte das aber nicht.“

Weil die Republikaner dumm sind und die Demokraten super, soviel Differenzierung muss auch in einer stocknüchternen Analyse sein.

„Ähnlich seine Verzerrungen der Immigrationsdebatte.“

Ist das vielleicht doch ein Kommentar? Nein, da steht Analyse drüber. Wirklich.

„Da gab es sogar Buhrufe.“

Die man leider in einem Text nicht lauter stellen kann, so wie man es bei der in Sachen Seriosität über jeden Zweifel erhabenen „Tagesschau“ zu handhaben pflegt.

„Seine angeblich so tolle Wirtschaftspolitik...“

Es genügt nicht, Erfolge des Erzfeindes in Zweifel zu ziehen. Man muss es auch noch im Schülerzeitungsjargon tun.

„Auch im außenpolitischen Teil der Rede prahlte Trump vor allem mit vermeintlichen Erfolgen.“

Obama hätte seine Erfolge herausgestrichen, Trump prahlt. Dabei sind Trumps Erfolge natürlich gar keine. Bäätschi!

„Außerdem drohte er allen Staaten, die



Donald Trump spricht vor dem Kongress.

Amerikas Außenpolitik kritisieren (etwa im Nahen Osten), mit der Kürzung von Finanzhilfen.“

Zwar verweigert die „Palästinenser“-Führung seit Jahren Friedensgespräche, erzieht die Jugend zum Dschihad und zahlt den Familien inhaftierter „Märtyrer“ fürstliche Pensionen, aber das kann doch nicht der Grund sein, Abu Mazen & Co. die Alimente zu kürzen!

„Noch seltsamer erschien jedoch die Instrumentalisierung von Privatpersonen für Propagandazwecke. Doch so schamlos wie diesmal war es noch nie. Besonders perfide wurde es, als er zwei New Yorker Familien vorstellte, deren Töchter von der mexikanischen Gang MS-13 ermordet worden waren.“

Wie schäbig und hundsgemein von Trump! Undenkbar bei Frau Merkel oder Herrn Steinmeier. Die brauchen ja schon ein Jahr für ein 08/15-Kondolenzschreiben.

„Wir können uns das Ausmaß eurer Trauer nicht vorstellen“, sagte Trump, während die Eltern auf der Tribüne heulten.“

Und Nelles & Pitzke wollen sich es nicht vorstellen. Schon die Wortwahl verrät ihre kalte Verachtung für Hinterbliebene von Mordopfern der falschen Herkunft.

„Eine große, versöhnliche Geste wäre gewesen, wenn Trump in irgendeiner Form auf seine Kritiker zugegangen wäre. Etwa, indem er eigene Fehler in seinem ersten Amtsjahr eingeräumt hätte.“

Genau das ist ja auch die Aufgabe eines US-Präsidenten: in der Ansprache zur Lage der Nation Asche auf sein Haupt zu streuen, zu bereuen, „Mea culpa! Mea maxima culpa!“ zu barmen und die Kritiker um Vergebung zu bitten.

„Dies hat er aber nicht getan, Selbstkritik ist bekanntlich nicht seine Stärke.“

Während sein Amtsvorgänger jeglichen Anwendungen von Selbstverliebtheit stets abhold war. So wie deutsche Edelfedern.

„In ersten Reaktionen kritisierten etliche Demokraten Trumps Rede scharf.“

Und nur die sind ja maßgeblich.

„Trump wird die Pose des einenden Staatsmannes wohl kaum lange durchhalten, üblicherweise dauert es bei ihm nach derartigen Auftritten nur wenige Tage, bis er wieder in

wütenden Tweets auf seine Gegner losgeht.“

Ah – es war also doch ein staatsmännischer Auftritt! Jedenfalls warf er sich in die entsprechende Pose. Aber wenn schon. Natürlich wird dieser lächerliche Prahlschamane umgehend wieder zu dem Proll zurückmutieren, der er ist. Wütende Attacken auf ihre Gegner zu reiten – das könnte Nelles und Pitzke, Meistern der sachlich-fairen politischen Analyse, im Leben nicht passieren.



PSSST, IT'S A SECCREST..!

UNTERNEHMENS BETEILIGUNG IN FORM VON GENUSSRECHTEN AN DER SECCREST GMBH

MINDESTBETEILIGUNG
EUR 250.000,-

KALKULIERTE RENDITE
ÜBER 1.000%

LIMITIERT AUF MAX.
20 PERSONEN

Konkurrenzloses, konjunkturunabhängiges Geschäftsmodell | Ideale Diversifikation zu Immobilien
Sitz der Gesellschaft: München | Branche: Fondsverwalter/automatisierter Währungshandel

Laufzeit: 7 Jahre | Emissionsvolumen: bis zu EUR 5.000.000,-

Grunddividende: 6% p.a. auf den Beteiligungsbetrag

Überschussbeteiligung zusätzlich zur Grunddividende: je nach Beteiligungszeitpunkt, bis zu 2,5% p.a. des Nachsteuergewinns der SecCrest GmbH

Beispiel: Genussrechtsbeteiligung über EUR 250.000,- erwirtschaftet in 7 Jahren eine Überschussbeteiligung in Höhe von EUR 2.445.000,-*

* Prognostiziert, je nach Geschäftsentwicklung können die tatsächlichen Ausschüttungen davon nach unten oder oben abweichen.

Durch Kopplungsgeschäft für Erstbeteiligte, Rückfluss des investierten Kapitals innerhalb kurzer Zeit möglich.

Interessenten mit Kapitalnachweis erhalten detaillierte Informationen in einer persönlichen Präsentation in unserem Münchner Büro nach individueller Terminvereinbarung.

www.seccrest.com | info@seccrest.com

SecCrest GmbH | Maximilianstraße 2 | 80539 München | Tel: 089 / 20 50 08 56 25 | Fax: 089 / 20 50 08 150

Mit Merkels Sturz ist das Desaster nicht vorbei

Angela Merkel war und ist kein Betriebsunfall der deutschen Politik

Von Edgar Emanuel Roth

Wer hat eigentlich wen erzogen? Angela Merkel die Medien oder diese die Bundeskanzlerin?

Diese Frage beschäftigt mich schon eine ganze Weile. Vielleicht ist es so, dass beide eine symbiotische Beziehung – zum Nachteil des Wählers – eingegangen sind. Ein Schulterchluss, aus dem sich Angela Merkels Kanzlerschaft speist.

Die Kanzlerin setzt eine Politik um, die sich „linke“ und „grüne“ Redakteure im Feuilleton wünschen und dafür erhält sie bedingungslose Rückendeckung beim Machterhalt.

Aus dem Blickwinkel der Absicherung der eigenen Macht ist dieses Verhalten nachvollziehbar. Doch die Frage einer Bundeskanzlerin sollte nicht lauten: Wie organisiere ich meine nächste Amtsperiode? Sondern: Wie löse ich die anstehenden Aufgaben der aktuellen Kanzlerschaft? Und an diesem Punkt ist Angela Merkel regelmäßig überfordert. Ohne eigene Ideen hockt sie in ihrem Bundeskanzleramt und schaut ihrem Koalitionspartner beim Regieren zu. Kennen Sie, lieber Leser, auch nur eine politische Initiative, deren Urheberin Angela Merkel war?

Dann gibt es noch die Momente, wenn die Bundeskanzlerin feststellt, dass sie beim Aussitzen der Probleme auf dem falschen Hocker weilte und die „linken“ Medien nun mit ihr schimpfen.

Dann geht plötzlich alles Ruckzuck und Angela Merkel krempelt die Ärmel hoch. Und alles, was gestern richtig war, wird für falsch erklärt. Sei es Energiepolitik, Multikulti oder das heilige Sakrament der Ehe – die Bundeskanzlerin kennt keine Tabus.

Sie führt jedoch diese politischen und administrativen Purzelbäume mit einem derart gründlichen und konsequenten Dilettantismus durch, dass der arglose Bürger eine raffinierte Politik dahinter vermutet. Angela Merkel ist Physikerin und bedenkt angeblich alles vom Ende her. Wäre es nicht so, sagt sich der Bürger, hätten wir ja eine Idiotin im Kanzleramt. Um diese erschreckende Ahnung wieder aus dem Kopf zu bekommen, setzt er sich sogleich vor den Fernseher und lässt sich von Lanz, Slomka, Kleber und Co berieseln. Mit dem Zweiten döst man besser.

Die Realität hat aber eine unangenehme Eigenschaft: Sie kann nicht gänzlich aus der Welt geschafft werden. Sie lugt irgendwo immer wieder durch. Das hat auch ein nicht unerheblicher Teil der Wähler bemerkt und der CDU bei der letzten Wahl die Quittung präsentiert.

Jeder Politiker von Format hätte daraufhin seinen Rücktritt erklärt und den Weg für eine personelle Erneuerung geebnet. Doch ein solches Amtsverständnis kennt eine Angela Merkel nicht. Nicht, solange sie die Presse hinter sich weiß und das eigene Machtfundament wie in Beton gegossen ist.

Doch der Beton zeigt Risse. Kleine zwar, aber sie sind da und werden beständig größer. Sie verstecken sich in Meldungen und Kommentaren. Mal sind es Rücktrittsforderungen von CDU-Basis-Politikern. Dann sind es bitterböse Abrechnungen über zwölf Jahre Merkel-Regierung in Zeitungen und Zeitschriften, die bis dato die Kanzlerin stützten.



Es ist nicht zu erwarten, dass diejenigen CDU-Politiker, die Merkels Politik mittrugen, einen echten Wandel einläuten werden.

Und schließlich platzte Ende November die erste Bombe, weil die FDP die Sondierungen abbrach. Plötzlich sind alle auf Christian Lindner sauer, weil man 50 Tage umsonst sondiert hat. Zum Mitschreiben: Das waren erst Sondierungen – und noch keine Koalitionsverhandlungen! Wie lange hätten letztere wohl gedauert? Man weiß es nicht.

Alles halb so wild, sagt sich die Kanzlerin – es gibt ja noch die SPD. Wir werden sehen wie sich diese Verhandlungen, die Martin Schulz eigentlich verbindlich ausgeschlossen hatte, ent-

wickeln werden. Aber absehbar ist bereits etwas Anderes: Wenn die Bundeskanzlerin von der politischen Bühne verschwindet, ist das Grauen einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung noch lange nicht vorbei.

SPD-Politiker wissen, warum ihre Kinder auf Privatschulen gehen.

lichen Staatsstreiches ist exklusiver angesiedelt. Es handelt sich dabei um Spitzenämter in Verwaltungen, Gerichten, Parteien und in sogenannten Thinktanks, zu Deutsch „Denkfabriken“. Hier wird Schritt für Schritt am grundgesetzwidrigen Umbau eines Staates gearbeitet, wobei der störende Souverän – der deutsche Staatsbürger und Wähler – konsequent ausgeschaltet wird.

Putsch in Zeitlupe

Denn hinter dem Glauben, dass die Bundesmutter nur ein Betriebsunfall der deutschen Politik war und Deutschland sich wieder normalisieren wird, steckt ein großer Irrtum.

Der Umstand, dass Angela Merkel wichtige Entscheidungen wie eine Monarchin fällt, verstellt den Blick dafür, dass Deutschland seit einigen Generationen einem Putsch in Zeitlupe ausgesetzt ist, der das Land Stück für Stück zerfallen lässt.

Dieser Langzeit-Putsch erfolgt auf zwei Ebenen:

Zum einen auf der schulischen Ebene. In der Bildung scheint man sich davon verabschiedet zu haben, Wissen zu vermitteln. Statt den Kindern Strategien beizubringen, wie sie die Welt erkennen und Sachverhalte vollständig durchdringen können, werden Ideologien gebüffelt und Moral gepaukt. Wen wundert es da, dass Universitätsprofessoren sich über rechtschreib- und rechenschwache Studenten aufregen, die zwar unfähig zum Recherchieren

ausgelastet, hat er keine Zeit, um selber zu recherchieren und die Materie zu durchdringen. Er übergibt den Faktencheck an Nichtregierungsorganisationen, an Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel die Kirchen. Er unterstellt dabei diesen ideologischen Playern, dass sie uneigennützig und objektiv vorgehen. Und wenn eine grüne Partei, die für sich das Label „kompetent in Fragen des Umweltschutzes“ erworben hat, behauptet, dass wir uns zügig einer Klimakatastrophe nähern, deren Auswirkungen wir in hundert Jahren spüren werden, dann wird das doch schon stimmen. Und flugs veröffentlichen Umfrageinstitute, dass der deutsche Bürger für oder gegen jenen Umstand sei.

So wird ein Teil der Bürger weichgekocht, um nicht gegen Entscheidungen aufzubegehren, die nicht in ihrem Interesse sind.

Es gibt jedoch noch einen eleganten Weg, um dieses Land zu verändern: Die Ausweitung des Wahlerrechtes zum deutschen Bundestag auf alle in Deutschland lebenden Personen. Dies ist der Traum von Menschen wie der SPD-Politikerin und Staatsministerin für Migration Aydan Özoğuz. Wie sehr das dieses Land und Europa verändern würde, machen sich die Wenigsten wirklich klar. Perfider kann man ein Volk nicht entmündigen.

So lange die beschriebenen Personen in Deutschland und Europa an zentralen Stellen sitzen und an der Abschaffung westlicher Werte und der westlichen Kultur arbeiten, ist das Grauen nicht vorbei. Doch wie entfernt man auf rechtstaatliche Weise diese Menschen aus den Schaltstellen der Macht? Teilweise gutmeinende, aber destruktive Menschen, deren katastrophale Fehlentscheidungen sich erst Jahre später manifestieren, wenn sie die Folgen längst selbst nicht mehr zu verantworten haben.

Die Taktik läuft dabei immer wieder nach dem gleichen Muster ab: Die Denkfabriken überlegen sich eine neue gesellschaftliche Transformation. Sei es Inklusion, Gender-Mainstreaming, Klimakatastrophe, eine Trendwende in der Wirtschaft, die Ehe für alle oder die Schaffung islamischer Sonderrechte. Journalisten greifen diese Gedanken auf und publizieren sie in ihren Magazinen. Politiker adaptieren den neuen Trend und engagieren sich dafür.

Kritiker dieser Ideen werden diffamiert und aus dem Diskurs entfernt. Nach zehn Jahren Indoktrination in Presse, Fernsehen und Schule glaubt eine Mehrheit an die verbreiteten Ideen oder hält sie für fortschrittlich.

Denn der ganz normale Bürger begeht den fatalen Fehler, selbsternannten Fachleuten und Politikern zu vertrauen. Ganz mit der Bewältigung des familiären und beruflichen Alltags

Wahrscheinlich gibt es kein Zurück. Alles, was Sie noch tun können ist, sich zurückzulehnen und dem Untergang eines Kontinentes zuzuschauen. Markus Lanz wird ihn in zahlreichen Talkshows kommentieren.

Wie „Bento“-Schreiber Marc Röhlig Juden als Menschenjäger diffamiert

Der „Spiegel“-Ableger fällt einmal mehr durch unseriöse anti-israelische Beiträge auf

Von Alexander Wendt

„Israel sucht Freiwillige, die Jagd auf Flüchtlinge machen“, meldete „Bento“, das Schüler-Medium von „Spiegel Online“, am 29. Januar. Zwar ist im „Spiegel“ und erst Recht auf „Spiegel Online“ selten etwas Ausgewogenes über Israel zu lesen – aber dieser speziell für junge Leser gemixte Beitrag ging über alles bisher Übliche hinaus. Israels Regierung, so hieß es im Text, suche „übereifrige Zivilisten“, die für Geldprämien gewissermaßen als Bürgerwehr Flüchtlinge „jagen“ sollen.

An der Darstellung war praktisch alles falsch: In Wirklichkeit handelte es sich um eine Stellenausschreibung der israelischen Migrationsbehörde, die Mitarbeiter braucht, um etwa 35.000 illegale Einwanderer aus Afrika abzuschleppen. Und die künftigen Inspektoren sollten auch nicht zwei Monate angestellt werden, sondern 2 Jahre. Mit der angeblich kurzen Anstellungszeit hatte „Bento“ gegenüber einer ganzen Reihe von Kritikern die Formulierungen „Jagd“ und „jagen“ verteidigt und suggeriert, so, als würden Leute gewissermaßen im Nebenberuf und mit dem Versprechen von Kopfprämien auf Jagd geschickt. Das Ganze garnierte der „Spiegel“-Ableger noch mit dem Hinweis auf eine Rabbiner-Initiative, die die afrikanischen Einwanderer mit Anne Frank in Verbindung brachte:

„Und Hunderte Rabbiner versprachen, Flüchtlinge bei sich zu verstecken, falls die Behörden sie aufgreifen wollen – ganz so, wie im Zweiten Weltkrieg Anne Frank vor den Nazis versteckt wurde (Newsweek).“

Wer sich den verlinkten Newsweek-Artikel durchliest, stößt allerdings nur auf eine einzige Rabbinerin namens Susan Silvermann, die den grellen Vergleich liefert. Und nicht jeder Leser – von „Newsweek“ wie „Bento“ – dürfte wis-



Screenshot der „Bento“-Schlagzeile

sen, dass sich jeder Jude prinzipiell Rabbi nennen kann: die Position entspricht nicht dem katholischen Priester.

Unter dem Strich blieb also beim Leser hängen: Juden jagen heute in Israel Menschen wie die Nazis einst Anne Frank.

Nachdem sich zahlreiche Leser bei dem Medium beschwerten, unter anderem auch der ehemalige israelische Armeesprecher Arye Sharuz Shalimar, und auf die absurde Verdrehung und Falschübersetzung des Ausschreibungstextes hinwiesen, korrigierte „Bento“ die Überschrift und etliche Stellen im Text. An das Ende setzte die Redaktion noch einen Disclaimer mit dem Hinweis auf die ursprünglichen Falschdarstellungen.

„Korrektur, 30. Januar 2018: Ursprünglich hatten wir im Beitrag geschrieben, dass die Inspektoren für zwei Monate gesucht werden. Das war ein Übersetzungsfehler – das Jobangebot gilt für zwei Jahre. Außerdem hatten wir den Eindruck erweckt, dass von der Behörde eine Art private Bürgerwehr eingesetzt wird. An

der entsprechenden Stelle haben wir umformuliert. Unter anderem ‚Haaretz‘ und ‚Jerusalem Post‘ berichten hier über die ungewöhnliche Ausschreibung.“

Allerdings verlinkte „Bento“ immer noch ausschließlich das hebräische Original des Ausschreibungstextes.

In der Übersetzung lautet er folgendermaßen:

„Für eine Initiative von nationaler Wichtigkeit unter der Führung des Einwohner- und Einwanderungsministeriums werden gesucht:

Einwanderungsinspektoren zum Ausführen von Vollstreckungsaufgaben gegen illegale Einwanderer.

Stellenbeschreibung:

Erfüllung von Vollstreckungsmaßnahmen, darunter Fahndung, Untersuchung und Festnahme von sich illegal im Land Aufhaltenden und deren Arbeitgeber; Arbeit vor Ort und Büroaufgaben, deren Ziel das Bearbeiten von (Anträgen von) fremden Staatsangehörigen darstellt.

Erfahrung und notwendige Kenntnisse:
– Erfahrung in Aufgabenbereichen der beschriebenen Stelle. Nach Abschluss von 12 Schuljahren – mindestens 2 Jahre. Nach BA-Universitätsabschluss. Für Basisaufgaben keine Erfahrung notwendig.

– Gültiger Führerschein
– Weitere Voraussetzungen sind auf der Webseite ausgeführt

Vollzeitstelle, Schichtarbeit
Die Stelle ist zeitlich auf 24 Monate begrenzt

Arbeitsbeginn: März 2018

Einsatzort: Großraum Tel Aviv

Persönlicher Vertrag und Lohnzusätze für angestellte Bewerber!

Bedeutender Geldbonus von bis zu 30.000 Schekel wird nach Arbeitsende vergeben – nur für Qualifizierte.

Bewerbungen können durch das Online-Bewerbungssystem auf der Bewerbungsseite für Staatsdienst (Bewerbungscode Nr. 53032) eingereicht werden, mit angefügtem Lebenslauf, Urkunden über Schulabschluss und Ausbildung und Nachweisen über Arbeitserfahrung bis zum 21.01.18.“

Die Aufgabenbeschreibung unterscheidet sich also praktisch kaum von der, die im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und in den Ausländerbehörden in Deutschland für Mitarbeiter gelten.

Die „Bento“-Methode ist bemerkenswert: erst eine auf wilde Faktenverdrehung und Agitation basierende Geschichte gegen Israel unter einer schrillen Überschrift kreieren, die viele Stunden über den ganzen Tag online bleibt. Und dann praktisch die komplette Rücknahme der Geschichte, im sicheren Wissen, dass sich die erste Variante tief in die Köpfe eingegraben und über soziale Medien vervielfacht hat.

Die toxische Anne-Frank-Assoziation blieb übrigens auch in der zweiten Bento-Textvariante stehen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Trumps Jerusalem-Initiative macht den Frieden in Nahost wahrscheinlicher

Die „Süddeutsche Zeitung“ und das journalistische Establishment verklären hingegen die Terrororganisation PLO



Von Thomas Eppinger

Zum ersten Mal spürt Abbas Konsequenzen seiner Blockadehaltung.

„Der Friedensprozess im Nahen Osten ist tot“ titelt die „Süddeutsche Zeitung“ und kennt natürlich auch die Schuldigen: Donald Trump, die Siedlungspolitik und die Gewaltspirale. Schon die Einleitung lässt keinen Zweifel an dem, was folgt: „Zwischen Israelis und Palästinensern eskalieren die Auseinandersetzungen, die Spirale der Gewalt dreht sich immer weiter. Eine große Schuld daran trägt US-Präsident Donald Trump.“ Und der Leser wird von der ehemaligen Chefredakteurin der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ und jetzigen Israel-Korrespondentin der „Süddeutschen“ Alexandra Förderl-Schmid nicht enttäuscht:

„Zumindest das ist nun gewiss: Der Nahost-Friedensprozess ist tot. Das zarte Pflänzchen Hoffnung hat US-Präsident Donald Trump mit seinen Trampeleien zertreten; die Israelis wiederum säen ihre eigene Saat. Und nun hat, zur Vergeltung, die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO diese Pflanze noch einmal in den Boden getreten: Sie hat die Anerkennung des Staates Israel ausgesetzt, die sie vor bald 25 Jahren im Oslo-Friedensprozess von 1993 aussprach. Immerhin ist nicht noch die Wurzel herausgerissen: Die Anerkennung ist nur ausgesetzt, nicht aufgekündigt.“

Welcher Friedensprozess eigentlich? Egal. Wichtig ist: nicht die erste, zweite oder dritte Intifada, nicht die Selbstmordattentate, nicht die tausenden Raketen aus Gaza, nicht die tödlichen Attentate „palästinensischer“ Terroristen mit Autos und Messern, nicht die tägliche antisemi-

tische Propaganda in „palästinensischen“ Schulen und Medien, nicht die Entlohnung der Judenmörder durch die Autonomiebehörde, nicht der Unwille der „palästinensischen“ Führer zu jeglichem politischen Kompromiss haben das zarte Pflänzchen der Hoffnung zertreten, sondern der amerikanische Präsident. Klar, was ist schon die Ermordung von Juden gegen Belohnung im Vergleich zur Verlegung einer Botschaft. Hier muss man Prioritäten setzen, und „Süddeutsche“-Leser wollen schließlich informiert werden, wo das Böse zu Hause ist.

Schlimmer als Trump sind nur die Israelis, denn die „wiederrum säen ihre eigene Saat“. Werden wohl die Blumen des Bösen sein, gegossen mit Wasser, das sie aus Brunnen stehlen, bevor sie sie vergiften.

Hingegen, wenn die PLO auf das Friedenspflänzchen tritt, dann nur zur Vergeltung. Irgendwie muss man schließlich auf solche provokanten Trampeleien reagieren. Ohnehin durchaus gemäßigt, irgendwie. Schließlich hat die PLO die Anerkennung Israels nur ausgesetzt, nicht aufgekündigt. Den geneigten Leser überströmt an dieser Stelle ein Gefühl der Dankbarkeit. Nicht auszudenken, würde sie das zarte Pflänzchen an der Wurzel ausreißen, nachdem es das Trumpeltier im Weißen Haus zertreten hat.

Was der dankbare Leser möglicherweise nicht weiß, weil die „Süddeutsche“ es ihm ja nicht sagt: Die PLO ist vieles, aber ganz sicher keine „Befreiungsorganisation“, auch wenn sie sich so nennt und die Autorin so stolz auf ihre Englisch-

kenntnisse ist, dass sie den Eigennamen kommentarlos ins Deutsche übersetzt, als wäre er ein Attribut. Sie ist eine Terrororganisation. Noch 1993 war sie die reichste der Welt, ihr Vermögen wurde auf 10 Milliarden Dollar geschätzt, ihr jährliches Einkommen auf bis zu 2 Milliarden. Inzwischen wurde sie von ihren Geistesbrüdern der Hisbollah abgelöst, die heute vor Taliban und Hamas die reichste Terrororganisation der Welt ist.

Seit den 1970er Jahren hat sie ihre Mittel dazu verwendet, ihre Agenda in den Fokus der Weltöffentlichkeit zu bomben. Sie hat Schulbusse in die Luft gesprengt, Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe entführt, Schulen, Hotels und die Olympischen Spiele überfallen. Ihre Organisationen haben den Kampf gegen Israel in die ganze Welt getragen und haben ungezählte Terroranschläge zu verantworten, die sie logistisch unterstützt, finanziert, geplant oder direkt befehligt haben. Von alldem erfährt der Leser der „Süddeutschen“ nichts. Stattdessen legitimiert Förderl-Schmid die Gesprächsverweigerung der PLO:

„[D]ie Palästinenser wollen die USA nicht mehr als Vermittler. Das ist nach dieser Rambo-Diplomatie verständlich. Trump setzt im Nahen Osten auf das Darwin'sche Prinzip: Der Stärkere setzt sich durch.“

Nun, ich verstehe das auch. Die bis ins Mark korrupte Führung der „Palästinenser“ hat jahrzehntelang hervorragend von der eigenen Opfer-Inszenierung gelebt und hat jedes zurückgewiesene Friedens-

angebot dazu benutzt, noch mehr Terroristen gegen Israel zu rekrutieren. Sie konnte sich darauf verlassen, dass auf jedes abgelehnte Angebot das nächste folgen würde – die Hilfsgelder der Weltgemeinschaft flossen dazwischen ungestört weiter. Arafat war zum Zeitpunkt seines Todes mindestens eine Milliarde Dollar schwer. Er hat weder Facebook erfunden noch mit Mode oder Energydrinks gehandelt, also kann er das Geld nur geraubt, gestohlen und unterschlagen haben. Warum sollte Abbas also mit jemand Stärkerem verhandeln? Ich würde an seiner Stelle auch eher auf die Appeasement-Politik der Europäer setzen.

„Das sind in diesem Fall die Israelis. Sie sind die Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten und bestimmen, welche Menschen und welche Waren durch die Zäune und Checkpoints gelassen werden. Damit bestimmen sie die Entwicklung des Westjordanlandes, und im hermetisch abgeriegelten Gazastreifen kann das auch zu einer Frage von Leben und Überleben werden.“

Hermetisch abgeriegelt? Israel liefert nach Gaza Baumaterial, Treibstoff, Medikamente, Lebensmittel, Strom und Wasser, betreut dessen Bewohner immer wieder medizinisch, während die Hamas mit den Hilfsgeldern der Weltgemeinschaft nicht den Wohlstand der Bevölkerung mehrt, sondern Waffen kauft und Terrortunnel baut. Diese Tunnel waren und sind für Israelis tatsächlich eine Frage von Leben und Überleben. Kein Wort darüber von der Autorin.

Und nur für den Fall, dass sich ein Leser der „Süddeutschen“ hierher verirrt und bislang noch keine Gelegenheit zu einem Blick auf die Landkarte hatte: Gaza hat auch eine Grenze zu Ägypten. „Hermetisch abgeriegelt“ kann der Gaza-Streifen wenn überhaupt also nur von Israel UND Ägypten werden. Sobald sich die erste Flottille auf den Weg nach Ägypten macht, um die Gaza-Blockade zu brechen, reden wir weiter.

„Der Präsident der Vereinigten Staaten ist mit schuld daran, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern sowie den israelischen Soldaten und Grenzpolizisten aufgeflammt sind, die bisher 17 Palästinenser und einen Israeli das Leben gekostet haben. Die Palästinenser werfen mit Steinen, die Israelis schießen zurück, zuerst mit Gummigeschossen und dann mit scharfer Munition.

Dass sich Angegriffene verteidigen, ist verständlich, auch gegen die Raketen, die seit der Trump-Erklärung vermehrt aus dem Gazastreifen Richtung Israel fliegen und dort Angst verbreiten. Nicht zu rechtfertigen ist aber, dass Palästinenser erschossen werden, die sich jenseits des Grenzzauns im Gazastreifen befinden und niemandem auf der israelischen Seite gefährlich werden können.“

Die verdrehte David-gegen-Goliath-Inszenierung gehört zum Standard-Repertoire aller professionellen Israelkritiker, pardon Nahost-Experten. Scharfe Munition gegen harmlose Steinwerfer. Und an den Raketen aus dem Gaza-Streifen ist Trump schuld, nicht jene, die sie abfeuern – die können schließlich „niemandem auf der israelischen Seite gefährlich werden“, weil sie jenseits der Grenze stehen.

Die Realität: Im März 2012 wurden innerhalb von 35 Stunden 130 Raketen aus Gaza auf Israel abgefeuert, die mindestens 8 Israelis verletzt haben. Nur ein einziges kleines Beispiel für die tausenden Raketen, die aus Gaza auf Israel abgefeuert wurden, als Trump nur ein Milliardär mit einer eigenwilligen Frisur war. Die aktuelle Statistik der palästinensischen Terroranschläge in den Jahren 2016 und 2017 kann man bei dem Blogger Heplev nachlesen. Muss man auch, denn von der „Süddeutschen“ erfährt man sie nicht:

Zahl der „palästinensischen“ Terroranschläge aus dem Westjordanland 2016: 269

Zahl der „palästinensischen“ Terroranschläge aus dem Westjordanland 2017: 99

Zahl der bei diesen Terroranschlägen verletzten Israelis 2016: 263

Zahl der bei diesen Terroranschlägen verletzten Israelis 2017: 169

Bei diesen Terroranschlägen getötete Israelis 2016: 17

Bei diesen Terroranschlägen getötete Israelis 2017: 20

„Terroranschläge sind im Verlauf der letzten vier Jahre nicht wegen fehlender Motivation oder Versuche der „Palästinenser“ reduziert worden, sondern durch die Effizienz der israelischen Sicherheitskräfte – insbesondere des Geheimdienstes Schin Bet, der IDF und der Polizei, die illegale Waffenwerkstätten enttarnten, regelmäßige Razzien in verdächtigen Häusern durchführen, die sozialen Medien beobachten und Verhaftungen vornehmen.“, fasst der Autor dort die Gründe für die leicht verbesserte Sicherheitslage in Israel zusammen.

Bei Förderl-Schmid liest sich das so: „So dreht sich die Spirale der Gewalt weiter – angetrieben von beiden Seiten.“ In der Folge konzidiert sie zumindest, dass auch die Rede von Abbas zur Es-

kalation betragen würde, freilich nicht, ohne festzuhalten, dass es verständlich sei, „dass viele Palästinenser die Geduld verlieren, wenn der ihnen versprochene Staat in immer weitere Ferne rückt“. Und wer macht die Zweistaatenlösung „de facto unmöglich“? Man muss nicht dreimal dafür raten: natürlich der Siedlungsbau.

Abgesehen davon, dass es die Zweistaatenlösung schon seit 1947 gäbe, wenn die arabischen Staaten den UN-Teilungsplan akzeptiert hätten, anstatt über Israel herzufallen: die PLO hat ihren Staat mindestens zweimal auf dem Silbertablett serviert bekommen. Das erste Mal 2000 in Camp David. Statt einen Staat aufzubauen, führten sie da-

nach die „Zweite Intifada“, bei der 1.036 israelische Bürger ermordet und 7.054 verletzt wurden. Das zweite Mal 2008 von Ehud Olmert. Mehr als Olmert damals geboten hat, werden die „Palästinenser“ nie bekommen.

So viel Information will Förderl-Schmid ihren Lesern nicht zumuten und schließt ihren Artikel mit den blumigen Worten: „Frieden sät schon lange keine Seite mehr.“ Das ist in der Tat bedauerlich. Bedauerlicher wäre nur noch, wenn Förderl-Schmid aufhören würde, aus Tel Aviv zu berichten. Denn mit diesem Text hat sie sich zweifellos als Nahost-Korrespondentin qualifiziert.

Hätten Sie auch Interesse an diesem Beruf? Dann lesen Sie bei Claudio

Casula nach, was Sie dabei beachten müssen. Sie werden sehen, Sie schaffen das:

„Mach dir keine Sorgen: Obwohl der israelisch-arabische Konflikt schon etliche Jahrzehnte währt und hochkomplex ist, ist für den Berichtersteller kaum Grundwissen erforderlich. Es ist auch gar nicht nötig, den unwissenden Leser oder Zuschauer mit Fakten zu nerven und das ganz dicke Brett zu bohren. Ein simples Bild ist gefragt. Und die Sache ist ganz einfach: Israel ist die stärkere Partei in diesem Konflikt (Bad Guy), die Palästinenser die Underdogs (Good Guy). Nach diesem Muster biegen wir die Ereignisse vor Ort zurecht. Du wirst sehen, es geht wie von selbst.“



GREGORY'S

JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
 contact@gregorysjoaillier.com
 www.gregorysjoaillier.com

Judenfeindschaft in der SPD

Welch traurigen Tiefstand verzeichnen die Sozialdemokraten, wenn sich Abbas-Freund Sigmar Gabriel noch für eines der israel-freundlicheren Mitglieder hält?

Von Oliver Vrankovic

„Für Menschen wie mich“ sagte Sigmar Gabriel bei der jährlichen Konferenz des INSS, sei es immer schwieriger, jungen Menschen in Deutschland und innerhalb seiner eigenen SPD-Partei „die Gründe zu erklären, warum unsere Unterstützung für Israel bestehen bleiben muss“. Klingt nach Einsicht, ist aber keine. So bezog Gabriel die Schwierigkeiten mit dem Erklären der Gründe für die Unterstützung Israels nicht darauf, dass er diese bis heute selbst nicht verstanden hat. Er bezog es auf diejenigen, die für ihn immer Schuld sind, wenn es irgendwo Schwierigkeiten gibt.

Dabei wäre es angesichts des sich abzeichnenden GAU eines Außenministers aus den Reihen der SPD für die nächsten vier Jahre dringend geboten Gabriel und Genossen die Notwendigkeit nicht nur der Unterstützung, sondern der bedingungslose Solidarität mit Israel zu erklären.

Die Herausforderung ist gewaltig, denn Gabriel fehlt es weder an Ahnungslosigkeit, noch an Freunden, die Gerüchte über Israel verbreiten. So erklärte sein Freund Abbas unlängst Israel sei ein „Kolonialprojekt, das nichts mit dem Judentum zu tun hat.“

Da muss am grundlegenden Verständnis des Staates Israel angesetzt werden. S.Y. Agnon führte bei der Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur 1966 aus, dass er „infolge einer geschichtlichen Katastrophe“ in einer der „Städte der Diaspora“, doch nach seiner Selbsteinschätzung „in Wirklichkeit in Jerusalem geboren“ wurde.

Russland, Frankreich, Deutschland

1903 bis 1906 kam es im Zarenreich zu Pogromen, die Tausenden Juden das Leben kosteten. Den Beginn markierte am Ostersonntag 1903 der Pogrom gegen die Juden in Kishinev. Haim Nachman Bialik verfasste unter dem Eindruck des Pogroms und nachdem er mit Überlebenden geredet hatte das Gedicht „auf der Schlachtbank“ in dem es heißt: „Verflucht sei der, der sagt „Rache!“ / Vergeltung für das Blut eines kleinen Kindes / Hat sich Satan noch nicht ausgedacht.“

Antisemitische Agitation fand sich auch in Frankreich. Theodor Herzl, der Begründer des politischen Zionismus, wurde 1894 als Korrespondent einer Wiener Zeitung in Paris Zeuge der antisemitischen Kampagnen im Zuge der Dreyfus-Affäre und vernahm wie auf den Straßen „Tod den Juden“ skandiert wurde. Herzl kam zu der Überzeugung, dass der Antisemitismus eine gesellschaftliche Konstante und durch Assimilation nicht zu lösen sei. Er glaubte, die Diskriminierung der Juden als ewige Minderheit nur nationalstaatlich lösen zu können. 1896 schrieb er „Der Judenstaat“.

Die unbedingte Notwendigkeit eines Judenstaates wurde offenbar, als es noch keinen gab und die Juden Europas ihren deutschen Schlächtern ausgeliefert waren. „Sie müssen weg“, erklärte Generalgouverneur Hans Frank im Dezember 1941. In ihrem antisemitischen Wahn, dass die Juden „unser Unglück“



„Es wird immer schwieriger für Menschen wie mich [jungen Menschen in Deutschland und SPD-Mitgliedern] die Gründe zu erklären, warum unsere Unterstützung für Israel bestehen bleiben muss“.

seien, brachten die Deutschen in wenigen Jahren sechs Millionen Juden um. Eine bürokratisch geplante, effizient organisierte und industriell durchgeführte Vernichtung in der wahnsinnigen Annahme sich mit der Vernichtung der Juden selbst zu erlösen.

Sechs Millionen Gründe für die unbedingte Solidarität mit Israel als Teil der deutschen Staatsräson.

Unbedingte Solidarität bedeutet die israelische Sicherheitspolitik den Israelis zu überlassen. Dazu gehört es U-Boote zu liefern, wenn diese U-Boote gebraucht werden. Und dazu gehört die Kollaboration mit den Mullahs zu beenden. Deutschland muss die Restaurierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran von dessen Haltung zu Israel abhängig machen. „Als Freunde“, so Gabriel 2015 zum iranischen Ölminister, müsse man auch über „unterschiedliche Sichtweisen“ reden können. Die Freunde wiesen das Gesprächsangebot zurück und machten klar, dass Khameneis Wort von 2001 gilt:

„Das Fundament des Islamischen Regimes ist die Gegnerschaft gegen Israel und das beständige Thema des Iran ist die Eliminierung Israels in der Region.“

Die Israelis haben 73 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz nicht vergessen, dass der antisemitische Wahn nicht bei Drohungen und Vorbereitungen zum Völkermord haltmacht.

Im Geleitwort seines Buches „Der Wille zu leben“ schreibt Pessach Anderman:

„Noch heute sind wir bedroht und unsere Feinde versuchen uns brutal zu terrorisieren. In aller Welt gibt es Menschen, die meinen, uns bei jeder passenden Gelegenheit kritisieren zu müssen, wobei teilweise auch antisemitische Beweggründe mitspielen. Sie sehen uns gerne schwach und armselig, ohne begriffen zu haben, dass der Israeli nicht mehr der schwächliche Jude ist, den sie aus der Diaspora kennen. Wir sind uns sicher, dass wir ein Anrecht auf unser kleines Land haben, und werden, wenn nötig, darum kämpfen, in unserem eigenen Staat zu leben.“

Der Staat Israel war noch keinen Tag alt, als fünf arabische Armeen angrif-

fen, um ihn zu vernichten. 1967 als die Zeichen erneut auf arabische Invasion standen, erklärte der erste Vorsitzende der PLO, Ahmed Shukeiri, dass alle Israelis, die den Krieg überleben würden, bleiben dürften und fügte hinzu, dass er nicht davon ausgehe, dass es viele Überlebende geben würde.

Die Bedrohung ist real

Die Israelis kamen ihrer Vernichtung zuvor und konnten nicht nur die militärische Auseinandersetzung für sich entscheiden, sondern auch ihr Gebiet vervielfachen.

Der Sechstagekrieg ist eine herausragende militärische Leistung und ein exzellentes Beispiel für die Notwendigkeit einer überlegenen israelischen Streitkraft.

Zur nächsten konzentrierten militärischen Anstrengung, Israel zu vernichten kam es 1973, als ägyptische Truppen israelische Stellungen auf dem Sinai überrannten. Der Jom-Kippur Krieg ist ein schwarzes Kapitel in der israelischen Landesverteidigung und führt vor Augen, wie real die existenzielle Bedrohung für den jüdischen Staat tatsächlich ist, wenn die israelische Armee die Initiative verliert.

Obwohl ein SPD-regiertes Deutschland 1973 das Umschiffen überlebenswichtiger amerikanischer Waffenlieferungen nach Israel unterbunden hat, ist davon auszugehen, dass die Existenz Israels Konsens ist.

Bleibt die Frage, ob Israels Haltung zur „Zwei-Staaten-Lösung“ die Solidarität mit Israel berühren sollte.

Wer sich die Mühe macht, die ursprüngliche PLO-Charta mit derjenigen zu vergleichen, die nach dem Sechstagekrieg verfasst wurde, erkennt anhand der vorgenommenen Änderungen die Überführung der ursprünglich panarabisch angelegten Bewegung in eine nationalistisch gesinnte. Arafat propagierte mörderische Anschläge auf israelische Zivilisten als legitimen Befreiungskampf und schaffte es gleichzeitig die „Palästinenser“ als brutal unterdrücktes Volk zu vermarkten.

Ehud Barak bot als israelischer Ministerpräsident den „Palästinensern“ 2000 einen Staat auf dem Silbertablett

an. Auf 97 % des Westjordanlandes (plus Gebietskompensation) und Ostjerusalem als Hauptstadt.

Die „Palästinenser“ unter Arafat entschieden sich für die zweite Intifada. Die zweite Intifada, in die sich eine Vielzahl von Organisationen eingerastet haben, sah beispiellose Gewaltexzesse. Unter den verschiedenen Terrororganisationen, die eine Allianz gegen die israelische Bevölkerung eingegangen sind, war auch die während der ersten Intifada geborene Hamas. Über ihren Hass auf Israel hinaus finden sich bei den verschiedenen Akteuren der zweiten Intifada keine verbindenden Elemente. Wie der Versuch die Juden ins Meer zu treiben die Terroristen verschiedener Lager zusammenbrachte, verfestigte sich der „Widerstand“ zur Essenz der „palästinensischen“ Identität.

2005, als die zweite Intifada gerade abgeklungen war, unterstützte eine Mehrheit der Israelis den Abzug aus Gaza. Ihre Hoffnung „Land für Frieden zu tauschen“ wurde enttäuscht.

Die Frage nach der „Zwei-Staaten-Lösung“ ist eine Zwickmühle. Bei einer Veranstaltung mit Ben-Dror Yemini und Tuvia Tenenbom über die Delegation Israels sagte der israelische Journalist Ben-Dror Yemini, dass er selbstverständlich zu den Menschen gehöre, die sich Frieden wünschten. Er sehe auch die absolute Notwendigkeit einer „Zwei-Staaten-Lösung“, da die Beibehaltung des Status quo zu einem bi-nationalen Staat führe, der Israel als jüdischen und demokratischen Staat gefährdet. Er sehe aber nicht, so Dror Yemini, wie die „Zwei-Staaten-Lösung“ realisierbar sei. Und wer sich den Nahen Osten anschaut, sieht es wirklich nicht.

Brauchen die Israelis wirklich die Deutschen?

Tatsächlich halten sich israelische Befürworter und Gegner der „Zwei-Staaten-Lösung“ in Israel die Waage. Viele Menschen, wie Dror Yemini sind in der Frage hin- und hergerissen. Die Israelis setzten sich mit allen Aspekten der „Zwei-Staaten-Lösung“ auseinander und machen sie zum Gegenstand hitziger Betrachtungen. Israel ist eine Demokratie, die von Feinden umstellt ist, und das letzte, was diese Demokratie braucht, ist ein Deutscher, der predigt, was das Beste für Israel ist.

Ob sich Israel für oder gegen eine „Zwei-Staaten-Lösung“ entscheidet, darf die Solidarität mit dem Judenstaat nicht berühren.

Mehr noch: Die Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt in Schulen muss, in Entsprechung der proklamierten Solidarität mit Israel, dezidiert PRO-ISRAELISCH sein. Ein unmissverständliches Eintreten gegen Antisemitismus verträgt sich nicht mit einer äquidistanten Betrachtung des Nahostkonflikts.

Und seine Einschätzung Israel sei ein „Apartheidstaat“ darf der Außenminister im November auf die Probe stellen, wenn eine Delegation nicht-jüdischer IDF-Reservisten nach Deutschland kommt und über Israel berichtet. Und ich erwarte tatsächlich von Gabriel, der zu „Breaking the Silence“ gegangen ist, dass er hinget.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Keinesfalls ein geeignetes Mittel der Abhilfe für den sich dramatisch verschlechternden Zustand jüdischen Lebens in Deutschland ist auch das beredte Schweigen der bestens domestizierten hiesigen jüdischen Vertreter, die lieber gemeinsam mit den links-dogmatischen Judenfeinden unserer Politik jedes klare Wort gegen islamischen Judenhass vermeiden, sich geradezu obsessiv auf die einzige, sich dem ausufernden Import und der Duldung muslimischer Judenfeindschaft entgegenstellende Opposition eingeschossen haben, aber im Übrigen geradezu taten- und wortlos zusehen, wie Israelfeinde vom Schlege des Iran und der Türkei durch unseren Abbas-Freund aus dem Außenministerium und die übrige Regierungsmannschaft hofiert werden, gesellschaftliche Nähe zu den sie verhöhnenden islamischen Verbänden suchen, der Israelfeindlichkeit des linken Regierungskartells ohne Gegenleistung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der von ihnen eigentlich zu vertretenden hiesigen Juden das jüdische Alibi liefern und immer und ausschließlich im Sinne des politischen Links-Establishments nur nach „rechts“ treten, statt zweckgerichtet zu differenzieren und mannhaft, streitbar und wenn nötig konfliktbereit für die berechtigten Interessen des jüdischen Bevölkerungsteils einzutreten.

Im Einklang mit der Kanzlerin und ihrer linken Entourage samt der Gabriels, Schulzes und Steinmeiers auf den amerikanischen Präsidenten einzuprügeln, aber keine Sympathie für dessen historische Tat zu zeigen, die sein erstes Amtsjahr vor allem für Israel und das jüdische Volk mit der Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt des jüdischen Staates zu einem großen Erfolg gemacht hat, ist überaus enttäuschend, blamabel und wird selbst von eingefleischten Judenfeinden ausschließlich mit Verachtung angesichts des Ausmaßes an Rückgratlosigkeit einer derartigen nicht den Namen verdienenden jüdischen Vertretung gewürdigt.

Dabei stimmt es längst nicht mehr und hat wohl auch noch nie gestimmt, dass Antisemitismus und virulenter anti-jüdischer Vorbehalt nur auf dem rechten politischen Spektrum zu finden sind.

Von unserer linken Politik bewusst ausgeblendet wird, dass die sich hinter der euphemistisch falschen Bezeichnung DDR wiederum mit Billigung unseres SPD- und des übrigen linken hiesigen Establishments tarnende, hermetisch eingezäunte und sich mit einem Schießbefehl auf wehrlose Flüchtlinge vor Entvölkerung ihres sich „Staat“ nennenden Freiluftgeheges schützende SBZ (sowjetische Besatzungszone) war zutiefst israelfeindlich, massiv antisemitisch und allem voran nicht etwa rechts, sondern durch und durch links ideologisiert.

Es sind im Übrigen die gleiche unbeherrschbare SPD und die dogmatische linke Ideologie, die damals verklärende Milde und vorsätzliche Falschansichten über die wahren Verhältnisse im linken Arbeiter- und Bauernparadies verbreitet hat, und jeden, der dem widersprach als „reaktionären Rechten“ und „kalten Krieger“ diffamiert hat. Die Linke hat aus der damaligen betonköpfigen Fehleinschätzung nichts, aber auch gar nichts gelernt und gaukelt uns heute schon wieder ein schöngefärbtes Narrativ vor, diesmal zur Bagatellisierung der Gefahr islamischer Zuwanderung, der damit verbundenen eklatanten Zunahme an Gewalt, Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus und Verachtung unseres demokratischen Rechtssystems sowie unserer freiheitli-

chen, liberalen und religions-toleranten Lebenswerte, während sie Kritiker dieses Unfugs, selbst wenn es die am meisten betroffenen Juden selbst sind, als „Rechte“ und „Nazis“ beschimpft, mobbt und ausgrenzt.

Während beispielsweise selbst in islamischen Kernländern wie dem Iran eine zunehmende Zahl an Frauen Burkas und das Kopftuch als Unterdrückungssymbol aus Protest unter Eigengefährdung ablehnt, ablegt und teilweise sogar verbrennt, fällt die Linke inklusive der SPD wie seinerzeit in der SBZ den Regimegegnern in den Rücken und wirbt in unserer säkularen Republik für ihren Einsatz in unseren Institutionen, Behörden und sogar der Polizei.

Kaum Beachtung in unseren linksdurchseuchten Regierungsmedien findet auch die jetzt erstmalig vorgenommene, überaus judenfeindliche, schändliche und vorsätzliche Weglassung der Bezeichnung Israels als „jüdischer Staat“ in dem Positionspapier der gänzlich unwählbaren SPD, die anlässlich der zum irreparablen Schaden unserer Republik, zur Verhöhnung des Wählers aus reinem Machterhaltungskalkül der seit langem untragbaren und eigentlich abgestraften Kanzlerin und zur Postenerhaltung ihrer opportunistischen Mitläufer um jeden Preis zusammengewickelten VeKo (Verlierer-Koalition), die mit

„Das Land der Juden bekam von den Römern die Bezeichnung „Palästina“, sogar der Name Jerusalems wurde getilgt und die heilige Stadt der Juden in „Aelia Capitolina“ umbenannt.“

ihren gerade noch eben aufgebrauchten, von den ämter-korruptierten Sozialdemokraten unter Prinzipienverrat gerade mal auf knapp auf über 50 % gebrachten Stimmen den Namen GroKo nun wirklich nicht mehr verdient.

Ausgeblendet wird auch, dass es trotz aller dort unzweifelhaft vorzufindender Unappetitlichkeiten, gerade die einzige wirkliche Oppositionspartei im Bundestag ist, die sich, wie auch schon von israelischer Seite erkannt, klar für die Jerusalem-Initiative Präsident Trumps einsetzt und sich entschieden gegen den irrationalen und bedenkenlosen Import islamischen Judenhasses durch unsere politisch dafür verantwortliches Linksbündnis einsetzt.

Überhaupt scheinen Ausblendung und Nachrichtenfilterung, Appeasement gegenüber islamischer Gewalt und Diffamierung aller dem linken Dogmatismus der jetzigen politischen Führung nicht folgenden Kritiker das Machterhaltungsmittel der Wahl für unsere Politik und ihre nachgeschalteten Medien geworden zu sein. Die zumeist islamogene körperliche Gewalt und verbale Ausfälle vor allem gegenüber Juden nehmen zu, die Kritiker des von unserer Regierung generierten und weiter gestützten Selbstauflösung unseres bislang noch demokratischen, freiheitlichen und religions-toleranten Rechtssystems werden gleichzeitig und verstärkt durch gesellschaftliches Mobbing und Diffamierung als „Rechte“ mundtot gemacht.

Auch was die eigentlich abgewählte und vier Monate nach der Wahl immer noch regierende deutsche Kanzlerin gegen jede politische Ethik und Verantwortung an links-politischer Verbiegungs-Akrobatik einer Verlierer-Koalition

veranstaltet, um am Volkswillen vorbei an der Macht bleiben zu können, wäre in diesem Jahr eher weiter östlich auf der europäischen Landkarte zu erwarten.

Für politisches Vertrauen und für die mehr als erforderliche Richtungsänderung unserer Politik im Blick auf die Islampolitik, den Erhalt eines den Namen verdienenden transatlantischen Verteidigungsbündnisses, vor allem aber auf die Juden und Israel, steht die zu erwartende politische Missgeburt aus Berlin, selbst und gerade bei dem zu erwartenden charakter- und prinzipienlosen Gelingen der sogenannten GroKo ohnehin nicht.

Erfreulicherweise unabhängig von den deutschen und europäischen Ränkespielen beginnt für die Juden in Israel und aller Welt in diesem Jahr am letzten Tag des Monats Februar das besonders von jüdischen Kindern mit Freude erwartete Purimfest:

By the waters of Babylon, we sat and wept...

Mit diesen Worten beginnt der Psalm 137, als Ausdruck für die Unterdrückung und die Not des aus Zion verschleppten jüdischen Volkes im babylonischen (persischen) Exil und die Zerstörung seiner heiligen Hauptstadt Jerusalem durch König Nebukadnezar II. im 6. Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung.

Das heutige Purim-Fest, das der Freu-

Trotzdem konnten die Juden mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 und trotz der erlittenen unbeschreiblichen Gräueltaten der Schoah mit der Rettung vor der vollständigen physischen Vernichtung ein weiteres Mal ein Wunder erleben, das den Ereignissen von Purim vor über 2.500 Jahren nicht nachsteht.

Ungeachtet des unendlichen Leids und der grausamen Schicksalsschläge, die das jüdische Volk nach der Vertreibung durch die Römer in den zwei Jahrtausenden der Diaspora, besonders in den schrecklichen 12 Jahren des deutschen Nazireichs im letzten Jahrhundert ertragen musste, konnten weder die jüdische Identität noch die Zugehörigkeit zu dem jüdischen Stammland Judäa, Samaria und Galiläa zerstört werden. Im Gegensatz zu der Bezeichnung „Aelia Capitolina“, die heute kaum noch jemand kennt oder mit der jüdischen Hauptstadt Jerusalem in Verbindung bringt, blieb der Name „Palästina“ trotz der diversesten Besatzungszeiten erhalten und galt noch bis zur islamischen Zweckentfremdung in den 80er Jahre des letzten Jahrhunderts als Synonym für das Land der Juden.

Es sind letztlich die im Geiste gleichen Antisemiten, die noch vor nicht allzu langer Zeit auch hierorts gefordert haben „Juden nach Palästina“, und dies jetzt als Anbiederung an islamische Geschichtsfälschung in die Forderung „Juden raus aus Palästina“ umfirmieren.

Dass es dem expansiven Islam und den Arabern mit einer historisch nicht zu begründenden territorialen Forderung auf angestammtes, nur zeitweilig und stets widerrechtlich erobertes jüdisches Gebiet und einer vollständig erfundenen „palästinensischen“ Identität teilweise gelungen ist, bei unserer suizidalen, die freiheitlichen Errungenschaften unserer Lebenswelt mit Füßen tretenden westlichen Islam-Appeasement Politik und den linksdurchseuchten Mainstream-Medien gegen besseres Wissen global Zustimmung zu einer Delegitimierung des Staates Israel zu finden, ist bei Betrachtung der geschichtlichen Bezüge rational nicht vermittelbar.

Jedenfalls sind der offenkundige, wenn auch stets durch Alibi-Gedenkveranstaltung für tote Juden negierte Antisemitismus und Israelhass unseres politischen Pseudo-Gutmensch-Establishments auf die Dauer kein Mittel zur Verteidigung unserer, vor allem auch dem jüdischen Erbe geschuldeten abendländischen Grundwerte vor dem immer mehr und immer selbstverständlicher geforderten Raumanpruch des Islam.

Präsident Trump hat mit seiner Jerusalem Entscheidung vom Dezember letzten Jahres nicht mehr als nur zutiefst historisch und im Sinne von Purim gehandelt.

In diesem Sinne wünsche ich ein Stück Purim-Wunder für uns alle – wir könnten es in nicht allzu ferner Zukunft mehr brauchen als es uns unsere Politik und ihre Gesinnungsmedien glauben machen wollen.

Dem jüdischen Volk in diesem Sinne einen wundervollen Chag Purim Sameach!

Dem Staate Israel, unseren Lesern, uns und allen Menschen wünschen wir Frieden, Prosperität und alles erdenklich Gute!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Easyjet leistet mehr gegen Antisemitismus als deutsche Schulen

Reisen nach Israel bauen anti-jüdische Ressentiments ab

Von Gerd Buurmann

„Easyjet hat einen dramatisch größeren Betrag gegen Antisemitismus geleistet, als alle staatlichen Erziehungsprogramme zusammen! Wer einmal in Tel Aviv feiern war, ist immun gegen die Berichterstattung, die Juden ausschließlich als Schlafenlockenträger oder Soldaten zeigt.“
(David Harnasch)

Die Berliner Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement, Sawsan Chebli (SPD), spricht sich dafür aus, dass Asylbewerber verpflichtend ein Konzentrationslager besuchen sollen. Sie halte es für sinnvoll, „wenn jeder, der in diesem Land lebt, verpflichtet würde, mindestens einmal in seinem Leben eine KZ-Gedenkstätte besucht zu haben.“ Das gelte „auch für jene, die neu zu uns gekommen sind. KZ-Besuche sollten zum Bestandteil von Integrationskursen werden.“

Als in Deutschland die Wehrpflicht und die Einberufung zum Grundwehrdienst noch nicht auf den Spannungs- und Verteidigungsfall beschränkt waren, als jeder junge Deutsche zum Dienst verpflichtet wurde, gab es die Möglichkeit, den Dienst an der Waffe zu verweigern und stattdessen einen sogenannten Zivildienst zu absolvieren. Ich möchte daher den Vorschlag von Sawsan Chebli um die Möglichkeit eines zivilen Dienstes am Judentum erweitern: Der Pflichtbesuch in einer KZ-Gedenkstätte kann durch einen zivilen Strandbesuch in Tel Aviv oder durch einen zivilen Besuch in einer jüdischen Gemeinde ersetzt werden. Ich bin mir sicher, dass ein solcher ziviler Dienst mehr bringt als ein Pflichtbesuch einer KZ-Gedenkstätte, denn es sind die lebendigen Juden, die gehasst werden, nicht die toten.

In Deutschland findet Judentum fast nur noch in Gedenkstunden statt. Juden sind Gespenster von damals. In Schulen taucht das Judentum deutlich öfter im Geschichtsunterricht auf, als im Philosophie-, Ethik-, Religions- oder Gesellschaftskundeunterricht. Wenn man in New York sagt: „Heute gehen wir in ein jüdisches Stück“, dann freuen sich alle. Jüdisches Theater, das steht in Amerika für spritzige Dialoge, humorvoller Tiefgang, für Woody Allen und Neil Simon. Wenn man aber in Deutschland sagt: „Heute gehen wir in ein jüdisches Theaterstück“, dann kommen deprimierte Gesichter. In Deutschland steht jüdisches Theater für Auschwitz, Holocaust und Anne Frank. Juden sind für viele Deutsche nur die Opfer von damals, nicht die Lebenden von heute. Genau da ist das Problem.

Mehr Stolpersteine als lebendige Juden

In vielen deutschen Städten gibt es mittlerweile mehr Stolpersteine als lebendige Juden, so dass eine Mehrheit der Deutschen heute im Alltag deutlich öfter auf tote Juden trifft als auf lebendige. Auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Party und nach Hause, überall trifft man in Deutschland auf tote Juden. Dabei erfahren wir jedoch nicht, was diese Juden Großes erreicht haben oder wen sie geliebt und worüber sie sich gefreut haben, wir erfahren, wann, wo und wie sie ermordet wurden. Wer Menschen auf ihren Status als Opfer reduziert, erwartet irgendwann auch von ihnen, Opfer zu sein.



Party in Tel Aviv

Der Schritt, sie zu Opfern zu machen, ist dann nicht mehr weit.

Natürlich ist es wichtig, das unfassbare Verbrechen nicht zu vergessen, aber es ist nicht hilfreich, das Judentum auf den Moment der Verfolgung und der Ermordung zu reduzieren. In Deutschland haben mehr Juden Denkmäler dafür bekommen, ermordet worden zu sein, als dafür, etwas geschaffen zu haben. Solange in Deutschland mehr Denkmäler für ermordete Juden stehen als für Juden, die aus ihrer eigenen Schöpfungskraft etwas erreicht haben, werden es lebendige Juden in diesem Land schwer haben.

Das größte Denkmal für Juden in Deutschland ist ein Mahnmal des To-

Deutschland ist stolz auf seine Vergangenheitsbewältigung, die es ohne die Vergangenheit natürlich nicht gäbe. Eine deutsche Straße, die was auf sich hält, hat mindestens einen Stolperstein. Ohne Stolperstein findet man als Straße heute gar nicht mehr statt. Der Trend geht zum Zweitstolperstein! Bei dem ganzen Stolz um die Vergangenheitsbewältigung vergessen viele Deutsche jedoch den Hass auf lebende Juden, der sich heute wieder auf deutschen Straßen breit macht.

Während deutsche Schülerinnen und Schüler in Konzentrationslager pilgern, wird auf deutschen Straßen wieder gegen Juden gehetzt. Synagogen werden

stellen (Lokallösung). Seit Jahrzehnten muss sich Israel gegen seine Vernichtung verteidigen. Und was macht die deutsche Mehrheitsgesellschaft? Sie kritisiert Israel, weil der Konflikt eskaliert!

Natürlich eskaliert der Konflikt, weil sich Juden seit 1948 als Soldaten eines eigenen Landes gegen die Vernichtung wehren können. Aufgrund dieser Möglichkeit der militärischen Verteidigung eskaliert die Auseinandersetzung, weil die Situation immer erst dann für beide Seiten eskaliert, wenn sich die eine Seite wehrt, von der anderen Seite ausgerottet zu werden. Deshalb mögen viele Deutsche Israel nicht.

Die toten Juden sind die gute Juden, verbrannte Wohlfühljuden quasi. Die lebendigen Juden nerven nur. Darum können viele Deutsche auch ohne Probleme zeitgleich mit der einen Hand einen Kranz für tote Juden an einem Mahnmal abwerfen und mit der anderen Hand einen Protestbrief gegen Israel verfassen, nicht obwohl, sondern weil es denn Holocaust gab und sie aus dem Holocaust gelernt haben, nämlich Israel zu kritisieren, gerade als Deutscher, damit sich die Juden dort so benehmen, wie sie es in Deutschland gelernt haben: wie ein Opfer!

Deshalb wünsche ich mir für den Fall, dass in Deutschland Besuche von KZ-Gedenkstätten verpflichtend werden, dass es einen zivilen Dienst gibt, wo man Juden nicht als Opfer kennenlernt, sondern als lebendige und wehrhafte Menschen.

„ Es sind die lebendigen Juden, die gehasst werden, nicht die toten.“

des, das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Warum gibt es in Deutschland nicht ein Denkmal, das mindestens ebenso groß ist, wie das Holocaustmahnmal und das all die herausragenden und erhabenen Errungenschaften ehrt, die Juden in und für Deutschland geleistet haben? Ich würde gerne zu einem solchen Denkmal gehen. Altkanzler Gerhard Schröder aber sagte, das Holocaust-Mahnmal sei ein Ort, „wo man gerne hinget“. Der Historiker Eberhard Jäckel brachte es sogar fertig, zu sagen: „Es gibt Länder in Europa, die uns um dieses Denkmal beneiden.“

attackiert und Juden angegriffen. In Belgien und Frankreich wurden in den letzten Jahren sogar Juden gefoltert und ermordet, darunter Kinder, weil sie Juden waren, zum Beispiel in Toulouse, Paris und Brüssel. Seit über 60 Jahren sieht sich zudem das kleine demokratische Land Israel von Feinden umzingelt, die einen Krieg führen, an dessen Ende die Radikalen von der Hamas die Vernichtung aller Juden weltweit fordern (Endlösung), während die sogenannten Gemäßigten von der Fatah nur die Vernichtung des Staates Israels in Aussicht

Wann hat die dauernde Islam-Exkulpation ein Ende?

Selbst Holocaust-Überlebende werden in unseren Medien von den Islam-Verharmlosern instrumentalisiert

Von Anabel Schunke

„Wie antisemitisch ist Deutschland“ fragte Anne Will in ihrer letzten Sendung. Die Antwort ist schnell gefunden: Sehr. Über 70 Jahre Entnazifizierung und hunderttausende KZ-Besuche von Schulklassen später wird klar: Die weltweit einzigartige Erinnerungskultur der Deutschen war für die Tonne. Wir sind offiziell unverbesserlich. Nicht nur antisemitisch, sondern generell fremdenfeindlich. Daran ändert auch die Aufnahme von 1,5 Millionen Migranten, die uns nicht selten genauso wenig mögen, wie wir uns selbst, nichts.

Dabei wird in der Sendung viel behauptet und wenig belegt. Wo bei Themen wie dem Islam und der Flüchtlingskrise stets die Differenzierung angemahnt wird, findet sich in der Runde niemand, der den Rundumschlag gegenüber der deutschen Bevölkerung in Zweifel zieht. Der offensichtliche Widerspruch zwischen einer Nation, deren Angst vor der Rassistiskeule so weit geht, dass selbst die Opfer der Kölner Silvesternacht gegenüber der Polizei Hemmungen hatten, die mutmaßliche Herkunft ihrer Peiniger zu nennen, und einer angeblich überbordenden Fremdenfeindlichkeit, scheint auch an diesem Abend niemanden zu stören.

Dem unsäglichen Vergleich zwischen Antisemitismus und angeblicher Fremdenfeindlichkeit gegenüber Muslimen wird selbst von der Ausschwitz-Überlebenden Esther Bejarano anstandslos zugestimmt. Dass es vor allem Muslime in den sozialen Medien sind, die auch heute noch gerne „Juden ins Gas“ schicken würden, wie man auf Seiten wie „Freiheit für Palästina“ und „Fuck Israel“ nachlesen kann, scheint keinem der Anwesenden bekannt zu sein. Vorwerfen kann man das der über 90-jährigen alten Dame sicherlich nicht, sehr wohl aber den verbleibenden Anwesenden und vor allem der Gründerin eines Arbeitskreises gegen Antisemitismus, Sawsan Chebli, deren Kampf gegen Judenhass anscheinend vor allem darin besteht, den ihrer Glaubensbrüder zu ignorieren.

Dabei geriet die Tochter „palästinensischer“ Migranten ohnehin nicht sonderlich in Bedrängnis. Das Thema des muslimischen Antisemitismus fand, trotz der erst kürzlich entstandenen „unschönen“ Bilder brennender Davidstern-Flaggen aus Berlin und der darauffolgenden Diskussion, in den ersten zwei Dritteln der Sendung keinerlei Beachtung.

Erst als der Vater des in Berlin von Mitschülern gemobbten und bedrohten jüdischen Jungen zaghaft erwähnte, dass diese Attacken ausnahmslos „von Kindern türkischer und arabischer Abstammung“ – wie er „leider“ sagen muss – ausgingen, kam man kurz auf das ungeliebte Thema zu sprechen. Offensichtlich wäre es aber selbst dem Vater lieber gewesen, wenn der Täter Deutscher gewesen und die Diskussion damit politisch korrekt geblieben wäre.

Bedrohung vor allem aus dem muslimischen Milieu

Die Vermutung, der heutige Antisemitismus könne vielleicht stärker von Migranten als von Deutschen ausgehen, will Sawsan Chebli jedenfalls sofort entkräften. „90 Prozent aller antisemi-



tischen Delikte wurden im vergangenen Jahr von Rechtsradikalen begangen“, zitiert die Berliner Staatssekretärin eine Statistik. Der Zuzug von Geflüchteten sei dennoch eine Herausforderung, „weil diese Menschen auch in einem anderen Umfeld sozialisiert sind.“

Eine Steilvorlage, bei der man als guter Moderator hätte noch einmal nachhaken und zum Beispiel fragen können, wie Frau Chebli gedenkt, diesen „Herausforderungen“ beizukommen. Eine Chance, die Anne Will leider genauso verpasste, wie das Hinterfragen einer Zahl, die so gar nicht zum öffentlichen Bild des Antisemitismus in Deutschland passt, das man nicht zuletzt bei den pro-„palästinensischen“ Demonstrationen der letzten Jahre beobachten konnte.

Was ist also dran an Cheblis Zahl? Von den 681 gezählten Delikten im ersten Halbjahr 2017 wurden ganze 632 dem rechtsextremistischen Lager zugeordnet, was in etwa der von Chebli genannten Zahl entspricht. Lediglich bei einem Fall wurde ein linksextremes Motiv angenommen, obwohl vor allem die sogenannte „Israelkritik“ vom „linken“ Spektrum ausgeht. 25 Delikte lassen sich gar nicht zuordnen und nur in 23 Fällen wurde ein religiös oder ausländisch motivierter Hintergrund unterstellt. Die Zahl der Delikte steigt insgesamt seit Jahren kontinuierlich. Werden wir Deutschen also tatsächlich immer antisemitischer oder liegt der Grund eher in der Ungenauigkeit der Statistik?

Zweifel an einem zunehmenden deutschen Antisemitismus äußerte u.a. Benjamin Steinitz, Leiter der Recherche- und Informationsstelle (RIAS) in Berlin. Auch er attestiert eine „Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Betroffenen von antisemitischen Angriffen, Beleidigungen und Beschimpfungen und den polizeilichen Statistiken“ unter Berufung auf den Bericht des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, der auf Anregung der Bundesregierung im April von namhaften Wissenschaftlern vorgelegt worden war.

So ergab eine von den Experten unter Juden in Deutschland durchgeführte Befragung ein völlig anderes Bild bezüglich der Gewichtung des Täterkreises. Acht Prozent der Befragten gaben an, Angehörige oder Bekannte seien „in den letzten zwölf Monaten“ körperlich attackiert worden, 36 Prozent sprachen von „verbalen Beleidigungen/Belästigungen“ und 52 Prozent von „versteckten Andeutungen“. Anders als die Statistik vermuten

lässt, wurden besonders häufig muslimische Personen als Täter angegeben: 48 Prozent der verdeckten Andeutungen, 62 Prozent der Beleidigungen und 81 Prozent der körperlichen Angriffe gingen nach dieser Einschätzung von muslimischen Personen aus.“

Bitte keine Kippa tragen

Dies deckt sich nicht zuletzt mit Berichten aus dem polizeilichen Umfeld. Von einem LKA-Beamten aus Hessen heißt es hierzu: „Dass in Deutschland sämtliche Synagogen und jüdische Kindergärten unter Polizeischutz stehen, hat nichts mit einer Bedrohung von deutschen Rechtsextremen zu tun, sondern vor allem mit Bedrohungen aus dem muslimischen Milieu, zuvorderst von Salafisten.“

Das heißt nicht, dass es deutschen Antisemitismus nicht gibt, aber die Statistiken über das Ausmaß des rechtsextrem motivierten Antisemitismus in der Bundesrepublik sollten ebenso auf den Prüfstand gestellt werden, wie sein genereller Einfluss auf die heutige Bedrohungslage von Juden in Deutschland. Wer sich, wie die Kanzlerin, über die erneute Möglichkeit „jüdischen Lebens“ in Deutschland freut und sich kraftvoll dafür einsetzen will, dass dies auch weiterhin möglich ist, sollte hinterfragen, weshalb Juden vor allem in Gegenden mit hohem Migrantenanteil wie in Berlin-Neukölln und -Kreuzberg dazu angehalten werden, keine Kippa zu tragen.

Unterdessen zeigt das Beispiel Frankreich auf, dass es bereits wieder Gegenden in Europa gibt, in denen „jüdisches Leben“ nicht mehr möglich zu sein scheint. Allein 2015 wanderten 8.000 Juden aus Frankreich aus. Grund: Die wachsende Bedrohungslage für jüdische Bürger. 14 Juden wurden in den letzten Jahren in Frankreich ermordet. Nicht jeder Täter war Araber, aber alle waren Muslime. Der Fall der Rentnerin Sarah Hamili, die erst in ihrer Wohnung gefoltert und anschließend ihren Balkon hinabgestoßen wurde, bildet einen der traurigen Höhepunkte antisemitisch motivierter Taten in Frankreich, die vor allem dort stark ausgeprägt sind, wo der Anteil der Muslime besonders hoch ist. Auch hier lässt sich, ähnlich wie in Deutschland, seit längerem eine unheilvolle Verbindung von linken „Israelkritikern“ und Muslimen feststellen, die auch in Deutschland dafür sorgt, dass die Bedrohung durch den migrantischen Antisemitismus eine wohlwollende Verharmlosung erfährt.

Ohnehin lässt sich im linken Mainstream schon lange eine Verschiebung der Prioritäten im „antifaschistischen“ Kampf erkennen. Schon vor einiger Zeit musste der Einsatz gegen den Antisemitismus einem generellen Kampf gegen Rassismus, oder das, was man eben dafür hält, weichen. Längst sind Juden aufgrund der modischen „Israelkritik“ aus dem exklusiven Kreis der „zu Schützenden“ von der Linksbourgeoisie ausgeschlossen worden. Des „Linken“ Lieblingsmündel ist der Moslem, und wer so dermaßen Opfer ist, kann unmöglich Täter sein.

„Früher hat man gesagt, die Juden sind an allem schuld, heute sind es die Flüchtlinge.“ Was wie eine Passage aus einem Jürgen-Todenhöfer-Posting auf Facebook klingt, ist in Wahrheit ein Zitat der Holocaust-Überlebenden Hanni Lévy auf dem Bundesparteitag der Grünen, für das sie frenetischen Applaus erhielt.

Die Frage ist, wann wir den Mut finden

Auch Esther Bejarano und Sawsan Chebli schreckten, wenn auch nicht mit ganz so deutlichen Worten, bei Anne Will nicht vor diesem geschmacklosen Vergleich zurück. Er zeigt, mit welchen perfiden Mitteln Muslime und „Linksgüne“ das Schicksal und die Vergangenheit jüdischer Bürger instrumentalisieren, um jegliche Kritik an der derzeitigen Islam- und Flüchtlingspolitik im Keim zu ersticken. Indem man einen gemeinsamen Opferstatus von Juden und Muslimen suggeriert, verleiht man dem eigenen Weltbild eine Unantastbarkeit, die es unmöglich macht, Probleme zu benennen und Lösungen anzugehen, was im Endresultat dazu führt, dass sich der muslimische Antisemitismus weiterhin nahezu ungestört in Deutschland ausbreiten kann. Vertreter der jüdischen Community, wie prominente Holocaust-Überlebende und der Zentralrat der Juden, werden damit unbewusst zu Unterstützern ihrer eigenen Feinde.

Die Frage ist, wann wir den Mut finden, diesen Fehler in der öffentlichen Debatte anzusprechen. Nicht mehr davor zurückschrecken, auch Muslime in die Verantwortung zu nehmen und uns bewusst zu machen, dass wir nur eines sein können: entweder ein Land, das unbegrenzt muslimische Einwanderer aufnimmt und damit seine „antirassistische Katharsis“ weiter vorantreibt oder ein Land, in dem jüdische Mitbürger ebenso wie wir, „gut und gerne leben“. Langfristig wird sich bei diesem Ausmaß der Ignoranz gegenüber dem migrantischen Judenhass und der unbegrenzten Aufnahme von muslimischen Einwanderern der Antisemitismus nicht mehr als deutsches Problem zwangskollektivieren lassen. Die Leute haben Augen im Kopf, und sie merken, wenn die Realität auf der Straße zu sehr von dem abweicht, was sie im Fernsehen gesagt bekommen. Schon 2014 in Essen waren es Muslime, die „Heil Hitler“ bei einem antisemitischen Protest riefen, und nicht Deutsche.

Ich jedenfalls bin nicht mehr bereit, mich in moralische Geiselhaft zusammen mit Menschen nehmen zu lassen, die sonst auch zumeist nichts mit uns zu tun haben wollen. Ich bin nicht bereit, zu warten, bis „jüdisches Leben“ in Deutschland wieder unmöglich wird.

GSG-9: Als Deutschland noch von Israel lernte

Ulrich Wegener – das preußische Auge Israels in Entebbe

Von Carl Jancke

Ulrich Wegener hat deutsche Geschichte geschrieben. Ohne seine GSG-9 wäre der Sieg über den Terrorismus nicht gelungen. Weithin unbekannt war seine Nähe zu Israel und seine eigenmächtige Aufklärungsaktion im ugandischen Entebbe, die die israelische Kommandoaktion wesentlich erleichterte.

Was wäre gewesen, wenn es im Oktober 1977 keine GSG-9 gegeben hätte, die die Lufthansa-Maschine „Landshut“ stürmte und den RAF-Terror besiegte? Die deutsche Geschichte wäre anders verlaufen. Manchmal gibt es einzelne Menschen, die Geschichte schreiben.

Einer davon ist Ulrich Wegener, der Gründungskommandeur und Initiator der Grenzschutzgruppe 9. Und es gab niemanden, der mehr für die Zusammenarbeit der deutschen und israelischen Sicherheitskräfte getan hat. Dabei nahm gerade die einen furchtbaren Anfang.

Wegener war 1972 Verbindungsoffizier des Bundesgrenzschutzes (der heutigen Bundespolizei) und erlebte das Desaster des „palästinensischen“ Attentates auf die Olympischen Spiele in München machtlos auf dem Tower des Fliegerhorsts in Fürstentfeldbruck. Die schlecht ausgebildete bayerische Polizei bestritt den Einsatz mit gewöhnlichen Streifenpolizisten. Nach einem mehrstündigen Feuergefecht waren 11 israelische Geiseln und ein deutscher Polizist tot. Fünf Terroristen starben, drei wurden festgenommen und im Oktober 1972 bei einer Flugzeugentführung freigesetzt. Der Tiefpunkt der deutsch-israelischen Beziehungen schien erreicht.

Vielleicht war es gerade jene Nacht im Tower, die zum Schlüssel der israelischen Beteiligung an der Gründung der GSG-9 wurde. Neben Genscher, dem Krisenstab und Franz-Josef Strauß mussten auch Israels Geheimdienstchef Tzvi Zamir und der Anti-Terror-Experte Victor Cohen mit Wegener ohnmächtig dem dilettantischen Treiben zusehen. Die israelische Anti-Terror-Einheit Sajaret Matkal wartete alarmiert auf den Einsatzbefehl. Sie wurde später zur Blaupause für die GSG-9, die keine drei Wochen nach dem furchterlichen Ereignis in Dienst gestellt wurde. Bereits im April 1973 meldet Initiator und Gründungskommandant Wegener die Truppe einsatzbereit.

Geiselnahmen nahmen dank der GSG-9 ein schnelles Ende

Bis zu ihrem legendären Einsatz in Mogadischu, bei dem 100 Passagiere gerettet und drei Terroristen eliminiert wurden, sollten noch fünf Jahre vergehen. Wegener war froh, dass seine Männer zeigen durften, was sie können, und kommandierte die Operation von der Spitze aus. Er soll an der Eliminierung eines der Terroristen beteiligt gewesen sein. Das war das Ende des „Deutschen Herbstes“, in dem sich die Öffentlichkeit in Selbstmitleid erging und die RAF-Terroristen den Takt vorgegeben hatte. Die verlegten sich danach nur noch auf feige Attentate, Geiselnahmen gehörten in Deutschland der Vergangenheit an. Das alles ist weithin bekannt, aber Wegeners Verdienst.

Weniger bekannt war die Beteiligung Wegeners an der israelischen Befreiungsaktion im ugandischen Entebbe, bei der er als Aufklärer diente. Im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus sahen Ehud Barak, Rafael Eitan oder Jonatan Netanjahu ihn als „zugehö-



Der legendäre GSG-9-Kommandant Ulrich Wegener

rig“ an. Wegener war leider nicht der einzige deutsche Beteiligte.

Denn von den vier Terroristen, die Ende Juni eine „Air France“-Maschine auf dem Weg von Paris nach Tel Aviv entführten, waren Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Der Airbus A-300 mit mehr als 300 Passagieren wurde am 27. Juni 1976 nach Entebbe entführt, weil man mit der Unterstützung des ugandischen Diktators Idi Amin rechnen konnte.

Böse erwies sich als Erbe der deutschen KZ-Betreiber und selektiert wie an der Rampe von Auschwitz ungefähr 100 Israelis und Juden. Alle anderen Passagiere durften mit einer anderen „Air France“-Maschine nach Hause fliegen.



Rückkehr des Sonderflugzeuges mit Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski und der GSG-9.

„Wir müssen vor Ort sein.“ So brachte Wegener seine Überzeugung zum Ausdruck. Wem gegenüber er das sagte, darüber gibt es verschiedene Quellen. Mal ist vom Bundeskriminalamt die Rede, mal heißt es, außer dem Minister Genscher sei niemand informiert gewesen. Wegener reiste jedenfalls auf verschlungenen Wegen inkognito von Kenia her nach Uganda ein.

Seine Freundschaft zum britischen Militärattaché kam ihm zupass. Der griff sich kurzerhand den Rolls Royce, der mit exterritorialem Status dem Botschafter als Dienstwagen diente. Unauffällig konnte man nicht auffälliger unterwegs sein. Al-

erdings musste man sich vorstellen, dass die Ugander wenig Respekt vor diplomatischen Regeln und Gepflogenheiten hatten, wie sich später herausstellen sollte.

Die beiden machten sich in jenem Rolls Royce komfortabel auf den Weg nach Entebbe, der früheren Hauptstadt des Landes und mussten auf dem Weg zahlreiche Straßensperren passieren, um sich rund um den Flughafen ein Bild der Lage zu machen. Amin hatte keinen Zweifel an seiner Unterstützung der Terroristen gelassen. Niemand rechnete mit einem Angriff aus dem rund 3.500 km entfernten Israel, trotzdem dienten die Truppen rund um den Flughafen dem Schutz der Terroristen.

sondere die Jagd- und Kampfflugzeuge interessierten die Israelis, die ja auch noch im Nachhinein die ganze Aktion hätten gefährden können.

Die Kommando-Aktion war stabsmäßig geplant. Auch die Israelis setzten auf Tarnung durch eine Limousine. Allerdings war das ein verlängerter Mercedes, von dem die ugandischen Truppen denken sollten, es handele sich um ein Diplomatenfahrzeug. Am Ende wurden mehr als 100 Geiseln gerettet und nach Kenia ausgeflogen.

Wegener war wohl als Zaungast bei der Aktion dabei. Doch auf dem Rückweg geriet der Rolls in eine Straßensperre und in einem Gemenge wurde Wegener vom Bajonett eines ugandischen Soldaten verletzt und die beiden Männer wurden zunächst in einem Golf- und Country-Club festgesetzt.

Wegener bluffte und gab sich als britischer Staatsbürger aus, was den jungen Kommandanten der Straßensperre dazu brachte, die Insassen des Rolls Royce fahren zu lassen. Die Wunde ließ Wegener dann in Kenia versorgen.

Eine im Krankenhaus zurückgelassene Geisel wurde von Amins Schergen ebenso ermordet wie mehr als 200 Kenianer, die für die Unterstützung der Aktion durch den kenianischen Staat buchstäblich bluten mussten. Das illustriert die Gefahr, der sich Wegener ausgesetzt hatte. Auch Jonatan Netanjahu, immerhin Kommandant der Operation, fiel auf dem Flugfeld. Und Wegeners Frau und zwei Töchter machten bei seiner Rückkehr drei Kreuze, wie er später selbst berichtete.

Ulrich Wegener wurde 88 Jahre alt und starb im Dezember 2017. Er dürfte einer der wenigen Polizisten sein, dem die „New York Times“ einen langen Nachruf widmete – wesentlich länger als der, den der „Spiegel“ online veröffentlichte.

Ohnehin hatte die deutsche Linke sicher ihre Schwierigkeit mit dem gradlinigen Soldaten, der sich in der preußischen Tradition seiner Familie sah und selbst nach dem Krieg seinem Vaterland als Offizier dienen wollte. Er war ein schlagender Beweis dafür, dass diese Tradition und demokratisch-freiheitliche Werte eben kein Widerspruch sein müssen und wir uns vielleicht heute diesem Ethos vorurteilsfreier nähern sollten.

Denn als gebürtiger Jüterbogener hat der Brandenburger seine demokratische Gesinnung schon in jungem Alter mehr unter Beweis gestellt als all die 68er, denen der knorrige Ton und der Appell an Disziplin, Befehl und Gehorsam Anlass zum Mäkeln gaben. Er hatte vor den DDR-Wahlen Flugblätter gegen die „Einheitsliste der Nationalen Front“ verteilt und landete deshalb für 16 Monate im Stasi-Knast. Als er 1952 entlassen wurde und nach Westberlin flüchtete, wog der 1,86 m große Hüner gerade mal 60 kg. Kein Wunder, dass einer der amerikanischen Sicherheitsberater des Präsidenten gegenüber dem deutschen Terrorismusexperten Rolf Tophoven sagte: „Wegener ist der einzige deutsche Held seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Das trifft es. Der Mann hat unserem Land viel erspart.

Im Lit-Verlag Münster ist die Biographie unter seiner Mithilfe erschienen:

Ulrich Wegener: GSG-9. Stärker als der Terror.

Und auf der Berlinale wird im Februar leider außer Konkurrenz ein neuen Film über Entebbe mit Daniel Brühl in der Rolle des Terroristen Böse gezeigt.

US-Vizepräsident Mike Pence auf historischer Reise nach Israel

Der Umzug der US-Botschaft nach Jerusalem soll früher als geplant stattfinden

Von Jan Bentz

Der US-amerikanische Vizepräsident Mike Pence stattete Israel einen Besuch ab.

Weniger als 48 Stunden dauerte der Besuch von Amerikas zweitem Mann in Israel, aber alles Wesentliche und Wünschenswerte war zur Sprache gebracht worden: Die Bestätigung Jerusalems als dauerhafte Hauptstadt, die vorgezogene Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem, die Nachbesserung oder Aufkündigung des Iran-Abkommens und das Versprechen das USA-Israel-Bündnis noch weiter zu stärken.

Zentrales Thema war natürlich die Entscheidung des US-Präsidenten Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, die auch Hauptpunkt in Pence' Rede vor dem Parlament Israels – der Knesset – am 22. Januar war.

In dieser historischen Ansprache betonte Pence die Verbundenheit der USA mit Israel: „In der Geschichte der Juden haben wir immer auch die Geschichte Amerikas gesehen,“ so Pence weiter, „eine Geschichte des Exodus, eine Reise aus der Verfolgung in die Freiheit, eine Geschichte, die von der Macht des Glaubens und dem Versprechen der Hoffnung zeugt.“ (...) „Vor siebzig Jahren waren die Vereinigten Staaten stolz, die erste Nation der Welt zu sein, die den Staat Israels anerkannt hat. Aber wie sie wissen, hat die Arbeit an jenem Tag erst begonnen und blieb unfertig, denn obwohl die Vereinigten Staaten ihr Land anerkannten, hat sich eine Regierung nach der anderen geweigert, auch die Hauptstadt anzuerkennen.“

Mit seiner Entscheidung habe Trump deswegen Geschichte geschrieben und ein „70 Jahre dauerndes Versagen“ aufgeholt, damit „halte er sein Versprechen gegenüber dem amerikanischen Volk.“ (...) „Jerusalem ist Israels Hauptstadt und daher hat Präsident Trump das Außenministerium angehalten, die ersten Vorbereitungen zu treffen, unsere Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu versetzen,“ erklärte Pence und kündigte die Eröffnung der neuen Botschaft bereits vor Ende 2019 an.

Der Umzug geht damit schneller voran als ursprünglich geplant. Ein genaues Datum und der exakte Ort der Botschaft sind noch nicht festgelegt.

Israels Präsident Reuven Rivlin lobte Pence als jemanden, „der zu seinem Wort“ stehe. Es gebe nur einen Ausdruck, um Pence zu beschreiben: Er sei ein „Mensch“. Das sei das „höchste jüdische Kompliment,“ wie die „Jerusalem Post“ berichtete.

Premierminister Benjamin Netanjahu schloss sich dem Lob an: „An dem Tag, an dem wir uns begegnet sind, wusste ich, dass du ein wahrer Freund bist.“ Das Bündnis zwischen Israel und den USA sei so stark wie nie zuvor, bekräftigte Netanjahu.

Derweil boykottierte die „Palästinenser“-Führung den Besuch und die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten. Trumps Entscheidung habe Amerika als neutralen Vermittler disqualifiziert, war der Tenor. Grobe Störungen auch bei der Rede Pence: Zwischenrufe arabischer Politiker, Tafeln in arabischer und englischer Sprache mit den Worten „Jerusalem ist die Hauptstadt Palästinas“ tauchten auf und wurden kurz darauf aus dem Saal



Mike Pence an der Klagemauer

entfernt.

Einen „Kreuzzug“ und ein „Geschenk an Extremisten“ nannte Saeb Erekat, „palästinensischer“ Chefunterhändler, als Reaktion auf Pence' Ansprache vor der Knesset die Entscheidung Trumps. Die US-Regierung sei „eher Teil des Problems, aber keine Lösung,“ und er bezichtigte Amerika Gesetze zu brechen, die Entscheidungen internationaler Institutionen seien.

Die Auslaufklausel im Iran-Nuklear-Abkommen unbedingt zu entfernen, forderte Pence in Richtung Europa in seinem Gespräch mit Präsident Reuven Rivlin in dessen Residenz in Jerusalem. Es handelt sich dabei um eine Klausel, die den verschiedenen Beschränkungen des iranischen Atomwaffenprogramms ein Auslauf-Datum einräumt. Diese Rahmenbedingungen des Nuklear-Abkommens wurden 2015 von dem Iran und den P5+1-Staaten unterzeichnet, d.h. den USA, Großbritannien, Russland, Frankreich, Chinas und Deutschland. Nur durch Streichung der Klausel könne sichergestellt werden, dass es dem Iran wirklich unmöglich werde an Atomwaffen zu gelangen.

„Der Iran ist ein führender Sponsor des Terrors,“ erklärte Pence und sicherte die Unterstützung der USA in dieser Sache zu.

„Wir stehen Seite an Seite mit ihnen im Kampf gegen radikalen islamischen Terror,“ erklärte Pence Rivlin. „Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für den Mut ihrer Regierung und den Mut ihres Militärs. Und ich bitte sie um weitere Zusammenarbeit und Kooperation im Dienst der gemeinsamen Sicherheit.“

Pence Reise symbolisierte auch eine zeitgerechte Antwort auf „Palästinenser“-Chefs Machmud Abbas' aggressive Rede im PLO-Zentralrat in Ramallah (Westjordanland) am 14. Januar.

„Der Deal des Jahrhunderts ist die Ohrfeige des Jahrhunderts,“ hatte Abbas Trumps Jerusalem-Entscheidung kommentiert und angekündigt: „Wir werden uns an ihnen rächen.“

Gleichzeitig hatte er ein Treffen mit Pence während seines Israel-Aufenthaltes abgelehnt. Stattdessen flog er nach Brüssel, um sich mit Federica

mit einer großen Mehrheit die US-Entscheidung Jerusalem als Hauptstadt anzuerkennen abgelehnt und als „null und nichtig“ abgetan.

Als letzte Etappe seiner Israel-Reise besuchte der Vizepräsident am Dienstag die Klagemauer, die heiligste Stätte des Judentums. Dort verharrte der evangelikale Christ und steckte seinen Gebets-Zettel in eine Ritze der Steinmauer. Nur Rabbiner Shmuel Rabinovich begleitete seinen „privaten“ Besuch. Damit bewegte er sich auf den Spuren seines Chefs, Präsident Trumps, der bei seinem Besuch in Israel im Mai 2017 ebenfalls an der Klagemauer gebetet hatte.

„Es ist ein Privileg, an der Klagemauer zu beten. Dies ist unsere vierte Reise ins Heilige Land, aber Karen und ich gehen nie ohne die Absicht, unseren Glaube zu erneuern“, twitterte der Vizepräsident zu diesem Anlass.

Aus Protest gegen den Besuch streikten „Palästinenser“ im Westjordanland und in Ost-Jerusalem. Hunderte Polizisten waren nach Angaben der Polizei in Jerusalem im Einsatz.

Mike Pence' Frau – die oft mit ihrem Mann reist – besuchte mehrere Orte Lande und nannte Israel einen ihrer Lieblingsorte auf der Welt: „Für uns als Christen ist dies ein ganz besonderer Ort – der Ort, an dem Jesus lebte.“

ZUM 70. JAHRESTAG DES STAATES ISRAEL

Das Ensemble der Solisten des Israelischen Philharmonieorchesters

DIE VIRTUOSEN VON TEL AVIV

im Programm „Von Klassik bis zum Jazz“



Im Programm der Werke von Bach, Bizet, Sarasate, Paganini, Dvořák, Tschairowsky, Joplin, Gerswain, Kern, Newman, Chaplin, etc., in Jazz-arrangements. Die Zuschauer erwartet an diesem Abend eine Symbiose von Klassik und Jazz.

Leiter des Ensembles „Die Virtuosen von Tel Aviv“ – **Maestro Alexander Povolotsky**
Leiter des Israelischen Philharmonie Orchesters – **Maestro Zubin Mehta.**

«Von Klassik bis zum Jazz» – eins der schönsten Konzerte des brillanten Ensembles «Die Virtuosen von Tel Aviv». Beim Konzert erklingen klassische Hits in Verbindung mit Jazz. Dies ist ein weiterer Versuch (und sehr erfolgreich!) zwei Genres zu verbinden – Klassik und Jazz. Perfekter Klang, brillante Improvisation, funkeln den Humor, eine einmalige Verständigung zwischen den Musikern.»

D. Shvarts

Konzerte werden stattfinden:

13.04.2018, 20:00, BERLIN, Berliner Philharmoniker, Kammermusiksaal
14.04.2018, 19:00, FRANKFURT am MAIN/ OFFENBACH, Capitol Theater, Palladium
17.04.2018, 19:30, DÜSSELDORF, Museum Kunstpalast, Robert-Schumann-Saal
18.04.2018, 19:30, MÜNCHEN, Gasteig, Carl-Orff-Saal

Information und Kartenbestellung: Websites und Kasse Konzertsäle, Websites eventim.de, westticket.de, frankfurtticket.de, derticketsservice.de, muenchenticket.de und in den städtischen Konzert- und Theaterkassen.

Die „Palästinenser“ sind ein Relikt des arabischen Kolonialismus

Die Araber feiern den Imperialisten Omar und wollen gleichzeitig Kolonialismus-Opfer sein

Von Daniel Greenfield

Während einer sogenannten „Israeli Apartheid Week“ behaupten die Hasser auf dem Universitäts-Campus den „Kolonialismus“ zu bekämpfen, indem sie Juden bekämpfen.

Das „Columbia University's Center for Palestine Studies“ widmet sich einem Land, das nicht existiert und das nichts Studienwürdiges produziert hat außer Terrorismus, mit Schmähpamphleten wie „Palestine Re-Covered: Die kolonialistische Landschaft eines Siedlers verstehen“. Dieser Wortsalat ist ein giftiger Eintopf voller historischem Revisionismus, der benutzt wird, um die Kolonialisierung der einheimischen jüdischen Bevölkerung durch moslemische Siedler zu rechtfertigen.

Man kann Palästina nicht kolonialisieren, weil man Kolonisatoren nicht kolonialisieren kann. Die moslemische Bevölkerung Israels ist eine ausländische Kolonial-Bevölkerung. Die einheimischen Juden können zwar in Ursprungsland zurückkehren, aber sie können ihre eigene Heimat nicht kolonialisieren.

Moslemische Invasoren sind in Israel eingedrungen, haben es besetzt und erobert. Sie haben der Bevölkerung ihre Sprache und ihre Gesetze aufgezwungen. Das ist die Definition von Kolonialismus. Man kann nicht kolonialisieren und sich anschließend beklagen, dass man kolonialisiert werde, wenn die Einheimischen sich die Macht zurückholen, die man von ihnen einst geraubt hat.

Moslems in Israel gibt es aus dem gleichen Grunde, aus dem es Moslems in Indien gibt. Sie sind das Überbleibsel eines moslemischen Kolonialregimes, das die einheimischen, nicht-moslemischen Völker vertrieben und unterdrückt hat.

Es gibt keine ernsthaften historischen Argumente, um irgendetwas dagegen vorzubringen.

Moslemische Eroberungszüge und Invasionen sind gut dokumentiert. Moslemische Besiedlungen entsprechen dem Muster jedes historischen Beispiels von Kolonialismus, samt Import einer fremden Bevölkerung und eines Sozialsystems, das den Einheimischen aufgezwungen wurde.

Bis sie anfangen Kriege gegen die einheimische jüdische Bevölkerung zu verlieren, war den moslemischen Siedlern ihre Kolonial-Vergangenheit nicht peinlich – sie haben sie sogar verklärt. Ihr historisches Erbe basierte auf der Eroberung von fremden Ländern, ihrer Besetzung und der Umbenennung durch ihre neuen Eroberer.

Der einzige Grund für die Debatte um den Tempelberg ist, dass Kalif Omar Jerusalem besetzt und befohlen hat, auf einem jüdischen Heiligtum eine Moschee zu bauen. Der einzige Grund für die Debatte über Ost-Jerusalem ist die Invasion der moslemischen Armeen, die 1948 die halbe Stadt eingenommen haben, Synagogen bombardierten und eine ethnische Säuberung gegen die jüdische Bevölkerung durchführten, um eine künstliche Mehrheit moslemischer Siedler zu erreichen.

Der einzige Anspruch der Moslems auf Jerusalem oder irgendeinen anderen Teil Israels beruht nur auf kolonialistischer Gewalt. Es gibt keinen moslemischen Anspruch auf Israel, der auf irgendetwas anderem gründet als auf Kolonialismus, Invasion und Besiedlung.

Israel ist übersät mit Omar-Moscheen, inklusive einer, die im Vorhof der Kirche des Heiligen Grabes gebaut wurde, weil der Islam eine kolonialisierende Macht ist, deren Moscheen ihre invasiven Ursprün-



Auf dem Fundament des jüdischen Tempels errichteten die arabischen Kolonialherren ihre Moscheen.

ge bezeugen, um den Kolonialismus als ihr wahre Religion zu feiern. Der Glaube des Islam ist die geschworene Religion des Schwertes.

Der Islam ist eine Religion des Kolonialismus, der sich durch Invasion, Besiedlung und Eroberung ausbreitet. Seine Kalifen, von den ersten Eroberern an, von Omar bis zum heutigen Kalifen des IS, übten und üben ihre religiöse Autorität im Dienst des islamischen Kolonialunternehmens aus.

Allah ist der wahre Schutzgott des Kolonialismus. „Dschihad“ ist eigentlich nur Arabisch für „Kolonialismus“. Islamische Theologie ist nichts anderes als das niedergeschriebene Schicksal der islamischen Eroberung der Welt, und ihre Kolonialsiedler sind hauchdünn mit Kostümen einer Religion bekleidet, die sie von den Kulturen der eroberten jüdischen und christlichen Minderheiten gestohlen haben. Moslemischer Terrorismus ist eine reaktionäre kolonialistische Antwort auf die Befreiungsbewegungen der einheimischen jüdischen Bevölkerung.

Selbst der Ausruf „Allahu Akbar“ wurzelt nicht in einem religiösen Gefühl. Er bedeutet nicht „Gott ist groß“, wie es oft fälschlich übersetzt wird. Es war Mohammeds Beleidigung der Juden, die er ethnisch säuberte. Seine Auslöschung eines Menschengeschlechtes bewies, dass „Allah größer war“. Islamischer Kolonialismus wird missbraucht, um die Existenz von Allah zu demonstrieren. Und der beste Weg Allah anzubeten, ist der Kolonialismus, der Dschihad heißt.

Islam würde ohne Kolonialismus gar nicht existieren. Er kann auch heute nicht ohne ihn auskommen. Darum geht die Gewalt weiter. Der einzige Weg, dieser Gewalt ein Ende zu setzen, ist, von Moslems zu verlangen, ihre Theologie des Kolonialismus aufzugeben.

Aber statt zu ihrer eigenen, wirklichen Geschichte zu stehen, weicht die moslemische Siedlerbevölkerung ihrer Schuld aus, indem sie propagiert, dass sie das Opfer eines Kolonialismus von Seiten der einheimischen jüdischen Bevölkerung sei. Diese Geschichtsverdrehung wird durch bizarren Unfug „belegt“, wie z.B. die Behauptung, dass Jesus ein „Palästinenser“ gewesen sei oder dass die Araber von den Philistern abstammten.

Die moslemischen Siedler bestehen darauf, ihren Kolonialismus zu feiern, während sie sich gleichzeitig als einheimische Bevölkerung ausgeben, die bereits immer in Israel gelebt haben.

Man kann aber nur das eine oder das andere haben:

Ihr könnt Moscheen haben, die die Eroberung und die Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung feiern, oder aber Ihr könnt erzählen, dass Ihr selbst die Einheimischen seid. Aber Ihr könnt Euch nicht beliebig aussuchen, ob Ihr nun gerade die Einheimischen oder aber die Eroberer der Einheimischen sein wollt – je nachdem wie und wann es gerade in Eure pseudo-historische Narrativ passt. Ihr könnt nicht behaupten gleichzeitig Philister, Juden und deren islamische Eroberer zu sein.

Seit seinen römischen Wurzeln ist Palästina immer eine koloniale Fantasie der Neuformung Israels gewesen, indem die ursprüngliche jüdische Identität ausradiert wurde. Die arabischen Söldner, die von den Römern bei dieser Kolonialunternehmung eingesetzt wurden, wurden später zu selbstständigen Eroberern ihres eigenen Kolonialimperiums. Der Name „Palästina“ bleibt als ein sprachliches Überbleibsel bestehen.

Abdul Rahim al-Shaikh beschwerte sich über einen „linguistischen Kolonialismus“. Wenn Moslems die Quelle des Elija – einer jüdisch-biblichen Gestalt – zu Ein as-Sultan umbenennen, um einen islamischen Kolonialherrscher zu ehren, dann ist das linguistischer Kolonialismus. Wenn Juden die ursprünglichen Namen der Juden wiedereinführen, die auf die Zeit vor dem moslemischen Kolonialismus zurückgehen, dann ist das keine Kolonialisierung. Es ist das genaue Gegenteil. Es ist Entkolonialisierung.

Mythische Ansprüche eines palästinensischen Staates zu fördern ist keine Entkolonialisierung, es ist Kolonialisierung. Oder Re-Kolonialisierung. Befürworter „Palästinas“ kämpfen nicht gegen Kolonialismus, sondern für Kolonialismus. Sie befürworten eine ungläubwürdige moslemische Siedlerfantasie gegen das einheimische jüdische Volk Israels.

Abdul Rahim al-Shaikh beklagt sich über eine „geographische Amnesie“ unter „Palästinensern“. Es gibt keine geographische Amnesie, weil man sich nicht an

etwas erinnern kann, was niemals existiert hat. Es gibt nur Paraamnesie, denn es gab niemals ein Land Palästina.

Palästina hat keine Geschichte. Es hat kein Volk. Es hat keine Grenzen. Es war nie irgendetwas außer einer kolonialistischen Erfindung. Es ist ein Name, der von einer Vielzahl von ausländischen Siedlern benutzt wurde, um den kolonialistischen Imperien zu dienen.

Man kann Palästina nicht kolonialisieren. Wie kann man einen kolonialen Mythos kolonialisieren? Man kann ihn nur entkolonialisieren.

Jedes jüdische Haus, das auf dem Land gebaut wird, das früher vom Kalifat beherrscht wurde, ist Entkolonialisierung und Entkalifatisierung. Wenn Juden auf den Tempelberg steigen, dann nehmen sie an der Entkolonialisierung und Entkalifatisierung teil.

Wenn die Befreiungskräfte der jüdischen einheimischen Bevölkerung einen dschihadistischen Kolonisten erschießen, der dafür kämpft, einen weiteren islamischen Staat in Israel zu errichten, dann ist auch das Entkolonialisierung und Entkalifatisierung.

Widerstand gegen islamischen Terrorismus ist Widerstand gegen Kolonialismus. Und Juden haben die längste Geschichte des Widerstands gegen den Islamischen Staat, mit all seinen verschiedenen Kalifaten. Israel widersteht noch immer dem kolonialistischen Dschihad mit seinen Plänen zur Wiedererrichtung des Kalifats.

Zionismus ist eine Maschine, die islamischen Kolonialismus tötet.

Die Existenz Israels bedeutet nicht nur Entkolonialisierung von Abdul Rahim al-Shaikhs imaginären kolonialen Fantasien eines „Palästina“, sondern inspiriert den Widerstand des Volkes im Kampf gegen islamische Kolonialisierung in der ganzen Region, von den Kopten über die Berber bis zu den säkularen Intellektuellen, die für Freiheit kämpfen.

Islamischer Kolonialismus wurde immer besiegt, sei es an den Toren Wiens oder in der Wüste Sinai. Seine Kolonialfantasien sind falsch und werden so oft niedergeworfen werden wie es nötig ist, ob in Form „Palästinas“ oder des IS.

Übersetzung: Jan Bentz

Von echten und falschen Helden

Selbst eine arabische Provokateurin genießt mehr Ansehen als ein echtes israelisches Terroropfer

Von Alexandra Margalith

Was sagt Ihnen eigentlich der Name Ahed Tamimi? Ja genau, das kleine blonde Mädchen, liebevoll „Shirley Temper“ genannt. Man kennt sie aus diversen Videos, in denen sie bis zu den Zähnen bewaffnete israelische Soldaten beißt, kratzt, bespuckt, tritt und ins Gesicht schlägt. Kürzlich war sie für einige Tage in israelischer Militärhaft, nachdem sie erneut einen Soldaten tödlich angegriffen hatte.

Auf den Facebook-Seiten von Amnesty International oder Jürgen Todenhöfer & Co. feiert man Ahed Tamimi als Heldin. Sie ist das Vorzeigegesicht, ja, die weibliche Ikone des „palästinensischen“ Widerstands im Westjordanland. Weil sie, wohl wissend, dass den Soldaten ihr gegenüber buchstäblich die Hände gebunden sind, den „Mut“ hat, diese vor laufenden Kameras zu provozieren, zu demütigen und zu schlagen.

Aber haben Sie schon einmal von Kay Wilson gehört?

Die jüdische Britin Kay Wilson war 1991 nach Israel ausgewandert, kurz vor Ausbruch des Kriegs gegen den Irak, ehe die Scuds kamen. Sie arbeitete in Israel zunächst als Cartoonistin und Jazzpianistin, entschied sich aber später dafür, als Reiseführerin tätig zu werden.

Am 18. Dezember 2010 führte sie ihre amerikanischen Freundin Kristine Luken, die sie in Israel besucht hatte, durch die Mata-Wälder westlich von Jerusalem, als sie von zwei arabischen Männern angegriffen wurden, die sie zunächst überwältigten und ihnen den Schmuck abnahmen. Kay Wilson hatte an ihrer Kette einen Davidstern getragen. Die Männer ließen sie nicht laufen. Also versuchte Kay Wilson sie davon zu überzeugen, dass sie Teil einer größeren Reisegruppe wären, welche sicherlich bald zurückkehren würde. Nachdem man sie etwa eine halbe Stunde mit einem langen Messer bedroht hatte, mussten sie die Schuhe ausziehen, sie wurden geknebelt und ihre Hände hinter ihrem Rücken gefesselt. Sie mussten niederknien, und dann stachen die Männer zu. Zuerst musste Kay Wilson mit ansehen, wie ihre Freundin

vor ihren Augen mit einer Machete regelrecht geschlachtet wurde. Danach schlug man insgesamt 13 Mal mit dieser auf sie ein – und ging.

Wilson erlitt mehrere Rippenbrüche, eine kollabierte Lunge, ein kollabiertes Zwerchfell und die Schulter wurde ihr ausgekugelt. Sie hatte zuvor mitangesehen, wie ihre Freundin quasi hingerichtet worden war, konnte die letzten qualvollen Momente ihres blutigen Gurgelns hören, bevor ihre Atmung endlich vollends aussetzte. In einem späteren Interview mit der „Jerusalem Post“ fasst sie ihre Gedanken wie folgt zusammen:

„Was für eine Vergeudung. Ich bin 46 Jahre alt und ich werde umgebracht.“

Doch sie kämpfte dagegen an und stellte sich tot, als die Männer nach einigen Minuten zurückkehrten, um sich zu vergewissern, dass die beiden Frauen auch wirklich nicht mehr am Leben waren. Zur Sicherheit stieß einer von ihnen Kay Wilson letztmalig ein Messer in die Brust. Dann gingen die Männer und ließen die beiden Frauen in ihren Blutlachen im Wald liegen.

Aber Kay Wilson ist eine Widerstandskämpferin.

Sie kämpfte und widerstand dem Tod und schaffte es nach einiger Zeit – barfuß und immer noch gefesselt, kaum atmend und überall blutend – sich über einen Kilometer zu einem Parkplatz zu schleppen, von wo aus Anwesende den Rettungsdienst riefen.

Bis heute leidet Kay Wilson unter Albträumen und Schmerzen. Es hat zudem auch lange gedauert, bis sie bereit war, ihre Geschichte in der Öffentlichkeit zu erzählen oder gar ihre Narben zu zeigen.

Aber Kay Wilson ist eine Widerstandskämpferin.

Sie kämpfte und widerstand ihrer Scham, ihren Ängsten und ihren Schmerzen und setzt sich heute unter anderem für die Rechte von Terroropfern ein, spricht zu Themen wie Menschenrechten für „StandWithUs“, schreibt für „The Times of Israel“.

Sie war es auch, die in britischen Medien mehrfach darauf hingewiesen hatte, dass die Männer, die sie attackiert hatten, nachdem sie gefasst und zu langen Haftstrafen verurteilt worden



Wird von arabischer Seite gezielt zum „Star“ aufgebaut: Ahed Tamimi

waren, seitens der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ jeden Monat für ihre Haft ein „Gehalt“ in Höhe von 750 Pfund Sterling erhielten und weiterhin erhalten, finanziert unter anderem von Geldern aus Großbritannien.

Kay Wilson hätte jedes Recht, in Selbstmitleid und Hass zu schwelgen. Aber sie ist eine Widerstandskämpferin.

Bei jeder Gelegenheit gibt sie zum Ausdruck, dass Frieden der einzige Weg zu einer dauerhaften Lösung sein kann. Sie spricht vor Juden, Christen und Muslimen. Als der junge und sehr öffentlich pro-israelische Araber Moahammed Zoabi (ein entfernter Verwandter der israelischen Knessetabgeordneten Hanin Zoabi) nach sei-

ner öffentlichen Bekundung im Netz, ein stolzer Israeli und Zionist zu sein, aufgrund von sehr konkreten Drohungen aus der arabischen Gemeinschaft untertauchen musste, war es Kay Wilson, die ihn in ihrer Wohnung aufnahm und versteckte, bis seine Ausreise in die USA organisiert werden konnte.

Kay Wilson ist eine Frau, die sich und die Welt hätte aufgeben können. Und die das auch oft genug wollte. Aber diesem Drang hat sie widerstanden.

Über Ahed Tamimi kann man unterschiedlicher Ansicht sein.

Aber Kay Wilson ist eine Widerstandskämpferin.

Zuerst erschienen auf schlaglichter.at

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

■ **VIETNAM** ab 1920€ (15 Tage)

■ **MADEIRA** ab 699€ (7 Tage)

■ **GEORGIEN** ab 650€ (7 Tage)

■ **ASERBAIDSCHAN** ab 850€ (7 Tage)

■ **ST. PETERSBURG** ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

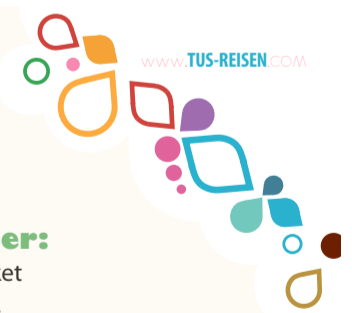
Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€



11 Jahre nach dem zweiten Libanonkrieg

Ein Lagebericht von Israels Nordgrenze

Von Tal Leder

Seit dem zweiten Libanonkrieg im Jahre 2006 ist es an der israelischen Nordgrenze bis zum heutigen Tage relativ ruhig geblieben. Doch seit sich die radikal-islamische Hisbollah am syrischen Bürgerkrieg beteiligt, ist sie mächtiger als je zuvor, und je mehr das Regime in Damaskus zerfällt, desto höher steigen die Chancen auf eine dritte israelisch-libanesischen Auseinandersetzung.

„Im Norden nichts Neues“, antwortet mir ein hoher Offizier der Israelischen Verteidigungskräfte (IDF), als ich ihn vor einigen Wochen im Rahmen einer Fernsehdokumentation im Hauptstützpunkt der Marine in Haifa nach der libanesischen Terrororganisation Hisbollah frage. „Nasrallah hat große Angst vor einer israelischen Invasion. Er ist besorgt um den Machterhalt seiner Gotteskrieger“, fügt Brigadegeneral Amos hinzu.

Und tatsächlich, als wir am Nachmittag in Rosch HaNikra ankommen, einem Ort an der Mittelmeerküste in Nordisrael und dann an der israelisch-libanesischen Grenze bis nach Metulla fahren, ist es im Gegensatz zu anderen Regionen im Judenstaat ziemlich friedlich. Es ist ruhig. Oder ist das nur die Ruhe vor dem Sturm?

Seit der letzten größeren Auseinandersetzung vor elfenhalb Jahren ist es bis auf ein paar kleine Scharmützel in der Gegend zwischen Obergaliläa und südlich des Litani-Flusses relativ ruhig geblieben.

Als unser Militärjeep in der Nähe des kleinen Moschaws Zaa'rit kurz stehen bleibt, erklärt uns der hochdekorierte Soldat, dass wir hier an der Stelle sind, wo sich vor über zehn Jahren ein Zwischenfall ereignete, der den Zweiten Libanonkrieg zwischen Israel und hauptsächlich der libanesischen Hisbollah auslöste.

Am Morgen des 12. Juli 2006, kletterten mehrere Kämpfer der libanesischen schiitischen Terrororganisation über den Grenzzaun, lauerten einer israelischen Patrouille auf, griffen sie an und töteten dabei drei Soldaten auf der Stelle und verschleppten zwei weitere Schwerverletzte: Ehud Goldwasser und Eldad Regev. Dies führte zu einem Krieg, der insgesamt 34 Tage wütete.

Nachdem Israel noch zu Beginn die entführten Soldaten befreien und eine begrenzte Operation durchführen wollte, verstrickte sich der jüdische Staat in einen für ihn noch nie dagewesenen Szenario. Man hatte zwar wie in jedem Konflikt Verluste zu beklagen: im Zweiten Libanonkrieg fielen 121 Soldaten, 44 Zivilisten wurden getötet und es gab außerdem viele Verletzte. Doch die israelische Strategie bis 2006 war es die militärischen Auseinandersetzungen stets weit vom Landesinneren, von der sogenannten Heimatfront fernzuhalten. Die Kämpfe sollten auf Feindesgebiet ausgetragen werden.

Überhaupt wurden auch auf dem Schlachtfeld sehr viele taktische Fehler gemacht. Die IDF war auf diese Auseinandersetzung nicht richtig vorbereitet. Seine Reservisten nicht entsprechend trainiert. Ihre operativen Pläne waren nur teilweise entwickelt. Das Aktionsmuster, das bis damals in Judäa und Samaria recht erfolgreich angewandt wurde, war im Libanon total unbedeutend.

Trotzdem sprechen heute immer mehr Experten und ehemalige hohe Offiziere von einem langfristigen Erfolg. Brigadegeneral Amos befahlige damals während



Israelische Soldaten im Libanon

der Kampfhandlungen eine Kommandoeinheit der Kampfschwimmverbände der „Schajetet 13“ und griff einen Hisbollah-Stützpunkt in Tyros an. Dabei wurden zahlreiche Terroristen getötet und mehrere Raketenwerfer zerstört. Er zeigt auf den gegenüberliegenden Hügel jenseits des Sperrzauns, wo wir einige kleine Dörfer im Libanon sehen: „Die Infrastruktur der Hisbollah wurde hart getroffen“, sagt er stolz und führt fort: „Am zweiten Tag des Krieges vernichtete die israelische Luftwaffe in nur 34 Minuten alle 59 Langstreckenraketen ihres Arsenal.“

Tatsächlich verlor die Terrororganisation während der gesamten Kampfhandlungen über 800 Kämpfer. Ihr logistisches Zentrum wurde vollkommen zerstört und selbst Generalsekretär Nasrallah gab danach in einem Fernsehinterview zu, dass wenn er gewusst hätte, dass die Israelis so massiv reagieren würden, er niemals den Befehl am 12. Juli 2006 gegeben hätte.

Die UNO versagt einmal mehr

Der Krieg endete am 14. August 2006 mit Verabschiedung der UNO-Resolution 1701, indem beide Konfliktparteien einem Waffenstillstand zustimmten. Nach den Kampfhandlungen wurde die internationale UNIFIL-Mission in die Region entsandt. Sie sollte u.a. den Waffenschmuggel vor der libanesischen Küste verhindern, was ihnen aber wie so oft bei ihren Einsätzen rund um den Globus kaum bis überhaupt nicht gelang.

Als verlängerter Arm des Erzfeinds Iran bleibt die Hisbollah auch 11 Jahre nach der letzten Auseinandersetzung für Israel die größte Bedrohung in der Region. Geheimdienstoffiziere gehen davon aus das die radikal-islamische Terrororganisation weit über 100.000 Raketen besitzt.

Und viele Sicherheitsexperten sind sicher, dass es nicht mehr lange dauern, bis es zu einem nächsten Libanonkrieg kommen wird. Die schiitische Hisbollah hat, wie sie selbst immer wieder sagt,

noch mehrere Rechnungen mit dem jüdischen Staat offen. Immer wieder werden ihre Waffenlieferungen zerstört. Auch kamen in den letzten Jahren führende Köpfe ihre Organisation oft durch „mysteriöse“ Anschläge ums Leben. So auch Imad Mughniyah, der Chefplaner des Zweiten Libanon-Krieges von 2006, den vielen auch als den „Mastermind of Terror“ betrachteten.

Als wir am Grenzzaun weiterfahren, können auch wir erkennen, dass das gesamte Nordkommando sich auf einen dritten Libanonkrieg vorbereitet und dabei intensiv an neuen Angriffs- und Verteidigungsaktionen arbeitet. Unter anderem investiert die IDF in eine bessere Überwachung seiner Grenzen, wie z. B. in moderne Elektronik. Auch entstanden immer mehr Wachtürme und Soldaten patrouillieren rund um die Uhr entlang der sogenannten blauen Linie. Der Ausbau seines mehrstufigen Raketenabwehr- und Frühwarnsystems wird kontinuierlich verbessert, genauso wie die Bunkeranlagen. Doch wenn es zu einem neuen Krieg kommt – wie würde dieser aussehen und welche schwerwiegenden Folgen würde er haben?

Amos erklärt uns, dass mehrere Szenarien zum Ausbruch eines neuen Krieges führen. Eines von vielen wäre zum Beispiel ein israelischer Präventivschlag gegen die iranischen Atomanlagen. Dann könnte die radikal-schiitische Miliz aus dem Libanon im Auftrag Teherans mit dem Raketenbeschuss auf den jüdischen Staat beginnen. Eine andere Möglichkeit könnte eintreffen, wenn das Mullahregime in Teheran tatsächlich in den Besitz der Bombe kommt. Mit nuklearer Abschreckung könnten diese dann zu einem „heiligen“ islamischen Krieg gegen Israel aufrufen. Aber auch ein kleiner Zwischenfall an der Grenze könnte schon einen Konflikt ausbrechen lassen.

Was auch immer der Auslöser des nächsten israelisch-libanesischen Krieges sein wird, die IDF wird mit drei großen Problemen konfrontiert werden.

Da die Hisbollah im Besitz vieler Langstreckenraketen ist, die sie in schiitischen Wohngebieten, Dörfern und Städten im Südlibanon platziert hat, könnten in den ersten Wochen ca. 1.200 Raketen pro Tag auf fast ganz Israel regnen. Die Heimatfront wäre so stark bedroht wie noch nie zuvor.

Auch würde die Hisbollah versuchen auf israelisches Staatsgebiet einzudringen, um kleine Gebiete zu erobern und die Bürger dieser Gemeinden danach zu massakrieren oder als Geiseln zu nehmen. Seit 2011 kündigt Nasrallah immer wieder die Eroberung Galiläas an.

Eine weitere Taktik wäre durch Kurzstreckenraketen die Zahl der zivilen Opfer zu maximieren in der Hoffnung, Demoralisierung und Massenevakuierung der entsprechenden Gemeinden zu verursachen. Auch könnte die radikale „Palästinenser“-Organisation Hamas aus dem Gazastreifen Israel beschießen.

Doch der jüdische Staat hätte natürlich eine harte Antwort parat. Der gesamte Libanon wäre vor den israelischen Luftschlägen nicht mehr sicher und seine komplette Infrastruktur würde lahmgelegt werden. Die IDF würde trotz hoher Verluste tief in den Südlibanon eindringen, um am Ende den verlängerten Arm Irans zu paralysieren. Und selbst, wenn die Hisbollah Israel erheblichen Schaden zufügen könnte, ist sie nicht annähernd eine existenzielle Bedrohung für den Staat Israel. Doch der dritte Libanonkrieg wird bei Weitem viel extremer werden, als noch die Auseinandersetzung 2006, mit vielleicht ähnlichen Konsequenzen wie nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973.

Andererseits ist die radikal-islamische Hisbollah tief in den syrischen Bürgerkrieg verwickelt. Sie hat zwar dort wichtige Kampferfahrung auf dem Schlachtfeld gesammelt und transformierte sich währenddessen von einer Guerillatruppe fast zu einer richtigen Armee, doch echte Erfolge bis auf den Machterhalt Assads – mit russischer und iranischer Hilfe – kann sie kaum vorweisen. Im Gegenteil: sie habe über 2.500 gefallene Kämpfer verloren und dazu weitere 6.000 Verletzte zu beklagen. Ein Drittel der „Partei Gottes“ kämpft auf Seiten des syrischen Diktators.

Deshalb hängt ihre Entscheidung einen neuen Krieg gegen Israel zu beginnen u.a. von der Situation in Syrien ab. Solange die Hisbollah in schwere Kämpfe mit sunnitischen Gruppen wie u. a. „Al Nusra“ und dem „Islamischen Staat“ verstrickt ist, kann man sich kaum vorstellen, dass Nasrallah den Fehler machen wird gegen den jüdischen Staat vorzugehen.

Auch wenn er die Möglichkeit hat, mit seinen vielen Raketen Tel Aviv, Aschkelon, Dimona und Beer Schewa zu treffen, ist er sich bewusst, dass eine neue Front gegen Israel nicht nur zu einer militärischen Niederlage gegen die IDF, sondern auch gegen die radikalen Sunniten in Syrien führen könnte.

Nachdem wir während der Dreharbeiten zu einer Fernsehdokumentation die Grenzanlagen besichtigen durften und mit Offizieren des Israelischen Nordkommandos sprachen, sagte uns Brigadegeneral Amos noch einmal lächelnd zum Abschluss: „Die Hisbollah hat ziemliche Angst vor uns und der nächsten Auseinandersetzung“, und fügt nach einem kleinen Zögern noch hinzu: „Mehr als wir.“

Israel-Boykotteure sind empört darüber boykottiert zu werden

Israel verweigert den Aktivisten mehrerer BDS-Gruppen die Einreise

Von David Lang

Eine kleine Gruppe von Aktivisten, die versucht haben Menschen davon zu überzeugen nicht nach Israel zu reisen, dürfen jetzt selber nicht nach Israel. Das Ironische daran ist, dass sie damit recht unzufrieden sind.

„Times of Israel“ schreibt:

„Aktivisten haben im Januar die israelische Regierung wegen der Veröffentlichung einer schwarzen Liste von BDS-Gruppen kritisiert, deren Mitgliedern verboten wird nach Israel einzureisen. Es wird behauptet, Israel versuche Gegner seiner ‚Besetzung‘ – darunter auch US-Juden – zum Schweigen zu bringen.“

20 Organisationen aus der ganzen Welt stehen auf der Liste, die vom israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten veröffentlicht wurde. Darin heißt es, BDS-Mitglieder wollen Israel schaden und daher sei Israel berechtigt sie nicht einreisen zu lassen.

„Jewish Voice for Peace“, die einzige jüdische Gruppe auf der Liste, antwortete auf das Verbot mit einem Leitartikel ihrer ausführenden Direktorin Rebecca Vilkomerson, veröffentlicht auf der ‚Haaretz‘-Webseite.

„Die öffentliche Nennung von JVP ist bedeutungsvoll“, schrieb Vilkomerson, „offensichtlich ist sich die israelische Regierung dessen bewusst, dass es auf der ganzen Welt mehr und mehr Juden gibt, die die BDS-Bewegung unterstützen, und Israel versucht uns zum Schweigen zu bringen.“

Vilkomerson warnte davor – zusammen mit anderen Gruppen –, dass das Verbot weitreichende Implikationen für Palästinenser haben könnte, die im Westjordanland oder im Ausland leben.

„Palästinenser im Westjordanland, im Gaza und Ost-Jerusalem, wie auch im Ausland, die mit israelischen Staatsbürgern verheiratet sind, könnten beispielsweise dazu gezwungen sein, entweder nicht zu verreisen, oder sich im Exil wiederzufinden, wenn sie zurückkehren wollen“, schrieb sie.

„Einreise könnte auch unmöglich gemacht werden für jene, die aus medizinischen Gründen oder zu Familientreffen nach Israel reisen wollen.“



BDS-Aktivisten in Israel (oben) und in Frankreich (unten)

Lasst uns hier für eine Sekunde einhaken: Warum will diese BDS-Aktivistin, die den Staat Israel wirtschaftlich ruinieren und somit letzten Endes abschaffen will, dass jemand zur medizinischen Behandlung in genau diesen Staat namens Israel einreist?

„Adalah, eine israelische Organisation, die Arabern juristischen Beistand bietet, warnte davor, dass dieser Bann Familienbesuche und Familienwiedervereinigungen bei den Palästinensern im Westjordanland unmöglich machen würde.“

Trotzdem scheinen sie sich keine Sorgen darum zu machen, dass hunderte von „Palästinensern“ ihre Arbeit verlieren, weil sie, die BDS-Aktivisten, den Boykott von der Firma „Sodastream“ förderten.

Mit anderen Worten: Diese Boykotteure sind Heuchler. Aber das wussten wir ja schon.

Hier ist die erwähnte schwarze Liste:

Vereinigte Staaten:

- AFSC (American Friends Service Committee)
- AMP (American Muslims for Palestine)
- Code Pink
- JVP (Jewish Voice for Peace)
- NSJP (National Students for Justice in Palestine)
- USCPR (US Campaign for Palestinian Rights)

Europa:

- AFPS (The Association France Palestine Solidarité)
- BDS France
- ECCP (The European Coordination of Committees and Associations for Palestine)

- BDS Italy
- FOA (Friends of al-Aqsa)
- IPSC (Ireland Palestine Solidarity Campaign)
- Norge Palestinakomitee (The Palestine Committee of Norway)
- PGS Palestinagrupperna i Sverige (Palestine Solidarity Association in Sweden)
- PSC (Palestine Solidarity Campaign)
- War on Want
- BDS Kampagne

Lateinamerika:

- BDS Chile

Südafrika:

- BDS Südafrika

Andere:

- BNC (BDS National Committee)



Israel tut mehr für die Christen in Nahost als der Papst

Während der Kirchenvater es bei gelegentlichen warmen Worten belässt, gewährleistet Israel als einziger Staat in der Region Sicherheit für die Christen



Von Dr. Stefan Winckler

Papst Franziskus schaut der Verfolgung der Christen in Nahost weitgehend tatenlos zu.

Blicken wir auf die internationalen Beziehungen im Jahr 2017 zurück, so sind nicht nur die Entscheidungen der Vereinigten Staaten und der EU-Staaten in Bezug auf Israel eine eingehende Betrachtung wert.

Wie verhielt sich der Vatikanstaat und insbesondere Papst Franziskus, welche Aussagen waren von ihm zu lesen? In seiner Weihnachtsansprache „Urbi et Orbi“ 2017 sprach er unter anderem von den Kindern, die „aufgrund der Zuspitzung der Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern weiter leiden. An diesem Festtag flehen wir zum Herrn um Frieden für Jerusalem und für das ganze Heilige Land; wir beten, dass sich bei den Kontrahenten der Wille durchsetze, den Dialog wieder aufzunehmen, und dass man endlich zu einer Verhandlungslösung gelange, die innerhalb von miteinander vereinbarten und international anerkannter Grenzen eine friedliche Koexistenz zweier Staaten ermöglicht“.

Das war gut gemeint, aber war eine Stellungnahme zugunsten der unrealistisch gewordenen Zwei-Staaten-Lösung unbedingt erforderlich? Sind nicht gerade praktizierter Terror, seine Förderung und die Bedrängung der stark geschrumpften christlichen Minderheit in Gaza und den Autonomiegebieten sowie in den islamischen Staaten ein paar mahnende Worte wert? Auch wenn der Papst in der Vergangenheit wiederholt auf die Grausamkeiten der gegenwärtigen Christenverfolgungen hinwies, so wäre ein stärkeres Anprangern dieses Unrechts durch die katholische Kirche wünschenswert.

Am 22. Juni 2017 sprach Franziskus vor der Union der Hilfswerke für die orientalischen Kirchen. Er fand die richtigen Worte über „schreckliche Verfolgungswellen“, er erwähnte Krieg und Terrorismus „v.a. in Syrien, Irak und Ägypten“.

Er hätte aber auch hinzufügen können, dass in Israel völlig andere Bedingungen herrschen: ein hohes Maß an Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Ebendort gilt Religionsfreiheit, und speziell der katholischen Kirche sind maßgebliche Rechte zugestanden worden. In keinem Land des Nahen Ostens können Christen (etwa 160.000 Menschen, etwas mehr als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung) so sicher leben wie in Israel.

Auch wenn es noch einige detaillierte Fragen zu klären gibt, ist wesentliches im Grundsatzübereinkommen zwischen Israel und dem Vatikan vom 30. Dezember

der freien Meinungsäußerung und kann karitative Leistungen erbringen (Art. 8 und 9), sie hat das Recht auf Eigentum, beide Seiten wollen in gutem Glauben zusammenarbeiten und versuchen, die offenen Probleme zu lösen (Art. 10). Die Liste ließe sich fortsetzen.

Praktisch bedeutet dies auch: Es ist möglich, in Israel eine Kirche zu bauen, in Saudi-Arabien und der Türkei nicht. Auch aus Ägypten mit seiner koptischen Minderheit werden in trauriger Regelmäßigkeit Morde an Christen und Kirchenschändungen berichtet, zuletzt am 29. Dezember 2017.

nächsten Jahr nach Israel kommen, werde ich eine Führung unternehmen, ich werde ihr Reiseführer auf dieser Führung sein. Und denken Sie an all diese Stätten, zu denen Sie gehen können. Sie können zum Jesus-Boot an den See Genezareth gehen, Sie können die Grabeskirche gleich hinter mir besuchen, alle Plätze, die Sie wollen, in den Fußstapfen Jesu und des Ursprungs unseres jüdisch-christlichen Erbes, also kommen Sie bitte nach Israel, nächstes Jahr in Jerusalem und fröhliche Weihnachten für Sie alle.“

Freundliche Worte Netanjahus gegenüber Christen in- und außerhalb Israels sind keine Ausnahme. Schon zu Weihnachten 2016 äußerte er sich in einem ähnlichen Sinne.

Vor 130 christlichen Journalisten aus 30 Ländern, die einer Einladung der israelischen Regierung nach Jerusalem im vergangenen Oktober gefolgt waren, erklärte Netanjahu, „Israel hat keine besseren Freunde – und das meine ich ernst – als die christlichen Gemeinschaften in der ganzen Welt. In einer großen Region ist Israel das einzige Land, in der Christen nicht nur überleben, sondern auch zahlenmäßig wachsen“. Er wünsche sich eine verstärkte Berichterstattung über die traurige Lage der Christen im Iran.

Im Übrigen gilt: Während die Verhandlungen des Heiligen Stuhls mit Israel gute Ergebnisse zeitigten, führten freundliche Respektbekundungen der letzten drei Päpste gegenüber dem Islam keineswegs zum Ende der Diskriminierung und Verfolgung von Christen in der muslimischen Welt. Der interreligiöse Dialog mit Vertretern des Islam mag zwar gut gemeint sein, Menschenleben konnte er offensichtlich nicht retten.

» Es ist möglich, in Israel eine Kirche zu bauen – in Saudi-Arabien und der Türkei jedoch nicht.

1993 geregelt: Dort heißt es u.a., „der Staat Israel anerkennt das Recht der Katholischen Kirche, ihre religiösen, moralischen, erzieherischen und karitativen Funktionen auszuüben, ihre eigenen Einrichtungen zu haben und ihr Personal in diesen Einrichtungen oder für diese Funktionen auszubilden, zu ernennen und anzustellen“ (Art 3 § 2). „Der Staat Israel stimmt mit dem Heiligen Stuhl in der Verpflichtung zum anhaltenden Respekt und Schutz des eigenen Charakters der katholischen heiligen Stätten wie Kirchen, Klöstern, Konventen, Friedhöfen und dergleichen überein“ (Art 4 § 3).

Beide Seiten sind an der Förderung von Pilgerfahrten interessiert (Art. 5). Israel und der Vatikan „bekräftigen gemeinsam das Recht der katholischen Kirche, Schulen und Studieninstitute aller Grade einzurichten, zu unterhalten und zu leiten“. Die katholische Kirche genießt das Recht

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu äußerte sich am 24. Dezember 2017 gegenüber den christlichen Bürgern Israels und den christlichen Freunden Israels in der Welt:

„Es ist mir ein Vergnügen, hier in Jerusalem zu stehen, sie befindet sich gleich hinter mir, die heilige Stadt. Ich bin stolz, der Ministerpräsident von Israel zu sein, einem Land, das seinen christlichen Bürgern frohe Weihnachten wünscht und unseren christlichen Freunden auf der ganzen Welt. Ich bin stolz darauf, dass Israel ein Land ist, in dem Christen nicht nur überleben, sondern aufblühen, denn wir glauben an diese Freundschaft zwischen den Menschen und wir verteidigen die Rechte von jedem, in dem heiligen Schrein hinter mir zu beten. Jetzt habe ich einen Vorschlag für all unsere christlichen Freunde. Sollten Sie im

Die „Alpinistim“: Hüter des Hermon-Berges

Zu Besuch bei den israelischen Gebirgsjägern, die in der Schweiz trainieren

Von Tal Leder

Eine der beliebtesten Reserveeinheiten der israelischen Armee (IDF) sind die „Alpinistim“. Sie kämpfen unter widrigen Wetterbedingungen, verteidigen die Nordgrenze, tragen weiße Overalls, fliegen zur Ausbildung in die Schweiz, fahren Winter-Jetski und sind auch im Bergrettungsdienst tätig.

Wenn der Winter in Israel beginnt, dann ist sein höchster Berg – der Hermon-Berg – am schönsten. Schneebedeckt ragt er 2.224 Meter in die Höhe. Zu dieser Zeit machen sich viele Familien auf, um das einzige Skigebiet des Landes zu besuchen, welches dort beherbergt ist. Es ist ein Ort für Familienspaß.

Doch im Vergleich zur heilen Welt in den Alpen oder den Rocky Mountains ist dieser massive Gipfel zugleich eine Art „Achillesferse“ für den jüdischen Staat. Es ist nämlich auch Israels nördlichster militärischer Außenposten, nahe der Grenze zu den feindlichen Staaten Syrien und Libanon.

Der Berg Hermon ist ein schwieriges Gelände und wegen seiner extremen Temperaturen mit teilweise starken Schneestürmen zur Winterzeit – welche oft die Zufahrtstraßen blockieren –, sowie Nebel, Hagel und Minusgraden, ist er nicht so einfach zu verteidigen.

Um die äußerst empfindliche Nordgrenze Israels zu beschützen und zu kontrollieren, damit sie nicht von verschiedenen Terrorzellen infiltriert werden kann, patrouilliert hier eine der effektivsten israelischen Einheiten: die sogenannten „Alpinistim“, die Gebirgsjäger des jüdischen Staates.

Diese Alpinistim sind eine Spezialeinheit der Israelischen Streitkräfte (IDF) für den Gebirgskrieg, welches dem Nordkommando der IDF untersteht. Sie sind eine Reserveeinheit, deren Angehörige sich aus Spezialeinheiten der „Sajeret Golani“ und „Egoz“ rekrutieren – also aus Infanterieeinheiten mit sehr viel Kampferfahrung.

Aber auch für den Krieg auf ungewöhnlichem Gelände sind sie vorbereitet. Selbst für Kommandomissionen hinter den feindlichen Linien werden die Bergkrieger eingesetzt.

Die IDF verfügt auf dem Berg Hermon über einen stark befestigten Militärposten mit einem riesigen Komplex von Antennen, Türmen, Beobachtungsanlagen und elektronischer Überwachungsausrüstung.

Von hier aus hat man eine gute Aussicht auf Damaskus. Dadurch, dass die syrische Hauptstadt nur 35 Kilometer entfernt ist, besitzt Israel einen strategischen Frühwarn-Vorteil. Es dient auch als eine Art Abschreckung für Syrien, dass Israel ganz nahe an seiner wichtigsten Metropole ist.

Da die Grenze nur 500 Meter entfernt ist, wurde eine Sondereinheit aufgestellt, um nicht von syrischen Kommandos überrascht zu werden.

Erst kürzlich durfte ich ein israelisches Filmteam während des winterlichen Wetters der vergangenen Wochen begleiten, das einen Bericht über die „Alpinistim“ für das Fernsehen drehte. Mein Kontakt mit einem befreundeten Offizier dieser Reserveeinheit aus meiner Militärzeit beim IDF ermöglichte einen eher seltenen Einblick in die Aktivitäten der Bergkrieger, die bei der



Die Alpinistim im Manöver

syrisch-libanesischen Grenze stationiert waren. Auf einer Höhe von 2.000 Metern mit Winden um die 70 Kilometer pro Stunde, sowie unter starkem Schneefall bei extremen Wetterbedingungen, patrouillierten die Kämpfer im Dreiländereck.

„Grundsätzlich geht es uns darum, die Grenze zu schützen, wo es Schnee gibt, weil die anderen Infanterieeinheiten es dort nicht machen können“, sagte mir der befreundete alpine Kommandant dieser Einheit, der aus Sicherheitsgründen hier nur „Leutnant L.“ genannt wird. „Unsere Truppen sind die einzigen, die wissen wie man auf dem felsigen und schneebedeckten Gelände des Hermon-Berges arbeitet – dank der langen und einzigartigen Ausbildung, die wir unseren Soldaten geben“, fuhr er fort. „Der Feind ist mit schneebedecktem Gelände vertraut, und deshalb achten wir darauf dort zu agieren, wo der Gegner glaubt uns überraschen zu könnten“, erklärt Leutnant L.

Zu Ihrer Ausrüstung gehören neben einigen Standardwaffen wie Sturm-, Scharfschützen- und Maschinengewehren, auch Ski, Snowcats und Winter-Jetski. Manche fahren mit einer schweren Schneeräummaschine, um die Soldaten zu transportieren.

„Wir sind es gewohnt bei Minus-Temperaturen unter rauen Bedingungen zu arbeiten. Der Schnee erreicht manchmal eine Höhe von bis zu zwei Metern und wenn sich die Stürme verschärfen, dann müssen wir schnell handeln und bauen sogar manchmal Höhlen, um dort etwas zu verstecken“, erzählt uns der führende Offizier dieser Einheit.

Die Alpinistim werden auch als „Phantome des Berges“ bezeichnet – und so sahen sie auch aus als uns ein Schneesturm einholte. Diese Spezi-

aleinheit ist für den Betrieb in Schnee, Schneeregen und anderen gefährlichen Witterungsbedingungen ausgebildet.

„Das Schwierigste ist, zu navigieren, wenn man wegen des Wetters nichts sehen kann“, führt Leutnant L. fort. „Wir sind hier nicht im Urlaub, aber ein wichtiger Teil der militärischen Organisation an der Grenze. Wir besitzen außerdem noch weitere Kräfte in unseren Reihen, wie Rettungsteams und sogar einen lokalen Stab, um Menschen zu helfen, die auf dem Berg Hermon in Not sind.“

Die Einheit wurde 1974 gegründet. Während des Jom- Kippur-Krieges im Oktober 1973, als Israel von Syrien und Ägypten mit Hilfe weiterer arabischer Länder überraschend angegriffen wurde, fiel der israelische Teil des Hermon-Berges schon in den ersten Tagen in die Hände der heranrückenden syrischen Truppen. In einer der blutigsten Schlachten, unter schweren Verlusten, konnten IDF-Einheiten den Gipfel am letzten Tag des Krieges komplett zurückerobern.

Nach dem Krieg sah Israel die Notwendigkeit eine Einheit zu gründen, um besser für den Gebirgskrieg gewappnet zu sein.

Die Voraussetzungen um bei den Alpinistim aufgenommen zu werden:

Alle Reservisten haben in Eliteeinheiten gedient. Sie sind meistens um die 30 Jahre alt und körperlich sehr fit. Da sie sehr kampferfahren sind, konzentriert sich ihre Ausbildung auf den Gebirgskrieg. Über mehrere Wochen werden die Soldaten in verschiedenen Bereichen geschult. Schwerpunkte sind unter anderem Aktivitäten im Schnee wie Überlebenstraining, Tarnung, Klettern, medizinisches Training, Skifahren, sowie Schießen und Kämpfen

unter schwierigen Bedingungen.

Aufgrund des kurzen Winters in Israel erfolgt die Ausbildung teilweise bei befreundeten Streitkräften, wie zum Beispiel in den USA, Kanada, Schweiz und Frankreich. Aufgrund dieser Möglichkeit zu Auslandsreisen erfreut sich der Dienst bei den Alpinistim durchaus einer gewissen Beliebtheit.

„Die Motivation ist hoch“, erzählt mir Leutnant L. „Die Jungs lassen alles stehen und liegen und tun ihre Pflicht. Wir kommen hierher, um unsere Arbeit zu tun, um Israel zu schützen.“ Obwohl es hier in den letzten Jahren trotz des syrischen Bürgerkrieges relativ ruhig war, sind alle Kämpfer sehr wachsam. „Denn es könnte jeden Moment losgehen“, wie mir der verantwortliche Offizier versichert.

Laut Leutnant L. haben die jüngsten Unruhen in Syrien kaum Auswirkungen auf die so empfindliche Grenze. „Aber ist der Feind überhaupt in der Lage bei solch winterlichem Wetter zu kämpfen?“, möchte ich wissen.

„Ich denke schon – deshalb sind wir auf sie vorbereitet“, antwortet Leutnant L.

Und während ich mit den Kämpfern der Alpinistim im tiefen Schnee zum Gipfel des Hermon-Berges weitermarschiere, erblicke ich all die Skifahrer und Besucher, die sich zu tausenden aufgemacht haben, um die herrlichen Winterangebote des Berg Hermon zu genießen.

Auf dem Gipfel des Berg Hermon, im Herzen der Golan-Höhen, hat man nicht nur eine herrliche Aussicht auf den See Genezareth und genießt, was hier in fast 50 Jahren seit 1967 aufgebaut wurde. Hier an dieser Achillesferse spürt man auch wie wichtig die „Augen und Ohren“ des jüdischen Staates sind.

Haifa, meine Perle am Mittelmeer

Eine Hymne auf Israels drittgrößte Stadt

Von Alexandra Margalith

Man sagt, es gebe in Israel drei Städte, die man besucht haben muss:

Tel Aviv (der Sünde wegen), Jerusalem (um dafür Buße zu tun) und Eilat, um sich von beidem zu erholen.

Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb die meisten Menschen, die nach Israel reisen, Haifa oft völlig übersehen. Dabei hat die nach Jerusalem und Tel Aviv drittgrößte Stadt Israels mehr zu bieten als man denkt. Mehr als Industrie, mehr als Chemikalien, sogar mehr als die Bahai-Gärten und den Tempel des Bap. Viel, viel mehr.

Saubere Strände

Die Ursprünge des Namens der Stadt sind umstritten. Eine Theorie besagt, der Name bedeute nichts anderes als „Hof Jafe“, hebräisch für „schöner Strand“. Und schön sind sie wirklich, die Strände von Haifa.

Im Gegensatz zu anderen Küstenstädten Israels und der Welt ist der Küstenstreifen von Haifa in weitesten Teilen nicht besiedelt. Die Stadt liegt auf dem Carmel-Berg und ist auf drei Seiten von Wasser umgeben. Weiße Strände von feinem Sand treffen dort auf Wasser in allen möglichen Blau-Variationen.

Da die Strände zumeist über keine Wellenbrecher verfügen und Wind und Wellen sich in der Bucht von Haifa besonders gerne tummeln, tummeln sich dort auch besonders gerne Surfer und Wellenreiter aus der ganzen Welt.

Und wer sich gerne seinen eigenen Fisch aus dem Wasser zieht, der steht entweder auf einem der Felsstreifen am Strand oder im seichten Wasser, und benötigt dafür noch nicht mal einen Blinker an der Angel. Das Wasser ist an vielen Stellen derart klar, dass man sieht, ob etwas angebissen hat oder nicht.

Bei den Einheimischen ist übrigens „Dado Beach“ am beliebtesten. Dort räkelt sich alles von Jung bis Alt in der ewigen Sonne, und zwar ohne Enge und das Gefühl, dass man die Füße des Sonnenanbeters hinter einem fast riechen kann.

Das San Francisco des Mittleren Ostens

Viele Menschen fühlen sich durch die hügeligen Straßen Haifas und den Blick auf die Bucht von Haifa an San Francisco erinnert. Aber die Parallelen sind nicht nur optischer Natur.

In Haifa hat sich in den letzten Jahren, insbesondere auch mit den Bemühungen des Bürgermeisters, die Stadt durch den Ausbau diverser Promenaden, eine sehr hippe Kunstszene entwickelt. Aus einem alten Hangar aus den 70er Jahren, dem sogenannten „Kartel“, wurde zum Beispiel ein mehrstöckiges Gebäude in dem Streetart, Musik und Designer ihr Zuhause gefunden haben. Die bekannten israelischen Streetart-Gruppen Ghostown und Broken Fingaz haben das Gebäude in eine Leinwand für internationale, wie auch lokale Künstler verwandelt, welche sich abwechselnd für eine gewisse Zeit darauf austoben können.

Und sogar eine Art Cable-Car hat Haifa, den Rachval. Allerdings fährt dieser nicht auf Schienen sondern ist eine Seilbahn, mit welcher man von der Promenade in Bat Galim bis zum Aus-



Ein Blick auf die Altstadt von Haifa

sichtspunkt am alten Karmeliterkloster Stella Maris fahren kann, von wo aus man einen wunderbaren Blick auf die Haifa-Bucht genießen kann.

Massada Street mit den Straßenmusikanten und Cafés ist ein Hipster-Hotspot, an dem man auch schon mal den Eindruck gewinnen kann, sich in Sausalito zu befinden.

Und wer den Hype mit etwas Historie verbinden will, dem sei die „Deutsche Kolonie“ empfohlen. Sie wurde um das Jahr 1868 von deutschen Templern errichtet und liegt am Ben-Gurion-Boulevard. Die historischen Gebäude sind alle restauriert und die Straße ist eines der Zentren des Nachtlebens von Haifa, in welchem sich Restaurants und Bars aneinanderreihen. Der Boulevard mündet übrigens in den Aufgang zu den Bahai-Gärten und gerade nachts, wenn diese hell erleuchtet sind, kann man ob deren unglaublicher Schönheit nur staunen.

Die Museen von Haifa

Wer es gerne historisch mag, der kann ins Museum für illegale Einwanderung der Juden nach Israel gehen. Wer es noch älter mag, dem sei das archäologische Hecht-Museum empfohlen, welches Ausstellungsstücke von der kanaanischen und bis zur byzantinischen Zeit zeigt. Wer es maritim mag, für den gibt es das IDF-Marine-Museum und das Maritime Museum. Wenn man Moderneres bevorzugt, empfiehlt sich MadaTech, das Museum für Wissenschaft, Technik und Raumfahrt. Selbst ein Museum für Japanische Kunst, ein Eisenbahnmuseum und ein Museum zur Produktion essbarer Öle kann man in Haifa finden. Darüber hinaus gibt es etliche Kunstmuseen und Galerien wie z.B. das Marc-Chagall-Haus.

Kurz – wer seine Zeit anstatt in der für israelische Verhältnisse sehr grünen Stadt im Freien oder in einem der zahl-

reichen kleinen Cafés verbringen will, der wird ein Museum finden, das auch ihn interessiert.

Atemberaubende Natur

Für Wanderer und Radfahrer ist der Carmel National Park ein absolutes Muss. Ob kurze Wanderwege oder längere Touren, die Landschaft, teils felsig und teils mit blühenden Anemonen, Schwertlilien und vielen anderen interessanten Gewächsen, lädt ein, dort einen ganzen Tag zu verbringen. Gerne auch zum Grillen oder einem Picknick an einem der vielen dafür vorgesehenen Plätze. Zudem bietet der Nationalpark reichlich atemberaubende Ausblicke über die Stadt.

Wer nicht unter Höhenangst leidet, der kann gerne auch über eine der hängenden Brücken des Neshar Parks laufen. Der gesamte Park ist ein kleines Juwel und auch dort gibt es Picknickplätze und Aussichtspunkte. Wem das Wandern allein nicht genügt, der kann sich aber auch an einem der vielen Sport- und Fitnessgeräte betätigen und sein Trainingsprogramm mitten in der herrlichen Natur absolvieren.

Verbindet man einen schönen Spaziergang gerne mit Kultur, so empfiehlt sich der „Park der Skulpturen“. Neben wechselnden Ausstellungen diverser Künstler kann man sich natürlich auch dort einfach hinsetzen und seinen Blick über die Landschaft schweifen lassen.

Von der Louis Promenade, ebenfalls auf dem Carmelberg, gelangt man nicht nur in viele der diversen Museen, man kann von dort aus bis nach Akko und Naharija und weiter bis nach Rosch HaNikra sehen.

Die Stadt der Koexistenz

Wenn sich irgendwo in Israel ganz deutlich zeigt, wie Juden und Araber friedlich nebeneinander und miteinander leben können, dann ist dieser Ort ganz eindeutig Haifa.

In Haifa lebt eine multiethnische und multireligiöse Bevölkerung. Die gut integrierte arabischsprachige Minderheit besteht zu ca. 4,5 % (an der Gesamtbevölkerung der Stadt Haifa) aus Christen, zu ca. 3,5 % aus Muslimen und zu ca. 1 % aus Drusen. Zu den Straßenschildern auf Hebräisch, Arabisch und Englisch gesellen sich eine Vielzahl solcher in kyrillischen Buchstaben. Etwa 25 % der Einwohner sind Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

Eine Vielzahl von Organisationen in Haifa widmet sich über die verschiedensten Kultur- und Lehrprogramme dem Zusammenbringen von ethnisch verschiedenen Menschen. So feiert die Stadt Haifa im Winter regelmäßig den „Feiertag der Feiertage“ in Wadi Nisnas gleichzeitig Hanukkah, Weihnachten und Ramadan. In Wadi Nisnas leben vorwiegend Christen, Muslime und Armenier. Angehörige aller Religionen aus Gegenden weit über Haifa hinaus treffen sich dort, um gemeinsam über Essen, Straßenkünstler und Ausstellungen ihre Kulturen zu feiern.

Beit HaGefen, eine 1963 entstandene Kultureinrichtung, liefert ganzjährig interkulturelle und interreligiöse Kunst und Kultur. Die dort unterhaltene Bibliothek bietet Bücher auf Hebräisch, Arabisch und Englisch an und „Al Karma“, die arabische Theatergruppe von Beit HaGefen, führt sowohl von arabischen als auch jüdischen Künstlern geschriebene Stücke auf.

Selbstverständlich schafft eine solche kulturelle Diversität auch eine erstklassige und breit gefächerte kulinarische Szene, welche für sich allein schon einen Besuch wert ist.

Mein Fazit

Haifa wird leider immer noch unterschätzt. Die Stadt lebt, sie erneuert sich und zeigt ein breites Bild der verschiedenen Seiten Israels. Und vor allem zeigt sie, wie gut sich all diese Seiten miteinander verbinden lassen.

Königsberg/Kaliningrad bekommt wieder ein jüdisches Gotteshaus

Der Millionär Wladimir Katzmann baut eine Synagoge in der alten Hauptstadt Ostpreußens

Von Viktor Schapiro

Wladimir Katzmann ist einer der erfolgreichsten Unternehmer in Kaliningrad/Königsberg.

Im Moment leitet er große Firmen, sitzt im Präsidium des Russischen Jüdischen Kongresses und ist außerdem Präsident des Festivals „Kaliningrad City Jazz“.

Und seit den letzten Jahren hat Herr Katzmann nun ein neues Projekt: Er baut in Kaliningrad eine Synagoge.

Das Projekt ist sehr symbolisch, weil das Gebetshaus auf der gleichen Stelle errichtet ist, wo die „Neue Schul“, die Neue Synagoge in Königsberg stand, die im August 1896 eingeweiht wurde und von den Nazis in der Kristallnacht am 9. November 1938 verbrannt worden war.

Die Fassade des neuen Gebäudes wird wie die des vorherigen Gotteshauses aussehen, das nach den Plänen der Architekten Wilhelm Cremer und Richard Wolfenstein errichtet wurde. Die Architekten haben acht Synagogen gebaut, von denen leider keine erhalten geblieben ist.

Wir unterhalten uns im Büro von Herr Katzmann – in dem Gebäude, wo früher das sowjetische Konsulat in Königsberg war, und sich jetzt das Restaurant „London“ und ein populärer Jazzklub befinden, die beide dem Geschäftsmann gehören.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was hat Sie bewogen ein solch grandioses Projekt zu übernehmen? Man erzählt, dass einmal ein Amerikaner mit der Idee nach Kaliningrad gekommen ist, das Geld für den Bau der Synagoge zu sammeln. Sie, Herr Katzmann, hätten ihm gesagt: wenn du willst, dann fang an zu bauen! Aber wenn du nicht willst, werde ich die Synagoge selbst aufbauen. War das so?

Wladimir Katzmann: Ja, es gab so einen Mann, Kaliningrader, beschäftigte sich mit Antiquitäten, lebte damals in den USA und hatte eine Galerie in New York auf 5 Avenue. Aber das ist eine alte Geschichte. Ich denke schon lange über die Synagoge nach. Wissen Sie, der Jude im Alter zwischen 40 und 45 denkt über seine geistigen Wurzeln nach – wenigstens war das so bei mir. In meinem Kindheit stand ich der Religion sehr fern, den ich komme aus einer streng kommunistischen Familie. Mein Großvater unterrichtete in Grosny am Lehrstuhl für Marxismus-Leninismus im berühmten Erdölinstitut.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sind Sie in Grosny, der Hauptstadt Tschetscheniens, geboren?

Ja, bin ich. Mein Großvater kommt aus Weißrussland, dort liegen meine Wurzeln – Bobrujsk, Mogilew, Mozyr. Einmal habe ich mich mit einem echten Schamanen getroffen, und der hat gesagt: „Ich sehe, dass deine Vorfahren sich aus Ungarn durch Deutschland, durch Königsberg nach Osten bewegten. Du bist nicht zufällig hier.“

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Erzählen Sie bitte von Ihrer Familie!

Meine Eltern und Großeltern sprachen noch Jiddisch. Der Großvater war sehr gebildet und ein sehr neugieriger Mensch.

Mein Onkel hat ihm von einer Dienstreise nach Pakistan den deutschen Transistorempfänger „Grundig“ mitgebracht, und der Großvater hörte damit die antisowjetischen Radiosender – „Voice of America“, „Stimme Israels“, „Radio Liberté“, „Deutsche Welle“ – und wachte am nächsten Morgen auf und unterrichtete

Marxismus-Leninismus.

Gefilte Fisch, leikach und andere jüdische Spezialitäten, alles gab es bei uns zu Hause, obwohl niemand in die Synagoge



Wladimir Katzmann betrachtet den Plan der Synagoge

ging. Wir haben nicht schlecht gelebt: meine Großmutter arbeitete im zentralen Kaufhaus, mein Vater und der Onkel waren immer satt und gepflegt. Mein Onkel leitete das Tschetschenische Schauspielhaus namens Chanpaschi Nuradilowa. Verstehen Sie? Ein Jude hat das Nationale Tschetschenische Theater geleitet!

Sie wissen, die Tschetschenen sind sehr freundlich und verhielten den Juden gegenüber gut.

Ich weiß, dass vor einigen Jahren mit der Unterstützung von Kadyrow in Grosny eine Synagoge gebaut wurde.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Bedeutet es, dass der Antisemitismus kein Grund für Ihre Abreise aus Tschetschenien war?

Der Grund war sehr einfach: Die Atmosphäre hat sich geändert, man konnte dort kaum leben. Ich erinnere mich, wie ich um fünf Uhr morgens von der Nachtschicht zurückkehrte – ich war im als leitender Angestellter im Bergbau tätig – und gehe über den Platz, wo sich Tausende Tschetschenen getroffen hatten. Die sind von den Bergen heruntergekommen und forderten die Unabhängigkeit. Dann begann die Gebetszeit – der ganze Platz ist auf den Knien, und ich bin der einzige Jude weit und breit. Da habe ich mich nicht wohlgeföhlt. Oder ein anderes Beispiel: ich wollte die Wohnung verkaufen, die mir mein Großvater hinterlassen hat. Es gab zwei Kaufinteressenten. Ich wollte die Wohnung günstig verkaufen. Der erste Kaufinteressent aber hat mich bedrohen, meine Frau ist fast aus dem Fenster gesprungen. Ich habe verstanden, dass man dort verschwinden muss.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Und so sind Sie nach Kaliningrad gekommen?

Mein Freund, ein Polizeimajor, ist nach Kaliningrad gekommen, um dort zu arbeiten. Ich bin ihm mit noch einem weiteren Freund gefolgt. Ich habe viele

Empfehlungsbriefe mitgebracht – das hat mir aber nicht geholfen. Ich hatte ein Angebot als einfacher Arbeiter anzufangen, nachdem ich in Grosny schon Vorge-

Damals habe ich mein Unternehmen erfolgreich verkauft, ich hatte ein Supermarkt-Kette – und hatte genug Geld, um mich mit diesen zwei ambitionierten Projekten zu beschäftigen – der Synagoge und dem Denkmal für die Opfer des Holocausts.

Das Denkmal wurde am 30. Januar 2011 geöffnet. Hier in Kaliningrad habe ich die Architektin Natalia Lorenz gefunden. Sie hat eine interessante Herkunft – die Mutter ist Jüdin, der Vater ist Deutscher. Ihre Energie und das Interesse bedeuteten für den Aufstieg dieser Projekte sehr viel. Wir fingen zusammen an einen international renommierten Maler für das Denkmal zu suchen.

Schließlich haben wir Frank Maisler, den berühmten israelischen Bildhauer und Juwelier ausgewählt, der aus Danzig nach England transportiert worden war als die Stadt wieder dem Deutschen Reich angegliedert wurde. Das Denkmal „Kindertransport“ in Berlin gehört zu seinen Arbeiten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Auf welcher Stufe ist der Bau der Synagoge gerade?

Wir stellen jetzt die Kuppel auf. Das Stadion, wo im Juni die FIFA-Spiele stattfinden werden, ist nicht weit weg, viele Menschen werden deshalb an der Synagoge vorbeigehen. Unter hohen FIFA-Mitarbeitern gibt es ebenfalls sechs Juden. Sie haben die Geschichte von unserer Synagoge erfahren und sagten, dass sie hier beten wollen. Die Rabbiner Alexander Boroda und Berl Lazar haben Wladimir Putin über unseren Bau informiert, und Putin hat gesagt: „Sehr gut, ich werde kommen, um das Stadion zu eröffnen, und ich werde auch die Synagoge eröffnen.“

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sind Sie bereit das Projekt selbstständig durchzuführen?

Ich muss jetzt dieses Kreuz... verzeihen Sie – Magen David – tragen.. ich habe schon mehr als zweieinhalb Millionen Euro in dem Projekt angelegt, und man braucht noch 5,5 Millionen Euro für die bleibenden Arbeiten. Die Geschäftsleute aus Kaliningrad werden gerne mitmachen – es ist doch eine gemeinsame Sache die Synagoge zu bauen. Wir planen so, dass der Name von jedem, der einen wesentlichen Beitrag leistet, auf seinem persönlichen Ziegel vermerkt wird. Nicht nur Kaliningrader, sondern auch andere jüdische Gemeinden und Bürger aus Deutschland können an unserem Crowdfunding teilnehmen. Jeder kann spenden so viel er will für seinen eigenen Ziegel.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Und wie kann man eine Spende aus Deutschland machen?

Seit kurzem gibt es die neue Webseite „Neue Synagoge in Königsberg“, die Adresse ist www.kldsynagogue.com. Dort gibt es den Kostenplan des Projekts, man kann den Beitrag einfach überweisen, dort sind auch alle bereits geleisteten Spenden gezeigt – von meinen 2.550.231€ bis zu anonymen 100 Rubeln.

Synagogue Construction Foundation in Kaliningrad (a nonprofit organisation)

SWIFT: SABRRUMM
SBERBANK, MOSCOW BIC 042748634
Account (EUR)
40703978720000000002
Transit Account
40703978020001000002

setzte des ingenieurtechnischen Dienstes gewesen war. Freunde haben mir empfohlen stattdessen ein eigenes Geschäft aufzumachen. Wir haben ein Café gemietet und haben mit heiße Sandwiches angefangen. So hat 1992 mein Leben in Kaliningrad angefangen.

Ich erinnere mich, Sie sind zu uns in die Gemeinde gekommen, um Matze zu bekommen. Woher wussten Sie überhaupt, dass Pessach vor der Tür steht und man Matze besorgen muss?

Mein Vater hat mir das alles erzählt, und ich versuchte alles zu erledigen. In Kaliningrad habe ich andere jüdische Geschäftsleute kennengelernt. Das half mir bei der Entwicklung meines jüdischen Selbstbewusstseins, und obwohl meine Mutter mir immer sagte „Du, der Jude, sollst nicht herausragen!“, hatte ich den Wunsch zu zeigen, dass ich anders war.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Den Charakter des Juden prägt die Mentalität des Volkes, unter dem er lebt. Vielleicht hat die „tschetschenische Erziehung“ Spuren hinterlassen?

Ja, wahrscheinlich. Tschetschenien war ein sehr guter Ort zum Leben, als wir noch dort wohnten. Aber der rebellische Geist lebte dort noch immer: das Denkmal von Jermolow (der zaristische General der russischen Truppen im Kaukasus) in der Mitte von Grosny wurde regelmäßig gesprengt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sprechen wir jetzt über das Denkmal für die Schoah-Opfer im ostpreussischen Städtchen Palmniken, das jetzt Yantarny heißt...

Als ich durch Kaliningrader Journalisten von der Erschießung tausender jüdischer Frauen an der Ostseeküste erfahren habe, wollte ich den Denkmal errichten, das ein Anziehungspunkt für Menschen verschiedener Generationen und verschiedener Nationalitäten sein sollte.

Eine couragierte jüdische Dichterin aus Pommern

Vor 100 Jahren starb die Poetin Hedwig Lachmann

Von Martin Stolzenau

Hedwig Lachmann emanzipierte sich als Jüdin und Frau schon früh und führte in der zu ihren Lebzeiten noch von Männern dominierten Welt in verschiedenen Großstädten Europas trotz aller Hemmnisse ein weitgehend selbstbestimmtes Leben. Sie wirkte als Erzieherin, Übersetzerin und Dichterin, war mit Berühmtheiten wie Richard Dehmel eng befreundet und mit dem jüdisch-sozialistischen Schriftsteller Gustav Landauer verheiratet. Dabei schuf sie herausragende Werke. Mehr noch. Hedwig Lachmann ist auch als engagierte Pazifistin überliefert, die gegen die nationalistische Kriegsbegeisterung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit allen Mitteln ankämpfte. Damit erreichte sie auch über ihren Tod vor 100 Jahren hinaus bis in die Gegenwart eine größere Nachwirkung, die sich bis in aktuelle Schriften niederschlägt, die ihr beispielhaftes Wirken beleuchten.

Hedwig Lachmann wurde am 29. August 1865 in Stolp in Pommern geboren. Sie war das älteste Kind von sechs Geschwistern. Ihr Vater entstammte einer Gelehrtenfamilie, fungierte als jüdischer Kantor sowie Religionslehrer, unterrichtete die Tochter umfassend und wechselte später mit seiner Familie nach Hürben, das heute als Ortsteil zur Kleinstadt Krumbach in Württemberg gehört. Ein weiterführender Bildungsweg war dem Mädchen verwehrt. Abitur und Studium waren für Mädchen nicht vorgesehen. Da sie aber die Fremdsprachen sehr gut beherrschte, machte Hedwig Lachmann aus der Not eine Tugend. Sie bestand als Fünfzehnjährige in Augsburg die Examen als Sprachlehrerin und erteilte anschließend Privatunterricht. 1882 ging die junge Frau als Erzieherin nach England, wo sie ihre Englisch-Kenntnisse weiter vervollkommnete und sich die englischsprachige Literatur im Original erschloss. Dazu gehörte auch das Werk von Oscar Wilde und Edgar Allan Poe.

Nach den intensiven Englandjahren arbeitete Hedwig Lachmann nacheinander in Dresden und Budapest als Erzieherin und Sprachlehrerin. Sie überwand alle



Hedwig Lachmann

Vorbehalte der Gesellschaft und setzte sich mit ihrem Sachverstand durch. Dazu kamen erste eigene Schreibversuche und Übersetzungen. Die hatte sie im Gepäck, als sie sich 1889 in Berlin niederließ. Die aufstrebende Reichshauptstadt entwickelte sich damals zu einem Kulturzentrum. Hier machte sie die Bekanntschaft vieler Künstler bis hin zum renommierten Schriftsteller Richard Dehmel und dessen Frau Paula. Dehmel förderte ihre Begabung und wünschte sich eine „Ehe zu dritt“. Das aber lehnte Hedwig Lachmann

ab, die sich stattdessen Gustav Landauer zuwandte, den sie 1899 bei einer Lesung im Hause Dehmels kennengelernt hatte.

Gustav Landauer war der Sohn eines jüdischen Schuhwarenhändlers aus Karlsruhe. Er entwickelte sich nach umfangreichen Studien zum „linken“ Intellektuellen, trat für einen „anarchistischen Sozialismus“ ein und wurde wegen „Ungehorsam gegen die Staatsgewalt“ mehrfach verhaftet. Hedwig Lachmann und Gustav Landauer wurden schnell ein Paar. Doch Landauer war verheiratet. Da sich dessen

Frau nicht scheiden lassen wollte, ging das Liebespaar nach England, wo beide als Übersetzer zusammenwirkten. Noch 1901 wurde Lachmanns Übersetzung von Oscar Wildes „Salome“ veröffentlicht, 1903 im Theater von Max Reinhardt in Berlin uraufgeführt und 1905 von Richard Strauss vertont. Nach Landauers lange verzögerter Scheidung heiratete das Paar schließlich in Berlin, wo Erich Mühsam für beide in Hermsdorf eine Wohnung vermittelte. Doch für den Unterhalt musste die junge Frau sorgen, denn Landauer erhielt als „linker“ Intellektueller mit anarchistischer Ausprägung und Differenzen mit der „Staatsgewalt“ keine Anstellung.

Sie übersetzte Lyrik sowie Prosa aus dem Englischen, Französischen, Italienischen sowie Ungarischen ins Deutsche, brachte ihren eigenen Lyrikband „Im Bilde“ heraus und zwei Töchter zur Welt. Ihre Gedichte beeindruckten durch gefühlsmäßige Bewegtheit und Formenstrenge. 1906 erschien dann die Biographie zu Oscar Wilde von ihr. Landauer indes hatte während eines Aufenthaltes in Ascona eine Liaison mit der Gewerkschafterin Margarethe Faas-Hardegger. Doch die Ehe hatte nach kurzer Krise weiterhin Bestand.

Hedwig Lachmann, die in ihrer politischen Orientierung stark von Landauer beeinflusst wurde, sorgte für das Familien-Einkommen. Ihr Mann widmete sich der Politik und gehörte zu den wenigen Vertrauten des geheimnisumwitterten Schriftstellers B. Traven. Er gründete den „Sozialistischen Bund“, gab die Zeitschrift „Der Sozialist“ heraus und verfasste bis zum Ersten Weltkrieg 115 „linke“ Texte über Kunst, Literatur, Philosophie und zu politischen Tagesfragen.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte das Paar einen sprichwörtlichen Feldzug gegen die Kriegsbegeisterung. Das Ehepaar bekannte sich öffentlich zum Pazifismus und brach auch mit engsten Freunden wie Dehmel, wenn diese den Krieg bejahten. Nach dem Tod der Mutter von Hedwig Lachmann in Krumbach übersiedelte das Paar während des Krieges in die württembergische Kleinstadt, wo die Ernährungslage noch erträglicher war als in Berlin.

Zum Krieg und den Existenznöten kam die eigene Krankheit. Die Dichterin litt zunächst unter der „Spanischen Grippe“, dann unter einer ausufernden Lungenentzündung und starb am 21. Februar 1918. Sie fand ihre letzte Ruhe auf dem Jüdischen Friedhof in Krumbach. Landauer litt unter dem Verlust, sorgte für die Veröffentlichung ihrer „Gesammelten Gedichte“ im Verlag von Gustav Kiepenheuer und stürzte sich erneut in die Tagespolitik.

Er gehörte der Regierung der Münchner Räterepublik an, wurde nach deren Niederschlagung verhaftet und durch Freikorpsverbände Anfang Mai 1919 ermordet. Seine Urne erlebte in den Folgejahrzehnten eine Odyssee. Ein Denkmal für ihn wurde nach 1933 zerstört. Erst 1946 bekam er auf dem Neuen Israelitischen Friedhof in Berlin auf Betreiben der Tochter Gundula eine endgültige Grabstelle. Die Dichtungen von Hedwig Lachmann erlebten 2003 unter dem Titel „Vertraut und fremd und immer doch noch ich“ einen Nachdruck.

(Weiterf. Lit.: Birgit Seemann: Hedwig Landauer-Lachmann. Dichterin, Antimilitaristin, deutsche Jüdin. Campus-Verlag. Frankfurt / Main / New York 1998) 16.01.2018

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Die Unfähigkeit, zu verstehen

Ina Hartwigs „Biographie in Bruchstücken“ über die Schriftsteller Ingeborg Bachmann und Paul Celan

Von Chaim Noll

Das Buch war gedacht als psychologische Studie über Ingeborg Bachmann, ihre Drogensucht, ihren Alkoholismus, ihren spektakulären Tod in Rom. Die berühmte österreichische Dichterin starb an den Folgen eines Wohnungsbrandes in einem Palazzo in der Via Giulia, nachdem sie versehentlich mit einer Zigarette ihr Bett in Brand gesetzt hatte, zugleich stand sie unter Einfluss von Alkohol und Psychopharmaka, deren plötzlicher Entzug ihren Körper schwächte. Dieses Sterben, das sich über drei Wochen hinzog, gehört seit Jahrzehnten zu den Lieblingsgeschichten des gehobenen intellektuellen Klatsches im deutschen Sprachraum, zu den viel verklärten Todesmythen der „Neuen Linken“.

Die bis heute die Dichterin für sich reklamiert. Trotz der oft konservativen Formensprache ihrer Gedichte und ihres weitgehend unpolitischen Auftritts gilt Ingeborg Bachmann als Ikone der 68er-Bewegung. Auch Ina Hartwig, eine deutsche Literaturwissenschaftlerin, folgt diesem Muster. Sie beginnt ihr Buch, geradezu konventionell, mit der Szenenfolge am Sterbebett, dem Auftreten verschiedener Freundinnen und Freunde der Dichterin. Deren Privatleben Gegenstand obsessiver Durchleuchtung, von deren Werk jedoch fast nirgendwo auf den 300 Seiten die Rede ist. Kaum wird daraus zitiert, selten auf einzelne Gedichte oder Texte verwiesen. Im Mittelpunkt dieser Biographie in Bruchstücken steht nicht die künstlerische Arbeit der hochbegabten, schon zu Lebzeiten legendären Dichterin, sondern ihre Beziehungen zu anderen – meist gleichfalls berühmten – Künstlern ihrer Tage.

Wenn dieses Buch nicht unter der Rubrik „Klatsch“ zu archivieren ist, liegt es an den Beziehungen selbst, die – wie gnadenlos man sie auch immer ausschaltet – den Charakter des Unschuldigen, des Bedeutenden wahren. Im Zentrum der Tragödie Ingeborg Bachmanns entdeckt Autorin Ina Hartwig – wie schon mancher andere – die unerfüllte, dramatische Liebesbeziehung zu dem jüdischen Dichter Paul Celan. Die Beziehung verlief mit Interruptionen, Phasen der Annäherung und Abstoßung, ja der Flucht voneinander (heute würde man – an derlei gewöhnt – von einer On-Off-Beziehung sprechen) und fand ihren Niederschlag in einem Briefwechsel über zwei Jahrzehnte, von 1948 bis 67.

Im Medium des schriftlichen Austauschs sind sich diese zwei zutiefst literarischen Menschen näher gekommen als in den schwierigen, von äußeren Problemen beeinträchtigten Tagen leiblichen Beisammenseins. Celan war kein einfacher, kein umgänglicher, er war vielleicht überhaupt kein Partner. Seine Einsamkeit empfand er als unvermeidlich, sogar als obligat, nachdem die Nazis seine Eltern und andere Angehörige umgebracht hatten. Dieser empfindsame Überlebende hat das Grauen der Vernichtungslager in die kühl wirkenden Verse seiner berühmten Todesfuge gefügt, eines heute weltberühmten Gedichts, und damit – nebenbei – Adornos despoti-



sches Diktum widerlegt, man könne „nach Auschwitz keine Gedichte mehr schreiben.“

Der in Paris lebende Celan war ein behandlungsbedürftiger, nach dem

Ingeborg Bachmann war Zeugin, wie Celan von der versammelten „Gruppe 47“, der damals maßgeblichen deutschen Literatenvereinigung, gedemütigt und verhöhnt wurde, als

„Es fehlen heute in Deutschland 50.000 literarisch interessierte Juden, die es vorher gab.“

Verlust seiner im Holocaust ermordeten Familie zutiefst verstörter junger Mann, heimgesucht von depressiven und paranoiden Anwandlungen, dessen tragisches Ende – er ertränkte sich 1970 in der Seine – nicht nur einer, sondern einem ganzen Komplex von Ursachen zuzuschreiben ist. Er war schon zuvor – wegen der für seine Familie gefährlichen Anfälle – in die Psychiatrie eingewiesen worden. Hier kamen immense dichterische Begabung – aber ausgerechnet auf die für Juden problematische deutsche Sprache fixiert – und eine durch den Holocaust verletzte Charakterstruktur zusammen, dazu enttäuschende, erniedrigende Erlebnisse im deutschen Literaturbetrieb.

er dort im Mai 1952 zum ersten und einzigen Mal auftrat und die Todesfuge vortrug. So geschehen auf der Jahrestagung der Gruppe in Nienendorf bei Lübeck. Die dummen Reaktionen führender deutscher Literaten auf dieses Gedicht reichten von der Behauptung Hans Werner Richters, Celan lese „wie Goebbels“, bis zur verächtlich gemeinten Bezeichnung „Synagogen-Singsang“ oder höhnischem Nachsprechen der berühmten Anfangszeile „Schwarze Milch der Frühe...“ Es war ausgerechnet Ingeborg Bachmann, die Celan zum Lesen der Todesfuge angeregt hatte. Der empfindliche Celan gewann außerdem den Eindruck, sie sei in der rituellen Diskussion des vorgetragenen Textes

– von der „Gruppe 47“ als demonstrativ demokratisches Element im deutschen Nachkriegs-Literaturbetrieb eingeführt – nicht wirklich, bis zum Risiko eines Bruchs mit der Gruppe, für ihn eingetreten. Er heiratete jedenfalls noch im selben Jahr eine andere Frau, die französische Comtesse Gisèle de l'Estrange. Mit Ingeborg Bachmann gab es weiterhin Begegnungen und einen ausgedehnten, poetisch-intimen Briefwechsel.

Die in Rom lebende Dichterin schrieb kurz nach Celans Selbstmord, zwei Jahre vor ihrem eigenen tragischen Tod, in ihrem autobiographischen Roman Malina: „Mein Leben ist zu Ende, denn er ist auf dem Transport im Fluss ertrunken, er war mein Leben. Ich habe ihn mehr geliebt als mein Leben.“

Nach Ina Hartwigs Behauptung soll Hans Werner Richter wegen seiner bornierten, Celan schockierenden Reaktion auf die Todesfuge später Gewissensqualen empfunden haben, doch die betreffende Stelle in Richters Tagebüchern, die sie im Anhang zitiert, erweckt eher den Eindruck, der deutsche Fischersohn Richter hätte nicht wirklich begriffen, warum der Jude Celan ihm, wie er schreibt, „nie verziehen“ hätte. Nur, weil Ingeborg Bachmann und Ilse Aichinger ihn „unter wahren Tränenströmen immer wieder“ bedrängten, hätte er sich schließlich bei Celan für die höhnischen Bemerkungen entschuldigt, die er selbst als „ganz nebenbei und jede Absicht“ darstellt.

Auch der Literaturkritiker Helmut Böttiger versuchte in einem 2012 erschienenen Buch, den Eklat in Nienendorf nachträglich herunterzuspielen, so durch das Argument, Celan hätte für seine Gedichte immerhin den „dritten Preis“ bei der Wertung durch die „Gruppe 47“ erhalten. Was den Dichter, der sich – zu Recht – für erst- und nicht drittklassig hielt, eher noch tiefer erbittert haben dürfte.

Ob das unglückselige, missverständliche, zunehmend inflationierte Wort „Antisemitismus“ auf das Verhalten der deutschen Kollegen zutrifft, wie andere Autoren urteilen, wage ich dennoch zu bezweifeln. Eher war es Beschränktheit, Unverständnis, eine Unfähigkeit zu verstehen, die Celan aus dem deutschen Literaturbetrieb entgegenschlug. Und die er, fern von jeder Leichtigkeit im Umgang mit dem für seine Familie so schicksalhaften Volk, zu schwer nahm. Oder es war eine so tief sitzende Judenverachtung, dass sie den davon Erfassten nicht mal bewusst war. Sie hätten diesen Vorwurf entrüstet zurückgewiesen, wie sie es auch heute tun. Vom geschäftlichen Standpunkt sah Hans Werner Richter durchaus, was Deutschland mit seinen Juden verloren hatte. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel begründete er im September 1952 das Fiasko einer von ihm herausgegebenen Literaturzeitschrift mit dem Mangel eines literaturverständigen deutschen Publikums:

„Es fehlen heute in Deutschland 50 000 literarisch interessierte Juden, die es vorher gab.“

Ina Hartwig,
Wer war Ingeborg Bachmann?
Eine Biographie in Bruchstücken.
Frankfurt, S. Fischer, 2017

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis

(Zusendung inbegriffen)

Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
 - a) in Berlin M. —,50.
 - b) nach auswärts M. 1,—
 - c) für das Ausland M. 1,50.
2. im Postabonnament M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,50.

Postzeitungsliste No. 3944.

Inserate
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbollagen
15 M.



Organ



der

Zionistischen Vereinigung

für

Deutschland.

Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:

Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin E 22, Bl. Justizstrasse Nr. 49a.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:

Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW, 40,
Lehrterstrasse 14/15.

Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4—6 Uhr

No. 8.

Berlin. 20. Februar 1903. 23. Schebat 5663.

VIII. Jahrgang.

Prozess Nardenkötter.

Wir sehen, wie viele unserer Leser ungläubig mit dem Kopfe schütteln, ob sie richtig gelesen haben. Sollte die „Jüdische Rundschau“ wirklich Veranlassung nehmen, über den Fall Nardenkötter zu schreiben, der uns als Juden gar nichts angeht? Hat vielleicht aber die Rundschau gar die Laune bekommen, in Abwehr des Antisemitismus zu machen, und fein vorzubeugen der gewiss nicht ausbleibenden antisemitischen Ausbeutung dieses Falles? Es ist doch ganz gewiss, dass kein antisemitisches und mit den Antisemiten in dasselbe nationale Horn blasendes Blatt versäumen wird, über den Oberwindler Nardenkötter fortzusehen und an den Schandpfehl nur den Arzt mit dem jüdisch klingenden Namen zu stellen. Nun, wir haben keineswegs die Absicht, uns mit Leuten herumzuschlagen, die aus Geschäftsrücksichten und aus blindem Hass, ein ganzes grosses Kulturvolk zu den Menschenfressern werfen, und halten uns für viel zu gut, uns gegen solche Angriffe zu verteidigen. Also nicht das ist das Interesse, das wir als jüdische Zeitung an dem Sensationsprozesse nehmen, der soeben in Moabit zu Ende geführt wurde.

Wir fragen uns aber, wie kann es kommen, dass ein Arzt, der, nach seinem Namen zu schliessen, wenn ein solcher Schluss zulässig ist, ein jüdischer Arzt ist, so tief sinken kann, dass er zum Helfershelfer eines Kurpiuschers wird, zu dessen willenslosen Sklaven und Werkzeug er sich blindlings macht. Wir haben noch nichts von der altjüdischen Hochachtung vor dem Richterspruche eingebüsst, wie wir es bei unsern Umwohnern leider täglich erblicken müssen. Für uns hat der Richterspruch etwas Heiliges, selbst wenn wir zugeben müssen, dass schliesslich auch ein Richter irren kann. Aber gerade bei der grossen Achtung, die wir dem Erkenntnis des urteilfindenden Richters entgegenbringen, fühlen wir uns doppelt veranlasst zu fragen: Wie kam es, wie kann es kommen, dass ein jüdischer Arzt eine so schwere Schuld auf sich lädt, dass gegen ihn auf Ehrverlust erkannt werden musste?

Die einzige richtige Entschuldigung, die der Angeklagte und nunmehr Verurteilte vorgebracht hat, war die „bittere Not des Lebens“. Es ist, wie es im Urteil heisst, dem Gerichtshof nicht ganz klar geworden, ob bei ihm wirklich ernste Not vorgelegen hat, und er hat

deshalb angenommen, dass es die Bequemlichkeit des Lebens gewesen ist, die ihn zu Nardenkötter hingezogen hat. Dieses Bequemlichkeitsstreben findet seinen zahlenmässigen Ausdruck in einem Monatsgehalt von 150 Mk. bei täglicher Kündigung. Und der Gerichtshof musste so urteilen, denn die bittere Not von hunderten von jüdischen Aerzten ist ein in den weitesten Kreisen unbekanntes Gebiet. Es ist kein Zufall, dass sich auf das Inserat Nardenkötters mehr als 75 Aerzte gemeldet haben, und es ist die Vermutung nicht abzuweisen, dass sich eine unverhältnismässig grosse Zahl von Juden darunter befand. Laufen doch viele Hunderte von jüdischen Aerzten auf den Strassen der Grossstadt herum, die mit einer Not des Lebens kämpfen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Und man darf es diesen Leuten nicht verdenken, dass sie nicht, wie es in Amerika der Fall sein würde, zur Handarbeit greifen. Denn in unserm schönen dezent-zivilisierten Europa, in dem man das Lob des Arbeiters und der Arbeit schon in den Kinderschulen in allen Tönen singt, würde der studierte Mann, der einmal Lasten getragen oder Strassen gefegt hätte, ein für alle Male „der Standesehre“ verlustig gegangen und „drunter durch“ sein.

Der jüdische Aerztestand wird, so weit es sich nicht um einige hervorragende Grössen handelt, die über ein gewaltiges Kapital der Intelligenz und Geschicklichkeit verfügen, immer mehr proletarisiert. Und es ist ein ganz grossartiges Zeugnis für die jüdischen Aerzte, dass bei der entsetzlichen Not, die unter ihnen herrscht, sich nur ein einziger fand, der seine Standesehre vergessen und verlassen hat. Die systematische Zurückdrängung des Juden aus den Beamtenstellen — Subalternbeamte werden sie ja überhaupt niemals trägt die Hauptschuld, dass immer mehr Juden gezwungen werden, sich dem medizinischen Studium und der Advokatur zuzuwenden. Dieselben Kreise, die „Mittelstandspolitik“ treiben, sind es, die alles tun, um den jüdischen Mittelstand auch unter den Studierten zu vernichten. Man glaube aber ja nicht, dass nur der Jurist und der Mediziner unter der systematischen Verdrängung der Juden zu leiden haben. Dem Techniker, dem Chemiker und allen den in praktischen Berufen tätigen Juden wird ihre Existenz als Mittelstand unmöglich gemacht. Sind sie reich, nun — der reiche Jude war dem

Der erfinderische Konsul Lutz

Die Rolle des schweizerischen Diplomaten Carl Lutz bei der Rettung der ungarischen Juden

Von Matthias Dornfeldt

„Wenn ich schon in meinem ganzen Leben schweigen musste, sollte alles, was ich Gutes und Schlimmes erlebt habe, mindestens nach meinem Tod an die Öffentlichkeit gebracht werden, damit in meiner Heimat daraus die Lehren für kommende Generationen gezogen werden können.“

Carl Lutz

Diplomaten genossen während des Zweiten Weltkrieges einen privilegierten Status in den Ländern, in denen sie akkreditiert waren. Dies versetzte sie in die einmalige Lage, von der Ausrottung bedrohten jüdischen Verfolgten und Flüchtlingen bedeutende Hilfe zu gewähren. Viele Diplomaten nutzten allerdings jede mögliche Interpretation der offiziellen Vorschriften aus, Juden die Einreise in ihre Länder zu verweigern. Es gab aber auch einige wenige Beispiele von Diplomaten, die bereit waren, den Bedrohten zu helfen und sie vor dem sicheren Tod in den Gaskammern zu bewahren.

Nach israelischen Angaben wurden an die 200.000 Juden während der Schoah durch elf nicht-jüdische Diplomaten, unter ihnen der Schweizer Carl Lutz, vor dem sicheren Tod durch die Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reiches unter Führung Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers gerettet. 1985 erkannte die israelische Holocaust-Gedenkstätte Carl Lutz als einen der „Gerechten unter den Völkern“ an. Die Kriterien dafür sind hoch, denn die Gefährdung von Diplomaten bei Rettungsaktionen für Juden waren geringer als bei anderen Menschen, genossen sie als Vertreter ausländischer Regierungen doch Immunität und Impunität. Deshalb mussten Diplomaten gegen die ausdrücklichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten gehandelt und die Gefährdung ihrer eigenen Karriere riskiert haben. Zudem ist die Anzahl der Geretteten relevant.

Der Schweizer war plötzlich Vertreter mehrerer Länder

Carl Lutz, am 30. März 1895 in Walzenhausen im Kanton Appenzell in einer sehr religiösen Familie geboren, war bereits 1920 in den konsularischen Dienst der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingetreten. Er war zuerst an der Botschaft der Schweiz in Washington tätig und wurde 1926 Sekretär am Konsulat der Schweiz in Philadelphia (Pennsylvania). 1934 kehrte er in seine Heimat zurück und heiratete ein Jahr später Gertrud Frankhauser. Ihre Hochzeitsreise unternahm das Paar in das britische Mandatsgebiet Palästina, wo Lutz beim Schweizerischen Konsulat in Jaffa eine Stelle angeboten wurde. Er sagte zu und übernahm allmählich den Aufgabenbereich des ehemaligen Honorarkonsuls der Schweiz, und als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde er nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und dem Deutschen Reich im Rahmen der schweizerischen Schutzmachtstätigkeit mit dem Dienst für fremde Interessen Berlins beauftragt. 1941 reiste er zur ärztlichen Behandlung und auf Urlaub in die Schweiz zurück und vertrat im Anschluss für kurze Zeit nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht die Interessen des

Königreiches Jugoslawien in der Reichshauptstadt Berlin.

Nachdem Lutz als schweizerischer Diplomat in den Vereinigten Staaten und Palästina umfangreiche Erfahrungen sammeln konnte, wurde ihm am Anfang des Jahres 1942 die Leitung der Abteilung „Fremde Interessen“ der Schweizerischen Gesandtschaft in Budapest übertragen. Sein Büro befand sich im Gebäude der US-Gesandtschaft am Freiheitsplatz und hatte neben ihm weitere 18 Mitarbeiter. Er war für die Vertretung der Interessen der USA, nachdem Budapest Washington den Krieg erklärt hatte, was am 13. Dezember 1941 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten führte, des Vereinigten Königreiches und zehn weiteren Staaten zuständig. Seine Hauptaufgaben bestanden in der Betreuung der Staatsangehörigen der Länder, deren Interessen er wahrnahm und dem Schutz der zahlreichen Immobilien dieser Staaten.

Allerdings waren seine Kompetenzen begrenzt. Er konnte bei auftretenden Problemen keine Entscheidungen fällen und abgelaufene Pässe der von ihm vertretenen Staaten nicht verlängern. Alle Angelegenheiten wurden über das EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten) in Bern an die betroffenen Länder weitergeleitet und über diesen Dienstweg nach einem langen Entscheidungsprozess in der jeweiligen Angelegenheit an Carl Lutz zurück.

Innerhalb von kurzer Zeit nach seiner Ankunft in der ungarischen Hauptstadt gelang es ihm, ausgezeichnete Kontakte zu Mitarbeitern des ungarischen Außenministeriums, zur Deutschen Botschaft sowie zu zionistischen Organisationen zu knüpfen. Ein deutscher Diplomat ließ Lutz Geheimdokumente bezüglich bevorstehender Aktionen der SS und der Deportation von Juden zukommen und unterstützte somit seine Aktionen. Er verhandelte mit Adolf Eichmann und dem deutschen Gesandten in Ungarn, Edmund Veessenmayer. Nach den Massakern an Juden in Ujvidek (Novi Sad/Neusatz) und Kamjanetz-Podilsk sowie der fast vollständigen Deportation der ungarischen Juden außerhalb Budapests stand für Carl Lutz fest, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die in Budapest verbliebenen jüdischen Menschen zu retten. So überreichte er der vom Pfeilkreuzlerführer Ferenc Szalasi geführten Regierung ein Memorandum, worin er unter Berufung auf den US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt im Fall der Verübung weiterer Gräueltaten die persönliche Bestrafung der Verantwortlichen deutlich machte. Die zeigte unmittelbare Wirkung und die Deportationen sowie Verschleppungen ließen merklich nach. Carl Lutz half nicht nur den aufgrund ihrer Konfessionszugehörigkeit Verfolgten, sondern auch Mitgliedern „linker“ Bewegungen und Parteien.

Aus Ungarn werden Staatsangehörige des britischen Mandatsgebiets Palästina

Der schweizerische Diplomat erarbeitete vielfältige Methoden der Menschenrettung, wobei er darauf achtete, dass die von ihm ausgegebenen Dokumente mit dem internationalen Recht nicht in Konflikt standen. Lutz und sein Mitarbeiter

Miklos Krausz entwarfen das Formular zum Schutzpass, das Grunddokument des Kollektivreisepasses, sowie den Schutzbrief, der nicht nur Personen schützte, auf deren Namen er ausgestellt war, sondern auch Menschen, die in der gleichen Räumlichkeit mit ihr lebten. Die Hilfsaktionen mussten legitimiert werden. Carl Lutz und seine Mitarbeiter transformierten ungarische Staatsangehörigkeiten in die anderer Staaten. Dazu war das „Palästina-Zertifikat“ am besten geeignet. Er erreichte in Verhandlungen mit den ungarischen und deutschen Behörden, dass alle Personen, auf deren Namen ein Auswanderungspapier für Palästina ausgestellt war, als palästinensische Staatsangehörige galten und als solche unter dem Schutz des Vereinigten Königreiches standen, obwohl sie keinen Pass besaßen.

Der schweizerische Kollektivpass ist ebenfalls die Erfindung von Carl Lutz. In diesem Dokument wurden ganze Familien, mit Namen, Geburtsjahr und Passbild aufgelistet. Der erste Kollektivpass wurde am 29. Juli 1944 ausgestellt und berechtigte 967 Personen zur Ausreise.

Eine weitere lebensrettende Maßnahme von Konsul Lutz war die eigenartige Nummerierung der von seiner Abteilung ausgegebenen Schutzpässe. Das Ziel war, dass ungarische und deutsche Dienststellen verwirrt wurden und die vom ungarischen Ministerrat am 26. Juni 1944 genehmigte Erteilung von 7.800 Auswanderungszertifikaten für Juden nach Palästina der Zahl nach scheinbar erhalten blieb, jedoch durch veränderte Buchstabenkombinationen mehrere Reihen à 7.800 Zertifikaten ausgegeben wurden.

Die Zahl der von Lutz geretteten Personen wird auf 60.000 bis 62.000 Personen geschätzt. Vermutlich stellte er ca. 50.000 Schutzbriefe aus, deren Träger in 17 Wohnstätten in Budapest untergebracht gewesen sind. Die Schweizer kollektiven Auswanderungspässe und auch die massenhaft ausgestellten Schweizer Schutzpässe zeigen, dass selbst in dunklen Zeiten die Gefühle einzelner das Schicksal von vielen Menschen beeinflussen können. Eine Direktive zur Menschenrettung hatte der schweizerische Philanthrop nicht erhalten, die Anweisung dazu gab ihm sein Gewissen. Bei seiner Tätigkeit wurde Lutz ab Oktober 1944 vom schweizerischen Geschäftsträger Harald Feller und dem IKRK-Delegierten Friedrich Born aktiv unterstützt.

Nach der Befreiung Budapests durch die Rote Armee kehrte Konsul Lutz in die Eidgenossenschaft zurück und blieb auch weiterhin beim EDA tätig, obwohl er von offizieller Schweizer Seite wegen Kompetenzüberschreitungen bezüglich seiner lebensrettenden Einsätze stark kritisiert wurde und ihm deshalb gebührende Anerkennung und Karrierechancen verwehrt blieben. Er beendete seine berufliche Laufbahn als Generalkonsul im österreichischen Bregenz und verstarb in seinem 80. Lebensjahr am 13. Februar 1975 in Bern.

Der tiefgläubige, zurückgezogen lebende und auf puritanische Weise einfache Lutz machte ohne Beauftragung, was er tat. Er sehnte sich nicht nach Auszeichnungen und wollte nicht



Carl Lutz

im Rampenlicht stehen, doch in den Nachkriegsjahren erfüllte ihn mit Bitterkeit, dass seine Verdienste in seiner Heimat vergessen wurden. Dreimal war er Kandidat für den Friedensnobelpreis, erhalten hat er ihn nie. Erst 1958 würdigte der Nationalrat auf Initiative von Bundesrat Dr. Feldmann seine lebensrettenden Aktionen in Budapest.

Das Beispiel von Carl Lutz zeigt, dass auch in Zeiten des organisierten Terrors gegen Minderheiten durch einen entschlossenen Widerstand gegen die Befehlshaber tausende Menschenleben gerettet werden können. Lutz begründete seine Handlungen damit, dass wenn Staaten das Recht verletzen, um zu töten, solle es wenigstens ein Land geben, nämlich die Schweiz, dass internationale Regeln nur darum übertrete, um Menschen das Leben zu retten.

Carl Lutz schrieb rückblickend über seine Mission in Budapest unter anderem: „Insgesamt kann gesagt werden, dass dies die einzige erfolgreiche Aktion während des Krieges war, eine auf breiter Basis durchgeführte Aktion, für deren Gelegenheit ich sehr dankbar bin. Sicherlich ist die Tatsache, dass ich einen Teil meines Besitzes opfern musste, eine bittere Erfahrung. Während unser Haus 48 Stunden über unseren Köpfen brannte, wurde ein Großteil meiner Möbel zu Asche, die russischen Soldaten nahmen meinen Wagen...Ich möchte erwähnen, dass meine Regierung nur ein Drittel meiner Verluste ersetzt hat, mit der Erklärung, dass ich in Budapest gewesen sei, um für die Sicherheit der Juden zu arbeiten.“

Am 5. Juli 1991 wurde ihm zu Ehren in Budapest ein Denkmal eingeweiht, das erste Mal, dass außerhalb der Schweiz einem Berner Diplomaten diese Würdigung seiner Leistungen zu teil wurde. Die in der Pester Innenstadt aufgestellte Statuengruppe, das Werk des ungarischen Bildhauers Tamas Szabo, ist durch Sammlungen in der Schweiz und Ungarn finanziert worden. Sie stellt nicht nur Carl Lutz, sondern seine damals mit ihm in Ungarn wirkenden Schweizer Mitarbeiter dar. Die Initiative zur Errichtung des Denkmals ging von ungarischer Seite aus und führte in der Schweiz zur Wiederentdeckung des Philanthropen und seiner humanitären Tätigkeit.

Israel-Jahr 2018: Die große Rede Golda Meirs in Chicago

Aus unsere Reihe zu 70 Jahren Israel

Von Stefan Frank

Am 29. November 1947 feierte der Jischuw – die Juden in Palästina – die Resolution der UN-Generalversammlung zur Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat.

Doch David Ben-Gurion, der Vorsitzende der Jewish Agency, wusste, dass kein Land der Welt den Teilungsplan gegen die Waffengewalt der Araber durchsetzen würde. Er wusste ebenfalls, dass der Jischuw es bald nicht nur mit den Überfällen bewaffneter arabischer Banden zu tun haben würde – die Ende 1947 alltäglich waren –, sondern mit Armeen, die über Panzer, Flugzeuge und Artillerie verfügten. Ende November rief er Ehud Avriel in sein Büro, der für Waffenkäufe in Europa zuständig war, und sagte zu ihm: „Wir müssen unsere Taktik ändern.“ Es sei nicht ausreichend, weiter wahllos irgendwelche Waffen ins Land zu schmuggeln. Wie überliefert ist, soll Ben-Gurion einen zusammengefalteten Zettel aus seiner Hemdtasche gezogen haben, auf dem stand, was er wünschte: 10.000 Gewehre, 2,5 Millionen Patronen, 500 Maschinenpistolen, 100 Maschinengewehre. Das zu beschaffen, war nicht leicht; die Vereinigten Staaten hatten ein Waffenembargo gegen die ganze Region verhängt, das vor allem die traf, die noch keine Waffen hatten: die Juden. In der Tschechoslowakei ließen sich – mit Stalins Einverständnis – Waffen besorgen, doch wie sollten sie bezahlt werden? Das Geld konnte nur von Juden aus der Diaspora – aus Amerika – kommen.

Der bei der Jewish Agency für Finanzen zuständige Eliezer Kaplan wurde entsandt, in den USA Spenden in Höhe von sieben Millionen Dollar zu sammeln. Anfang Januar 1948 kehrte er zurück – mit leeren Händen. Bei einem Treffen der Jewish Agency in Tel Aviv erklärte er, es sei nicht möglich gewesen; die amerikanischen Juden hätten das Gefühl, während des Krieges und danach bereits genug gegeben zu haben.

Ben-Gurion „brodelte“, erinnerte sich Golda Meyerson (später Golda Meir), die Vorsitzende der politischen Abteilung der Jewish Agency, später. Ben-Gurion erklärte, er werde selbst in die Vereinigten Staaten reisen. Oft hat Golda Meir später erzählt, was sie daraufhin zu ihm sagte: „Was du hier tun kannst, kann ich nicht tun, aber was du in den Vereinigten Staaten tun kannst, kann ich tun.“ Es wurde abgestimmt. Am 13. Januar schrieb Ben-Gurion in sein Tagebuch: „Es wurde beschlossen, dass Golda nach Amerika reist.“

In ihrer kürzlich erschienenen Biografie Golda Meirs kommentiert Francine Klagsbrun: Meirs eigener späterer Erinnerung nach sei sie unverzüglich nach Amerika gereist, ohne vorher auch nur in ihre Wohnung in Jerusalem zurückzukehren, um sich umzuziehen und einen Koffer zu packen. „In Wirklichkeit“, so Klagsbrun, „reiste sie nicht vor dem 22. Januar ab, neun Tage später. Sie war lange genug in Palästina, um von dem Gemetzel an 35 Haganah-Männern zu erfahren, die meisten von ihnen Studenten der Hebräischen Universität aus prominenten Familien des Jischuw.“ Arabische Kräfte hatten die Straße zum Etzion-Block, einer Gruppe von Siedlungen südlich von Jerusalem, abgeschnitten, und die jungen Männer machten sich zu Fuß auf den Weg, durch die Hügel, um die Straße zu umgehen und die eingekesselten Menschen mit Proviant zu versorgen. Ein arabischer Schafhirt



Golda Meir 1948 bei ihrer Ankunft in den USA.

bemerkte sie, rasch wurden sie von Hunderten Dorfbewohnern angegriffen. Der Kampf dauerte sieben Stunden. Als der letzte Mann tot war, verstümmelten die Araber die Leichen. „Das Gemetzel an den jungen Männern war ein schwerer Schlag für den Jischuw“, so Klagsbrun, Verzweiflung und Pessimismus machten sich breit. „In Jerusalem traf Golda die schmerzgeplagten Eltern, teilte ihre Trauer und ihre Tränen. Sie würde die Geschichte mit sich in die Vereinigten Staaten tragen.“

Goldas Familie war 1906 von der Ukraine in die USA ausgewandert. Ihre Schwester Clara lebte 1948 in Bridgeport, Connecticut und war dort Vorsitzende des Wohltätigkeitsvereins Jewish Federation. Sie begrüßte Golda in den USA und schlug ihr vor, eine Rede vor dem Dachverband, dem Council of Jewish Federations and Welfare Funds, zu halten, der für Ende Januar eine Veranstaltung im Sheraton-Hotel in Chicago geplant hatte, zu der zahlreiche Mäzene erwartet wurden. Es gelang, Golda kurzfristig Redezeit am 25. Januar einzuräumen. „Sie hielt ihre Rede ohne Notizen“, schreibt Klagsbrun, „die von ihr favorisierte Form der öffentlichen Rede.“

Die Rede

„Ich hatte das Privileg, das Judentum Palästinas in diesem Land und in anderen Ländern zu repräsentieren, als die

Probleme, denen wir gegenüberstanden, derart waren, mehr Kibbuzim zu bauen und mehr Juden ins Land zu bringen, trotz der politischen Hindernisse und der arabischen Gewaltausbrüche. Wir hatten immer das Vertrauen, dass wir am Ende gewinnen würden, dass alles, was wir in dem Land tun, zur Unabhängigkeit des jüdischen Volkes und zu einem jüdischen Staat führen würde.

Lange, bevor wir es gewagt hatten, dieses Wort auszusprechen, wussten wir, was auf uns wartete. Heute haben wir einen Punkt erreicht, wo die Nationen der Welt uns ihre Entscheidung gegeben haben – die Gründung eines jüdischen Staates in einem Teil Palästinas. Jetzt kämpfen wir in Palästina, um die Resolution der Vereinten Nationen Wirklichkeit werden zu lassen, nicht, weil wir hätten kämpfen wollen. Wenn wir die Wahl gehabt hätten, hätten wir Frieden gewählt, um in Frieden zu bauen.

Freunde, wir haben in Palästina keine Alternative. Der Mufti und seine Männer haben uns den Krieg erklärt. Wir müssen um unser Leben kämpfen, um unsere Sicherheit und für das, was wir in Palästina erreicht haben, und vielleicht mehr als alles andere müssen wir für die jüdische Ehre und jüdische Unabhängigkeit kämpfen. Ohne Übertreibung kann ich euch sagen, dass die

jüdische Gemeinschaft in Palästina dies gut macht. Viele von euch haben Palästina besucht; ihr alle habt von unseren jungen Leuten gelesen und habt eine Vorstellung davon, wie unsere Jugend ist. Ich kenne diese Generation seit 27 Jahren. Ich dachte, ich würde sie kennen. Jetzt erkenne ich, dass nicht einmal ich sie kannte.

Die jungen Knaben und Mädchen, viele von ihnen Teenager, tragen die Last dessen, was in unserem Land geschieht, mit einem Geist, den Worte nicht beschreiben können. Ihr seht diese Jugendlichen in offenen Autos – nicht in gepanzerten Fahrzeugen – in Konvois, die von Tel Aviv nach Jerusalem fahren, im Wissen, dass jedes Mal, wenn sie von Tel Aviv oder Jerusalem losfahren, wahrscheinlich Araber hinter den Orangenainen oder den Hügeln sind, die darauf warten, den Konvoi aus dem Hinterhalt zu überfallen.

Diese Jungen und Mädchen haben die Aufgabe, Juden in Sicherheit über diese Straßen zu begleiten mit einer Selbstverständlichkeit akzeptiert, als wenn sie zu ihrer täglichen Arbeit oder einem Seminar an der Universität gehen würden.

Wir müssen die Juden überall auf der Welt auffordern, uns als die Frontlinie zu betrachten.

Alles, was wir von den Juden überall

auf der Welt, und vor allem von denen in den Vereinigten Staaten, verlangen, ist, uns die Möglichkeit zu geben, unseren Kampf fortzusetzen.

Als die Probleme anfangen, forderten wir alle jungen Leute im Alter zwischen 17 und 25, die keine Mitglieder der Haganah waren, auf, sich freiwillig zu melden. Bis Donnerstagmorgen, als ich aus dem Haus ging, während die Registrierung dieser Altersgruppe immer noch im Gange war, hatten sich 20.000 junge Männer und Frauen gemeldet. Derzeit haben wir rund 9.000 Menschen in verschiedenen Teilen des Landes mobilisiert. Wir müssen diese Zahl innerhalb der nächsten Tage verdreifachen.

Wir müssen diese Männer versorgen. Keine Regierung schickt ihre Soldaten an die Front und erwartet, dass sie die allernötigsten Dinge wie Bettdecken, Bettwäsche und Kleidung von zu Hause mitnehmen.

Ein Volk, das um das schiere Überleben kämpft, weiß, wie es die Männer versorgt, die es an die Front schickt. Wir müssen das auch.

35 junge Männer

Fünfunddreißig unserer Jungs haben sich, weil sie nicht mit dem Auto in das belagerte Kfar Etzion fahren konnten, um Hilfe zu bringen, zu Fuß auf den Weg durch die Hügel gemacht; sie kannten die Straße, die arabischen Dörfer auf dem Weg und die Gefahr, der sie sich auszusetzen hätten. In dieser Gruppe waren einige der großartigsten Jugendlichen, die wie im Land haben, und sie alle wurden getötet, jeder von ihnen. Wir haben die Schilderung eines Arabers, wie sie bis zum Ende gekämpft haben, über sieben Stunden, gegen Hunderte von Arabern. Laut diesem Araber wurde der letzte Junge getötet, als keine Munition mehr übrig war, er starb mit einem Stein in seiner Hand.

Ich will euch sagen, Freunde, dass die jüdische Gemeinschaft in Palästina bis ganz zum Ende kämpfen wird. Wenn wir Waffen haben, mit denen wir kämpfen können, werden wir mit ihnen kämpfen, und wenn nicht, werden wir mit Steinen in unseren Händen kämpfen.

Ich will, dass ihr mir glaubt, wenn ich sage, dass ich heute in dieser besonderen Mission in die Vereinigten Staaten nicht gekommen bin, um 700.000 Juden zu retten. Während der letzten Jahre hat das jüdische Volk sechs Millionen Juden verloren, und es wäre dreist von uns, dem jüdischen Volk überall auf der Welt Sorgen zu bereiten, weil ein paar Hunderttausend Juden mehr in Gefahr wären. Darum geht es nicht.

Es geht darum, dass wenn diese 700.000 Juden in Palästina am Leben bleiben können, das jüdische Volk als solches lebt und die jüdische Unabhängigkeit gesichert ist. Wenn diese 700.000 Menschen getötet werden, dann sind wir für viele Jahrhunderte lang durch mit dem Traum von einem jüdischen Volk und einer jüdischen Heimat.

Meine Freunde, wir sind im Krieg. Es gibt in Palästina keinen Juden, der nicht glaubt, dass wir am Ende siegreich sein werden. Das ist der Geist des Landes. Wir kennen arabische Gewaltausbrüche seit 1921 und '29 und '36. Wir wissen, was mit den Juden Europas im letzten Krieg geschehen ist. Und jeder Jude im Land weiß auch, dass innerhalb weniger Monate ein jüdischer Staat in Palästina gegründet werden wird.

Wir wussten, dass der Preis, den wir würden zu zahlen haben, die Besten unseres Volkes sein würde. Über 300 wurden bis jetzt getötet. Es werden mehr werden. Es gibt keinen Zweifel daran, dass es mehr werden. Aber es gibt auch

keinen Zweifel daran, dass der Geist unserer jungen Leute so beschaffen ist, dass egal wie viele Araber in das Land einmarschieren werden, ihr Geist nicht wanken wird. Jedoch kann dieser tapfere Geist allein es nicht mit Gewehren und Maschinengewehren aufnehmen. Gewehre und Maschinengewehre ohne Geist sind nicht viel wert, doch Geist ohne Waffen kann früher oder später mit dem Körper gebrochen werden.

Vieles muss nun vorbereitet werden, damit wir aushalten können. Es gibt unbegrenzte Möglichkeiten, doch werden wir die notwendigen Mittel erhalten? Da ich mich nicht als Gast betrachte, sondern als einer von euch, sage ich, dass die Frage, die vor jedem einzelnen liegt, einfach die ist, ob der Jischuw und die Jugendlichen, die an der Frontlinie sind, scheitern werden, weil Geld, das Palästina heute erreichen sollte, es erst in ein oder zwei Monaten erreicht.

Geht dem Jischuw das Geld aus?

Ist es möglich, dass die Zeit die Angelegenheit entscheidet, nicht weil die palästinensischen Juden Feiglinge wären, nicht weil sie unfähig wären, sondern allein deshalb, weil es ihnen an den nötigen materiellen Mitteln fehlte, um weiterzumachen?

Ich muss in die Vereinigten Staaten kommen und ich hoffe, ihr werdet mich verstehen, wenn ich sage, dass es kein Leichtes für irgendeinen von uns ist, momentan von zu Hause wegzugehen – zu

„ Ich bin heute nicht in die Vereinigten Staaten gekommen, um 700.000 Juden zu retten. Während der letzten Jahre hat das jüdische Volk sechs Millionen Juden verloren, und es wäre dreist von uns, dem jüdischen Volk Sorgen zu bereiten, weil ein paar Hunderttausend Juden mehr in Gefahr wären. “

meinem Leid bin ich nicht an der Frontlinie. Ich bin nicht bei meiner Tochter im Negev oder bei unseren Söhnen und Töchtern in den Gräben. Doch ich habe einen Job zu erledigen.

Ich bin hierhergekommen, um zu versuchen, die Juden in den Vereinigten Staaten mit der Tatsache zu beeindrucken, dass wir innerhalb einer kurzen Frist, wenigen Wochen, einen Geldbetrag in Höhe von 25 bis 35 Millionen Dollar haben müssen. In den nächsten zwei bis drei Wochen können wir uns einrichten. Davon sind wir überzeugt, und ihr müsst Vertrauen haben; wir sind sicher, dass wir weitermachen können.

Ich sagte bereits, dass der Jischuw gegeben wird, gibt, was er an Mitteln hat. Doch bitte erinnert euch, dass selbst während das Schießen im Gange ist, wir weitermachen müssen, damit unsere Wirtschaft intakt bleibt. Unsere Fabriken müssen weiterlaufen. Unsere Siedlungen dürfen nicht abgerissen werden.

Wir wissen, dass diese Schlacht geschlagen wird für diejenigen, die noch nicht im Land sind.

30.000 Juden sind gleich neben Palästina auf Zypern interniert. Ich glaube, dass innerhalb einer sehr kurzen Frist, längstens innerhalb der nächsten zwei oder drei Monate, diese 30.000 bei uns sein werden, unter ihnen Tausende von Babys und Kleinkindern. Wir müssen jetzt daran denken, wie wir die Mittel vorbereiten, um sie aufzunehmen. Wir wissen, dass in sehr naher Zukunft Hun-

derte oder Tausende weitere ankommen werden. Wir müssen zusehen, dass unsere Wirtschaft intakt ist.

Keine Verzweiflung im Jischuw

Ich will, dass ihr versteht, dass es im Jischuw keine Verzweiflung gibt. Das gilt nicht nur für die jungen Leute. Ich bin ziemlich oft auf der Straße von Tel Aviv nach Jerusalem und auf anderen Straßen gereist. Ich habe diese gefährlichen Busse gesehen, die nicht nur mit jungen Haganah-Männern und -Mädchen gefüllt sind, sondern mit alten Leuten, die ganz selbstverständlich auf diesen Straßen unterwegs sind.

Wenn ihr jetzt nach Tel Aviv kommt, werdet ihr die Stadt voller Leben finden; nur die Schüsse, die man in den Außenbezirken von Tel Aviv und Jaffa hört, erinnern einen daran, dass die Situation im Land nicht normal ist. Doch es wäre ein Verbrechen meinerseits, wenn ich euch die Situation nicht genauso beschreiben würde, wie sie ist.

Allein mit unseren zehn Fingern und allein mit unserem Geist und Opferbereitschaft können wir diese Schlacht nicht weiterführen, und das einzige Hinterland, das wir haben, seid ihr. Der Mufti hat die arabischen Staaten – nicht alle von ihnen sind enthusiastisch, ihm zu helfen, doch es sind Staaten mit Regierungshaushalten. Die ägyptische Regierung kann einen Haushalt beschließen, um unseren Widersachern zu helfen. Die syrische Regierung kann das gleiche.

sich so ergeben, dass wir dort sind und ihr hier. Ich bin sicher, dass wenn ihr in Palästina wärt und wir hier in den Vereinigten Staaten, ihr das tun würdet, was wir dort tun und ihr uns bitten würdet, hier das zu tun, was ihr werdet tun müssen.

Ich möchte schließen, indem ich eine der größten Reden paraphasiere, die während des Zweiten Weltkriegs gehalten worden sind – die Worte von Churchill.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass der Jischuw in Palästina im Negev kämpfen und in Galiläa kämpfen und in den Außenbezirken Jerusalems kämpfen wird bis ganz zum Ende. Ihr könnt nicht entscheiden, ob wir kämpfen sollen oder nicht. Wir werden. Die jüdische Gemeinschaft in Palästina wird vor dem Mufti nicht die weiße Flagge hissen. Die Entscheidung ist gefallen. Niemand kann sie ändern. Ihr könnt nur über eine Sache entscheiden: ob wir in diesem Kampf siegreich sein sollen oder ob der Mufti siegreich sein wird. Diese Entscheidung können die amerikanischen Juden treffen. Sie muss rasch entschieden werden, innerhalb von Stunden, innerhalb von Tagen.

Und ich flehe euch an – seid nicht zu spät. Bereut nicht in drei Monaten bitter das, was zu tun ihr heute versäumt. Der Zeitpunkt ist jetzt.

Ich habe zu euch ohne ein Körnchen von Übertreibung gesprochen. Ich habe nicht versucht, das Bild in falschen Farben zu malen. Es besteht aus dem Geist und der Gewissheit unseres Siegs auf der einen Seite und düsterer Notwendigkeit, die Schlacht fortzusetzen auf der anderen.

Ich möchte euch noch einmal dafür danken, mir die Möglichkeit gegeben zu haben, auf einer Konferenz, von der ich sicher bin, dass sie eine volle Tagesordnung hat, diese wenigen Worte an euch zu richten. Ich verlasse die Bühne ohne irgendeinen Zweifel in meinem Kopf oder meinem Herzen, dass die Entscheidung, die von den amerikanischen Juden getroffen werden wird, dieselbe sein wird wie die, die die jüdische Gemeinschaft in Palästina getroffen hat, so dass wir in einigen Monaten nicht nur an der Freude über den Beschluss zur Gründung eines jüdischen Staats werden teilhaben können, sondern an der Freude darüber, den Grundstein eines jüdischen Staates zu legen.“

Die Wirkung der Rede

Die Wirkung der Rede beschreibt Francis Klagsbrun so: „Die Rede dauerte 35 Minuten. ‚Die normalen Geräusche einer Menschenmenge erlahmten‘, heißt es in einem zeitgenössischen Bericht. Als sie geendet hatte, stand das Publikum auf, einige Leute weinten offen, während sie applaudierten. [...] In ihrem einfarbigen dunklen Kleid, ohne ein Körnchen Make-up, ihr Haar streng in der Mitte gescheitelt und eng zurückgebunden, wirkte sie wie eine Frau aus der Bibel. Einige staunten über ihr ‚Genie‘, darüber, dass sie ohne einen vorbereiteten Text redete. [...] In jeder Hinsicht war Chicago ein Triumph; ihre Rede eine der besten ihres Lebens.“

Von Chicago aus bereist Meir weitere Großstädte im ganzen Land, hielt Reden vor jüdischen Organisationen und sammelte Geld. Als sie am 19. März 1948 nach Palästina zurückkehrte, hatte sie nicht sieben Millionen, 25 Millionen oder 35 Millionen Dollar an Spenden gesammelt, sondern 50 Millionen. Bei ihrer Rückkehr sagte ihr Ben-Gurion: „Eines Tages, wenn die Geschichte geschrieben werden wird, wird man sagen, dass es da eine jüdische Frau gab, die das Geld gefunden hat, das die Gründung des Staates möglich machte.“

Gelebter Zionismus: Die Bricha (zweiter Teil)

Fortsetzung des Artikel aus der Ausgabe vom Januar 2018

Von Karl Pfeifer

Am 17. Januar 1945 begann die Rote Armee mit der Befreiung von Warschau. Die überlebenden Führer des jüdischen Aufstands in Warschau (1943), Jizhak Zuckermann und Zwia Lubetkin, kamen danach nach Lublin, wo über die Lehren aus der Schoa diskutiert wurde. Alle waren sich in einer Sache einig: nach Erez Israel zu gelangen. Allerdings befürwortete Kovner Rache am deutschen Volk, doch die „Asiaten“ (die aus Zentralasien zurückgekehrten Juden) widersprachen.

In Erez Israel vertrat „Haschomer Hazair“ die Idee eines binationalen Staates und war dezidiert prosovjatisch eingestellt. Die 300-400 Rückkehrer aus Zentralasien, die zum „Haschomer Hazair“ gehörten, waren zwar loyal zu ihrer Bewegung, traten jedoch für einen jüdischen Staat ein und hatten wie Kovner alle Illusionen über die Sowjetunion verloren. Der unbestrittene Anführer war Abba Kovner, aber zugleich wurde eine neue „koordinazia“ aus Rückkehrern gewählt und die übernahm die tagtägliche Arbeit der Bricha. Wahrscheinlich im Februar übersiedelten sie nach Krakau und beschloßen, die Juden, die aus der UdSSR nach Erez wollen, sollten sich als Rückkehrer nach Griechenland ausgeben. Sie wurden gewarnt, keine Dokumente mit sich zu tragen und nicht Russisch, Polnisch oder Jiddisch zu reden. Die einzige Sprache, in der sie sich verständigen konnten, war Hebräisch, das sie als einen griechischen Dialekt bezeichneten. Die Grenze zu Polen wurde mit der Hilfe russischer Soldaten überschritten, die entweder bestochen wurden oder aber aus humanistischen Motiven handelten.

Die Jüdische Brigade

Die im Sommer 1944 geschaffene Jüdische Brigade, die aus 5.000 Männern bestand, die in Erez Israel rekrutiert worden waren, nahm kämpfend teil an der Befreiung Italiens durch die achte britische Armee. Die meisten Soldaten waren Mitglieder der Hagana, zu der auch Mossad L'Aliya Bet gehörte, die Organisation der Hagana für die illegale Einwanderung.

Im Mai 1945 kam die Brigade nach Norditalien zur österreichischen und jugoslawischen Grenze. Dort trafen sie jüdische Überlebende, darunter auch Überlebende aus deutschen Konzentrationslagern, die bei den Soldaten Schock und Zorn auslösten. Es dauerte nicht lange und italienische Zionisten, die aus den Verstecken kamen, aber auch KZ-Überlebende begleiteten Juden aus Ungarn, Jugoslawien, Österreich und Deutschland nach Italien. In der Nähe der Basen der Brigade wurden provisorische Lager für die Geflüchteten – unter denen es viele Kinder und Jugendliche gab – errichtet. Hier erhielten die Jugendlichen Hebräisch-Unterricht und man bereitete sie vor auf die Alija (zu deutsch „Aufstieg“), die Einwanderung nach Erez Israel. Die Hauptbasen für die Bricha waren aber die jüdischen DP-Lager (Displaced Persons) in den westlichen Zonen Deutschlands und Österreichs, in die ganze Transporte aus Osteuropa von der Bricha gebracht wurden.

Die Juden in diesen Lagern organisierten sich auch selbst, sie errichteten



Versammelte Hagana-Mitglieder 1947

Schulen für ihre Kinder und wurden vom „Zentralkomitee der befreiten Juden“ in der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone in Westdeutschland repräsentiert. Sie erhielten nicht nur die Hilfe von Schlichem (Emissäre aus Erez Israel), sondern auch von den jüdischen Feldrabbinern der amerikanischen Armee. Die große Mehrheit dieser Flüchtlinge sah keine andere Zukunft als die in Palästina. Und immer wieder gab es Abgänge, Juden die Richtung Erez Israel in den Süden fuhren. Die US-amerikanischen Behörden konnten nicht verstehen, wieso es trotzdem immer mehr jüdische DPs gab. Nach jedem Abgang wurden mit Hilfe der Bricha Neuzugänge aus Osteuropa nach Deutschland und Österreich gebracht. Im September 1945 übernahm Mossad le Aliya Bet die ganze Aufsicht über die Aktivitäten der Bricha unter der Führung von Saul Avigur, der 30 Jahre zuvor aus Litauen eingewandert und einer der ersten Befehlshaber der Hagana war. Er versuchte, die Bricha so zu organisieren, wie man eine Armee organisiert. Es kamen Emissäre aus Palästina, um die Aktivitäten in Wien, Deutschland und Polen zu leiten. Alle berichteten nach Paris, wo sich die Zentrale befand.

Mehr als 1.000 Frauen und Männer, die in zwölf verschiedenen Ländern geboren worden waren, arbeiteten für die

Bricha. Während der zwei Jahre Aktivität in Polen und im von der Sowjetunion beherrschten Teil von Osteuropa verlor Bricha einige ihrer besten Leute. 20 wurden ermordet. Viele andere wurden von den kommunistischen Behörden verhaftet und später freigelassen, doch einige verschwanden für immer in sowjetischen Gefängnissen.

In der Zeit unmittelbar nach Kriegsende in Europa waren die Grenzen oft noch nicht so streng überwacht, wie nach der Konsolidierung. Die Grenzpolizisten erhielten oft sich widersprechende Verordnungen und Befehle und die Bricha hatte hier keine Schwierigkeiten, ausgenommen natürlich die sowjetischen Grenzen. Doch sehr bald sollte sich die Situation ändern und die Bricha musste sich der neuen Lage anpassen.

Die illegale Einwanderung, oder wie sie auf Hebräisch genannt wurde: die Aliya Bet, war ein Dorn im Auge der Briten. Denn diese hatten die jüdische Einwanderung während der größten Not – siehe das Weißbuch von 1939 – eingeschränkt. Sie waren besorgt um den Weg nach Asien und ihre imperialen Interessen. Das Foreign Office war schon deswegen pro-arabisch eingestellt. Manche meinen, auch der Antisemitismus und die romantische Identifizierung mit den Arabern spielten dabei eine Rolle, doch eher ging es um sehr

materielle Interessen, wie zum Beispiel den Zugang zu Ölquellen. Die britische Politik, begrenzte Schiffskapazität, die komplizierten Transitbedingungen der Balkan-Länder und der Türkei sowie die Kriegsergebnisse führten dazu, dass in der Zeit zwischen 1939 und 1944 lediglich 68.549 Juden und Jüdinnen Erez Israel erreichen konnten.

Für die Führung des Jischuv wurde – nach dem Bekanntwerden der Schoa, ab 1942 – endgültig klar, dass die freie Einwanderung und ein jüdischer Staat das dringende zu erreichende Ziel der zionistischen Bewegung waren.

Die Briten sahen Aliya Bet als eine Bedrohung. Sie hatten miterlebt, wie die meisten arabischen Regierungen gegen die Alliierten Stellung nahmen und sie fast das kriegsnotwendige Öl verloren hätten, als 1940/41 die Regierung im Irak für die Achsenmächte Partei ergriff. Die palästinensische Frage war für alle arabischen Regime wichtig. Auch deswegen sahen die Briten in der jüdischen Einwanderung eine Bedrohung ihrer Interessen. Viele Linke und Liberale in Großbritannien wollten damals nicht zur Kenntnis nehmen, dass Juden in Erez Israel sich als Nation entfaltet hatten und meinten, es gäbe nur eine jüdische Religion und daher seien die nationalen Aspirationen abzulehnen. Die überlebenden Juden sollten doch in die Länder zurückkehren, aus denen sie

deportiert wurden.

Doch die britische Regierung musste auch mit der öffentlichen Meinung in den USA rechnen, die einerseits keine jüdische Einwanderung wünschte, andererseits jedoch dafür eintrat, dass die Überlebenden ins Gelobte Land einwandern durften. Der britische Geheimdienst MI5 hat die illegale Einwanderung ab April 1945 beobachtet, jedoch bis zum Frühjahr 1946 – als diese Einwanderung dann als sehr effektives und nützliches Mittel des politischen Kampfes gegen die Briten angewendet werden sollte – wenig unternommen. Die Briten übten diplomatischen und politischen Druck auf Regierungen aus, die Mitgefühl mit den Überlebenden zeigten und Verständnis für deren Wunsch hatten, nach Palästina zu gelangen, eine schärfere Grenzkontrolle durchzuführen.

Tausende von Flüchtlingen legten wenigstens einen Teil ihrer Reise ausgerüstet mit von der Bricha gefälschten Dokumenten zurück. Die Züge wurden von den Regierungen oder von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) zur Verfügung gestellt. Die Bricha-Begleiter taten alles in ihrer Macht stehende, um den Flüchtlingen während des eiskalten Winters Schutz vor der Kälte zu gewährleisten. Zuvor mussten sie die Reise planen, Passagierlisten vorbereiten und auch für den Transport des Gepäcks sorgen. Manchmal setzte die Bricha Flüchtlinge in österreichische Züge Richtung Italien und ließ sie kurz vor der Grenze aussteigen, um sie dann zu Fuß über die Grenze zu bringen. Flüchtlinge aus Rumänien, Ungarn oder Jugoslawien fuhren mit Passagierzügen nach Italien, wo auf sie „illegale“ Schiffe warteten.

Die ersten Lastwagen der Bricha waren diejenigen, die von der Jüdischen Brigade nach ihrer Auflösung im Sommer 1946 hinterlassen wurden. Andere erhielt die Bricha geschenkt oder konnten von ihr billig erworben werden. Die wurden dann repariert und neu gestrichen sowie mit Kennzeichen und Papieren versehen. Obwohl Militärfahrzeuge selten überprüft wurden, rüstete man die Flüchtlinge mit Uniformen der Alliierten und mit Militärausweisen aus. Oft wurden auch Lastautos vom nichtzionistischen, amerikanischen „Jewish Joint Distribution Committee“ (JDC oder Joint) oder von der „Jewish Agency“ in Westdeutschland „ausgeborgt“, die beide als Hilfsorganisationen anerkannt waren. Ebenso nahm man die Dienste von russischen Armeefahrern in Anspruch, die zwischen Berlin und Stettin pendelten. Sie fuhren voll beladen mit deutscher Ausrüstung und Gütern – die für die Sowjetunion bestimmt waren – nach Stettin. Gegen großzügige Bestechung waren sie bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, um diese in die sowjetische Zone in Berlin zu bringen. Manche dieser Fahrer nahmen die Bestechung zwar an, lieferten aber die Flüchtlinge dennoch den russischen Behörden aus. Um das zu vermeiden, kaufte die Bricha eigene Lastwagen in Polen, die reguläre polnische Kennzeichen und Papiere hatten.

Die Lastwagen im Westen wurden von Mitarbeitern der Bricha in „geliehenen“ US-amerikanischen Uniformen gelenkt. Die ungefähr 50 Lastwagen und die wenigen Jeeps der Bricha verkehrten zwischen Österreich, Deutschland und Italien. Manchmal wurden die Fahrer erwischt und verhaftet, die Autos beschlagnahmt. Doch das hielt die Bricha nicht von ihrer Arbeit ab. Mancher Flüchtling musste zu Fuß über die Alpen. Darüber sind Bücher geschrie-



Jizhak Zuckerman beim Eichmann-Prozess (1961)

ben und Filme gedreht worden.

Jeder jüdische Flüchtling in Europa, der den Wunsch äußerte, nach Palästina zu gelangen, konnte einer zionistischen Organisation beitreten, um auf die Liste gesetzt zu werden, aber es genügte auch, direkt von der Bricha auf sie gesetzt zu werden. Niemals wurde dafür Geld verlangt und alle Angebote, Geld zu bezahlen, wurden strikt verweigert.

Da man selten offizielle Papiere legal erhielt, hatten während der Schoa Mitglieder des jüdischen Widerstands die Kunst der Dokumentenfälschung gelernt. So überlebten Tausende von Juden mit gefälschten Taufscheinen, mit südamerikanischen Reisepässen oder mit Schutzbriefen neutraler Staaten. Je offizieller ein Dokument aussah, desto leichter war das Passieren der Kontrollen, daher kam es in erster Linie auf gute Fälschungen der Marken und Versiegelungen an. Die Bricha erlaubte den Flüchtlingen nicht, ihre eigenen russischen oder polnischen Dokumente mit sich zu führen, die einen ganzen Transport – bei einer gründlichen Kontrolle – hätten gefährden können. Schmuck war auch nicht erlaubt, denn die Grenzpolizisten machten Jagd auf Schmuggler. Auch das schon erwähnte JDC oder Joint hatte es auf sich genommen, den jüdischen Flüchtlingen in den Lagern zu helfen und insgeheim die Bricha zu finanzieren.

Hebräer in ihrem eigenen Land

Oft wird den Zionisten vorgeworfen, die überlebenden Juden dazu gezwungen zu haben, nach Erez Israel zu kom-



Zwia Lubetkin

men. Tatsache ist: kein anderes Land wollte die Überlebenden haben.

In Polen, der Slowakei und in Ungarn kam es nach der Befreiung zu Pogromen, allein in Polen wurden in der Zeit zwischen November 1944 und Oktober 1945 laut einem offiziellen nicht publizierten Dokument 351 Juden ermordet.

Der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossman kam als Mitglied des „Anglo-American Committee of Enquiry regarding the problems of European Jewry and Palestine“ im Februar 1946 nach Wien, um zu erkunden, ob es die Möglichkeit gebe, wieder eine jüdische Gemeinde in Wien aufzubauen. Er erhielt vom sozialdemokratischen Bundespräsidenten Karl Renner folgende Antwort: Man würde nicht zulassen, „dass eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierher käme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen“.

Crossman stellte in seinem 1947 veröffentlichten Buch „Palestine Mission“ fest: „Even if there had not been a single foreign Zionist or a trace of Zionist propaganda in the camps these people would have opted for Palestine. Nine months had passed since V-E day and their British and American liberators had made no move to accept them in their own countries. They had gathered them into centres in Germany, fed them and clothed them, and then apparently believed that their Christian duty had been accomplished. For nine months,

huddled together, these Jews had nothing to do but to discuss the future. They knew that they were not wanted by the western democracies, and they had heard Mr. Attlee's plan that they should help to rebuild their countries. This sounded to them pure hypocrisy ... They knew that far away in Palestine there was a national home willing and eager to receive them and to give them a chance of rebuilding their lives, not as aliens in a foreign state but as Hebrews in their own country. How absurd to attribute their longing for Palestine to organized propaganda! Judged by sober realities, their only hope on an early release was Palestine.“

Das Anglo-amerikanische Komitee schlug im April 1946 vor, die meisten Flüchtlinge nach Palästina zu bringen. Die „United Nations Special Commission on Palestine“ kam im Sommer 1947 zu einem ähnlichen Schluss und verband dies mit dem Vorschlag der Mehrheit, einen jüdischen Staat zu gründen, der in der Lage sein sollte, die Flüchtlinge zu integrieren. Die USA hatten im Kalten Krieg den Wunsch, Westdeutschland auf ihrer Seite der Blockkonfrontation zu sehen und waren schon deswegen interessiert, die Briten unter Druck zu setzen, damit diese Flüchtlinge Deutschland in Richtung Palästina verlassen. Die Briten haben bereits im Februar 1947 mitgeteilt, die Vereinten Nationen sollten die Zukunft von Erez Israel bestimmen. Die Sowjetunion war daran interessiert, dass die Briten das Land verlassen und so kam es zum historischen Beschluss der Vereinten Nationen am 29. November 1947 zur Teilung des Landes. Einen wesentlichen Teil spielte dabei die Bricha.

Den Frauen und Männern der Bricha war keine Arbeit zu niedrig, kein Risiko zu groß, keine Aufgabe zu gefährlich. Sie waren entschlossen, ihre jüdischen Brüder und Schwestern vom zerstörten und hoffnungslosen Europa in das Land der Hoffnung und Wiedergeburt zu bringen. Die zionistische Bewegung hat aus der Tragödie der Überlebenden eine mächtige politische Waffe geschmiedet und gleichzeitig ein grundlegendes humanitäres Ziel erreicht, ihnen eine Heimat zu bieten. Doch ohne den Wunsch dieser Überlebenden wäre das nicht möglich gewesen.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



„Gelehrter Talmid Chacham und Kümmerer“

Die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen hat einen neuen Gemeinderabbiner – und eine neue Thorarolle



Von Theodor Joseph

Die letzten Worte der Thora-Rolle werden feierlich ergänzt.

Seit dem 21. Januar 2017 (5. Schwat 5778) hat die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen wieder eine neue Thorarolle, die an diesem Tage, wie zuvor im Jahre 1826 geschehen, unter Anteilnahme einer breiten Öffentlichkeit ihrer Bestimmung übergeben wurde. Damit hat diese Gemeinde ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufgeschlagen. Führende Repräsentanten der Stadt Duisburg wie der Oberbürgermeister Sören Link gehörten zu denjenigen Zeugen, die mit Gänsekiel und unter rabbinischer Aufsicht an einem öffentlichen Ort symbolisch die letzten Worte auf der Thorarolle schrieben.

Bei diesem Akt, bei dem die neue Thorarolle in einem feierlichen Umzug vom Stadthistorischen Museum entlang dem Innenhafen der Stadt Duisburg zum Jüdischen Gemeindezentrum getragen wurde, wurde zugleich Rav David Mosche Schalom Elasar Geballe, so sein vollständiger Name, als neuer Gemeinderabbiner in sein Amt eingeführt.

In der Festschrift, den die Gemeinde aus Anlass der Thora-Einweihung und der Amtseinführung von Rabbi Geballe herausgegeben hat, bezeichnete Schraga Feivel Zimmermann, Oberrabbiner von Gateshead (England) Geballe als „gelehrten Talmid Chacham“ (Thoragelehrter) und als jemanden, der sich wirklich „um jedes Individuum kümmert“.

Hamburg – Fürth – Duisburg

Geboren und aufgewachsen ist Rabbi Geballe in Hamburg. Nach dem Abitur begann er sein Studium an der Talmudhochschule in Berlin. Danach folgten weitere Lehrjahre in den USA. Im Anschluss daran entschied er sich, einige Jahre in Jerusalem an der renommierten Jeschiwat Mir zu studieren, wo er auch seine Frau Rita kennen und lieben lernte. Die Rebbetzin stammt aus Riga. Im Jahre 2009 kehrten beide zurück nach Deutschland, wo Rabbi Geballe in München den praktischen Teil seiner Rabbinerausbildung absolvierte. Seine Simcha, die Rabbinerordination, erfolgte durch

den bekannten und geachteten Rabbiner Dayan Schraga Zimmermann.

Rav Geballe ist einer der ersten nach der Schoah in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Rabbiner. Seit 2011, dem Geburtsjahr seiner Tochter Leah, hatte er das Rabbinat in Fürth inne, bis er zur Dreiergemeinde nach Duisburg-Mülheim-Oberhausen berufen wurde.

In einem Grußwort ermunterte der New Yorker Rabbiner Yosef Gavriel Bechhofer die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen dazu



Der neue Duisburger Rabbiner David Geballe

die „Weisheit und Gradlinigkeit“ Rabbi Geballes zu nutzen, um „in der Welt der Thora und Mitzwoth emporzusteigen“.

In seiner emotionalen Dankesrede bei seiner Amtseinführung war er sich bewusst, dass ihm durch das „höchste Amt in der Religion“ in der Mitte einer Gemeinde die „höchste Würde“ übertragen worden sei. Wenn er dabei an die führenden rabbinischen Persönlichkeiten denke, die das deutsche Judentum geformt und geprägt hätten, sei ihm das gewiss kein Anlass „zu Selbstgefälligkeit und eitler Selbstbespiegelung“.

In ihrer jahrhundertealten, traditionsreichen Geschichte hat die Jüdische Gemeinde Duisburg einige Thorarollen kommen und gehen sehen. Immer dann, wenn Judenfeinde es auf jüdische Menschen abgesehen hatten, waren auch deren religiöse Ritualgegenstände bedroht. Juden haben immer versucht, den heiligsten Gegenstand ihrer Religion, die Thorarollen, die den gesamten Korpus der traditionellen jüdischen Religionslehre darstellen, zu schützen. Eine Thorarolle würde niemals z.B. wegen altersbedingter Unbrauchbarkeit vernichtet oder, um es salopp auszudrücken, „entsorgt“ werden, sondern würde auf dem jüdischen Friedhof begraben. Das geschah zuletzt vor etwa 80 Jahren, als der Mülheimer Gemeindevorsitzende eine Thorarolle durch Begraben auf dem Jüdischen Friedhof vor der Vernichtung und Entheiligung bewahrte.

Der 29. September 1826 war ein besonderer Tag für die 57 Seelen zählende Jüdische Gemeinde der Stadt Duisburg: Bis zu diesem Tage hat sie ihren Gottesdienst in einem angemieteten Lokal abhalten müssen. An diesem Tag weihten sie erstmals ihre Synagoge in einem eigenen Gebäude ein – in dem ehemaligen Anatomiehaus der alten ehrwürdigen Duisburger Alma mater, nachdem die Gemeindeglieder die Thora öffentlich über die Straße in das Gebäude der ehemaligen, 1808 aufgelösten Universität getragen hatten, „unter vielen Ceremonien und Feierlichkeiten“, wie es in einer Chronik heißt.

Für die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen war es ein weiteres bedeutsames Ereignis, als sie im Jahre 2001 Thorarollen aus Teheran erhielt, was seinerzeit zugleich einem diplomatischen Wunder gleichkam:

Nach jahrelangem diplomatischen Tauziehen zwischen der Botschaft der Islamischen Republik Iran in Bonn, später Berlin, und der deutschen Botschaft in Teheran einerseits, dem Auswärtigen Amt sowie persönlichen Kontakten zwischen Mitgliedern der Jüdischen Ge-

meinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen andererseits, konnte die Gemeinde am 20. Februar 2001 zwei wertvolle Thorarollen aus der iranischen Hauptstadt feierlich in der neuen Duisburger Synagoge einführen und unter großer öffentlicher Anteilnahme ihrer religiösen Bestimmung zuführen.

Die Thora-Rolle wurde im Iran überflüssig

Eine gewisse Tragik lag in der Übernahme insofern, als die Thorarollen im Iran nicht mehr benötigt wurden, weil die einstmal blühende Jüdische Gemeinde Teheran in die Bedeutungslosigkeit zu versinken scheint. Die schiitische Machtübernahme 1979 beendete das zeitweise gute Verhältnis des Irans zu Israel und führte erneut zur Verfolgung der Juden im Land. Ein Zustand, an dem sich bis in die Gegenwart nichts geändert hat. Noch im Jahre 1984 veröffentlichte die iranische Botschaft in London erneut die „Protokolle der Weisen von Zion“. Als Folge der dezidiert antizionistischen, antiisraelischen und antijüdischen Politik der Islamischen Republik verlassen immer mehr Juden den Iran. Damit geht, so scheint es, die älteste seit dem 6. Jahrhundert v. d. Z. bestehende Diasporagemeinde zu Ende. Die Etablierung der Schia als vorherrschende Form des Islam im Iran führte zu religiöser Intoleranz.

Die Leihgabe für die Thorarollen war auf sechs Monate befristet. Indes werde die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen, wie ihr damaliger Vorsitzender in seiner Festansprache, Jacques Marx, mit vielsagender Rhetorik äußerte, sicherlich 99 Jahre benötigen, um alle Formalitäten einer eventuellen Rückgabe zu erfüllen.

Siebzehn Jahre nach Erhalt der aus dem Iran stammenden Thorarolle freut sich die Dreiergemeinde aus dem Ruhrgebiet über ihre neue Thora schebiChataw. Thora-Einweihung und Amtseinführung eines neuen Gemeinderabbiners – ein doppelter Grund zu Freude. Masal tow.

Purim – die Lose der Erkenntnis

Wie wir aus dem Namen die tiefe Bedeutung des Festes verstehen können

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Da Purim für übermäßiges Wein-Trinken und lustiges Verkleiden bekannt ist, nehmen viele dieses Fest nicht sehr ernst: so wie Nichtjuden ihren Karneval haben, so muss es wohl auch bei Juden ein ähnliches Fest geben.

Jedoch ist diese Sichtweise völlig falsch: auch dieses Fest wurde von unseren Weisen etabliert, und diese Weisen hätten nie und nimmer etwas Sinnloses eingeführt, nur damit das Volk „Spaß hat“.

Unsere Weisen sagen im Talmud, dass wenn Maschiach kommt, werden alle Feste (Pessach, Schawuot, Sukkot) verschwinden, und nur Chanukka und Purim bleiben ewig. Natürlich, muss man diese Aussage nicht wortwörtlich nehmen (sie hat einen tieferen Sinn), jedoch weist sie auf die große Bedeutung von Purim hin. Deshalb müssen wir versuchen zu verstehen, welche tiefe Ideen dieser Feiertag in sich hat und wie wir ihn richtig feiern sollen.

Dafür ist es nicht unbedingt nötig das Traktat „Megilla“ im Talmud zu lernen – man kann damit anfangen einfach den Namen des Festes zu betrachten. Wenn man da ein wenig genauer hinsieht, kann man viel Interessantes entdecken.

Woher kommt „Purim“?

Der Name des Feiertages, den wir in diesem Jahr Anfang März feiern werden, kommt aus der „Megillat Esther“ (Esther-Rolle): „Darum werden diese Tage Purim genannt, nach dem Worte Pur. Um deswillen und wegen all dessen, was in dem Schriftstücke stand, was sie selbst gesehen und erfahren hatten.“ (Esther 9:23). Was bedeutet aber „Pur“? Das ist ein aramäisches Wort und wird in „Megillat Esther“ auch übersetzt: „Im ersten Monat, das ist der Monat Nisan, im zwölften Jahre des Königs Ahasveros, ward das Pur, das ist das Los, vor Haman geworfen über die Tage und Monate, und es fiel auf den dreizehnten Tag im zwölften Monat, das ist der Monat Adar.“ (Esther 3:7).

Der große Antisemit Haman wollte also die erste „Endlösung“ für die Juden organisieren und versuchte dafür einen passenden Tag auswählen. Dafür hat er das Losverfahren (Purim) benutzt. Deshalb heißt auch das Fest „Purim“.

Der Knotenpunkt der Geschichte?

Es stellt sich jedoch die Frage, warum für den Namen dieses Feiertages gerade dieses Ereignis ausgewählt wurde. Es gab doch während jener Ereignisse, die im „Megillat Esther“ festgehalten sind, viele wichtige Momente, die zur Rettung der Juden geführt haben: die Absetzung von Königin Washti, die Wahl von Esther zur Königin, die Aufdeckung der Verschwörung gegen den König, die Mahlzeiten, die Esther für den König und Haman veranstaltet hat. Warum gab ausgerechnet das Los-Werfen von Haman dem Fest seinen Namen?

Die Antwort auf diese Frage bringt uns dem Verständnis von Purim näher.

Wenn man Zweifel hat und aus mehreren Optionen wählen muss, dann hat man sprichwörtlich die Qual der Wahl. Um sich davon zu befreien, kann man Lose benutzen. Auch heute noch wird zum Beispiel im Fußball eine Münze



Eine Mutter feiert mit ihren Kindern Purim.

geworfen, um schnell zu entscheiden, welche Mannschaft mit dem Anstoß beginnt.

Das Losverfahren von Mosche

In der Thora wird gleich mehrere Male das Losverfahren angewendet.

So wird im 4. Buch Moses (11:11-17) über die schwierigere Aufgabe berichtet, die Mosche Rabejnu von G'tt bekommen hat: die 70 Ältesten zu seiner Hilfe zu berufen. Unsere Weisen sagen, dass das Hauptproblem von Mosche darin bestand, dass die Ältesten alle Stämme gleichermaßen repräsentieren sollten, jedoch konnte man bei 12 Stämmen und 70 Ältesten nicht die gleiche Anzahl der Ältesten von jedem Stamm zusammenbekommen. Deshalb sollten von zehn Stämmen 6 Repräsentanten kommen und von zwei Stämmen nur 5.

Unsere Weise berichten, dass Mosche sich überlegt hat: „Kein Stamm wird auf mich hören, wenn ich ihm sage, dass er einen Ältesten weniger haben soll“. Was tat er? Er nahm 72 Lose und schrieb auf 70 „Ältester“ und zwei ließ er leer. Dann wählte er aus jedem Stamm 6 Männer aus, so dass es 72 waren, und sagte zu ihnen, nehmt eure Lose aus der Urne. In wessen Hand „Ältester“ gekommen war, der war geheiligt. Wessen Hand aber zu einem leeren Los gekommen war, zu dem sagte Mosche, dass ihn der Ewige nicht wünsche.

Hier musste also Mosche das Losverfahren anwenden, um die Unzufriedenheit der „betroffenen“ Stämme zu verhindern. Jedoch hatte dieses Losverfahren auch einen nützlichen Nebeneffekt: aus den 72 würdigen Kandidaten wurden die besten 70 ausgewählt, die-

jenigen, die tatsächlich von G'tt gewollt wurden.

Bemerkenswert ist das Schicksal der zwei Kandidaten, die leere Lose gezogen haben und nicht zu Ältesten wurden: unsere Weisen berichten, dass diese zwei Menschen, die Eldad und Medad hießen, auch zu Propheten wurden und durch ihren Prophetien einiges bewegt haben.

Daraus sehen wir, dass die Möglichkeiten derer, die durch das Losverfahren ausgelassen wurden, nicht immer schlecht sind.

Die Auslösung von Böcken am Jom Kippur

Auch beim G'ttesdienst am Jom Kippur im Tempel finden wir einen merkwürdigen Vorgang mit den Losen (3. Buch Moses, 16:7-8): „Danach soll er (Hohepriester) die beiden Böcke nehmen und sie vor den HERRN stellen, vor die Tür der Stiftshütte, und soll das Los werfen über die beiden Böcke, ein Los für den HERRN und ein Los für den Asasel“.

Wenn der für G'tt geopfert Bock absolut nachvollziehbar ist, ist der Bock „für Asasel“ auf den ersten Blick schwer nachzuvollziehen: wer ist dieser „Asasel“? Warum soll ein Bock für ihn genommen werden?

Unsere Weisen erklären, dass mit „Asasel“ die „bösen Kräfte“ gemeint sind. Diese Kräfte „spielen“ zwar in unserem Leben gegen uns und versuchen uns zu stören unsere Aufgabe zu erfüllen, jedoch sind auch sie auch von G'tt erschaffen und dienen schlussendlich auch dem Plan G'ttes. Darauf deutet auch die Anforderung, dass diese zwei Böcke unbedingt ähnlich aussehen sollen: sowohl der geopfert Bock im Tempel, als auch

der vom Felsen geschmissene Bock „für Asasel“ – beide sind für G'tt.

Das Trinken soll nicht bodenlos sein

Jetzt können wir verstehen, warum unser Fest den Namen „Purim“ bekommen hat, obwohl das Lose-Werfen von Haman nur eine Episode in der ganzen Geschichte war. Das Wein-Trinken am Purim soll nicht dazu führen, dass man unter den Tisch fällt. Unsere Weisen haben die Grenzen der Betrunkenheit ganz klar definiert: „ad delo jada“ – bis man nicht mehr den Unterschied zwischen „Sei gesegnet, Mordechai“ und „Sei verflucht, Haman“ erkennt. Was zuerst komisch erscheint, hat eine tiefe Bedeutung: man soll zu der Erkenntnis kommen, dass alles, was in dieser Welt ist, von G'tt kommt. Sowohl das Gute, als auch das Schlechte.

Die Erkenntnis bringt Freude

Purim ist der fröhlichste Feiertag des Jahres: wenn man Zweifel hat, dann ist man hin und her gerissen. Und erst wenn man zur Klarheit kommt, ist man erleichtert und zufrieden.

Und da spielt der Wein seine wichtige Rolle: die Betrunkenheit gibt uns die Möglichkeit die Grenzen der „Realität“ zu verwischen: Es stimmt nicht immer das, was uns logisch erscheint. Oft verstehen wir erst viel später, dass vermeintlich schlechte Ereignisse in unserem Leben eigentlich ein Segen für uns waren. Hätten wir das gleich verstanden, wären uns Leiden, Kummer und Enttäuschung erspart geblieben. Am Purim jedoch gibt es die einzigartige Möglichkeit zu dieser Erkenntnis zu gelangen, sie zu verinnerlichen und die Freude daraus mitzunehmen.

Cristiano Ronaldo unterstützt den Roten Davidstern

Der portugiesische Fußballweltmeister ist die neue Werbefigur von Frankreichs Magen David Adom

Der weltberühmte Kicker, der selbst seit seinem 25. Lebensjahr regelmäßig Blut spendet, möchte die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen wie wichtig das Blutspenden ist. Er selbst kam zum Spenden als der Sohn eines Mannschaftskameraden erkrankte und dringend Blut brauchte.

Blutspenden retten Leben – eine Tatsache, die den meisten Menschen erst dann bewusst wird, wenn die eigenen Angehörigen dringend Spenderblut benötigen. Über 200 Millionen Operationen, bei denen solche Spenden benötigt werden, finden jedes Jahr statt! Da Blut nur eine begrenzte Haltbarkeit hat, muss ständig neues Blut gespendet werden.

„Jede Spende kann dabei helfen drei Menschenleben zu retten!“, sagt der Real Madrid-Star, für dessen Unterstützung Magen David Adom sehr dankbar ist.



MICHAEL BUHOLZER, AFP

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Aufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.